

Wöchentlich 48 Hefen monatlich 2,- Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 2,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit den Illustrationen Sonntagshefte „Woll und Seil“ sowie des Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtleben“, „Frauenzimmer“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Berichte“, „Bild in der Buchwelt“, „Kulturarbeit“ und „Tagebuch“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
9. Februar 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpennige Konkretpresse 40 Hefenig (12 Hefenig) 2,- Reichsmark „Reine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Hefenig (12 Hefenig) 1,- Reichsmark (letzterdruckte Werte), jedes weitere Heft 12 Hefenig (12 Hefenig) das erste Heft 15 Hefenig, jedes weitere Heft 10 Hefenig (12 Hefenig) Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Hefenig (12 Hefenig) Anzeigenannahme im Hauptgeschäft (Lindenstraße 2, wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Ebnhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 27 535. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Krisenalarm im Reichstag.

Man spricht schon von Märzwahlen! — Aprilwahlen wahrscheinlich.

Gestern abend tagte der Fraktionsoorstand des Zentrums, heute nachmittag tritt die Reichstagsfraktion des Zentrums zu einer Beratung über das Schulgesetz zusammen.

Am Sonntag wird der Kulturpolitische Ausschuss der Deutschen Volkspartei sich mit dem Schulgesetz beschäftigen.

In diesen Sitzungen fallen die letzten formellen Entscheidungen über das Schulgesetz. In der Sache scheint die Entscheidung bereits gefallen zu sein: keine Einigung zwischen Zentrum und Volkspartei, Begräbnis des Schulgesetzes.

Mit dem Schulgesetz fällt die letzte Bindung, die die Koalition noch notdürftig zusammenhält. Es bleibt dann nur noch die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Koalition formell gelöst und der Reichstag aufgelöst wird.

Gerüchte, die gestern im Reichstag verbreitet waren, wollten von einer Demission der Zentrumsminister und Auflösung des Reichstages in spätestens vier Tagen wissen. Diese Gerüchte sind wenig wahrscheinlich. Der Etat wird bis Ende März verabschiedet sein, dann ist der Zeitpunkt für die Auflösung des Reichstages gekommen. Die Reichstagswahlen würden dann Ende April gemeinsam mit den preussischen, bayerischen und württembergischen Landtagswahlen stattfinden.

Die Haltung des Zentrums.

Der Reichsblatt der deutschen Presse teilt mit: In parlamentarischen Kreisen beurteilt man am Mittwochabend trotz aller Verhandlungen des Schicksal des Schulgesetzes außerordentlich pessimistisch und vertritt die Anschauung, daß eine Einigung auf Grund der von Minister v. Reubell ausgearbeiteten Kompromissvorschlüsse nicht möglich sein werde. Offen heißt man allerdings die Frage, ob die Regierung die Vorlage zurückziehen oder die Verhandlungen weiter führen lassen werde. Man neigt im all-

gemeinen der Anschauung zu, daß beim Scheitern des Gesetzes aus tatsächlichen Erwägungen heraus das Zentrum von einer Zurückziehung seiner Minister Posten nehmen werde, um so die Verabschiedung des Etats und der wichtigsten anderen Vorlagen noch zu ermöglichen.

Konjunkturrepublikaner im Zentrum. Herbe Selbstkritik.

Das „Westdeutsche Volksblatt“ veröffentlicht einen Leitartikel über die „Koalition der Zwischenfälle“. Das rheinische Blatt findet es „tragisch und lächerlich, daß in der Regierung des Volksstaats Leute sitzen, die den Volksstaat heute noch am liebsten erwürgen möchten“. Die Unruhe im Volke darüber gehe in die Tiefe, und mit einer Parteidisziplin, die Schäden und Eiterbeulen verbergen wolle, sei nichts gegen sie auszurichten. Dann wendet sich das „Volksblatt“ der eigenen Partei, dem Zentrum, zu und sagt:

Auch in unseren Reihen sitzen Leute, die Konjunkturrepublikaner sind, denen am Staat des Volkes kein Jota gelegen ist; gerade in den örtlichen Parteigruppen gibt es Leute, zu deren Familien-tradition es gehört, zum Zentrum zu gehören, die aber zur Republik und zum Volksstaat und zu sozialer Gestaltung gar kein Verhältnis aufbringen können. Man kann es in gewissen Kreisen gar nicht ertragen, daß Bewegung und Gestaltungswille in der Partei ist, und man ist immer sogleich bemüht, zu keifern, an Traditionen zu appellieren und vertuschende Resolutionen in die Welt zu senden. Das kann auf die Dauer unerträglich werden; es bildet sich dann eine Stimmung heraus, die dem Organismus der Partei sehr gefährlich werden kann.

Der Artikel klingt aus in einen Schrei nach Wahlen und nach „einer Regierung der republikanischen Volkes“.

Der mitteldeutsche Kampf geht weiter.

Die Verhandlungen ergebnislos. — Am Sonnabend Schiedspruch?

Die gestrigen Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beendigung des Kohnkampfes in der mitteldeutschen Metallindustrie, die unter dem Vorsitz von Direktor Lüttgens vom Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt geführt wurden, sind ergebnislos geblieben und wurden bis kommenden Sonnabend vertagt. Die Beschlüsse des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller haben der Einigung nicht gedient, sondern geschadet und zu einer wesentlichen Verschärfung der Situation beigetragen. War dies der Zweck der Beschlüsse, dann ist er erreicht.

Die Vertreter der mitteldeutschen Metallindustriellen — übrigens war auch der Syndikus des DBM, Dr. Oppenheimer, bei den Verhandlungen zugegen — stülten sich jetzt bei ihrer Weigerung, den streikenden Metallarbeitern entgegenzukommen, auf die Beschlüsse ihres Gesamtverbandes. Sie waren entschlossen, auf keinen Fall über die Dreipennigzulage des Schiedspruches hinauszugehen. „Grundsätzlich“ nicht. Sind solche Grundzüge auch nicht billig, so sind sie doch um so profitlicher.

Die Vertreter der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft gingen von ihrer Forderung nicht ab. Die Dreipennigzulage ist für sie nach wie vor undiskutabel. Eine Annäherung war unter diesen Umständen nicht möglich.

Der Kampf der Fünftausend geht also zunächst weiter.

Die Beschlüsse des erweiterten Vorstandes des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, die am Abend vor den Einigungsverhandlungen gefaßt wurden, sollten zweifellos die Verhandlungen beeinflussen, insbesondere aber den Schlichter bzw. den Reichsarbeitsminister. Dazu wird im „Deutschen“ gesagt:

„Hoffentlich sieht das Reichsarbeitsministerium ein, daß auf die Dauer das Leben der Arbeiter bei Schiedsprüchen mit Pfennigen und Feuerwaffen mit Großen und Markt unerträglich ist. Es geht der Metallindustrie gar nicht so schlecht.“

Nach der ganzen Haltung der Unternehmer ist von ihnen am Sonnabend ebensowenig ein Entgegenkommen zu erwarten, wie bei den gestrigen Verhandlungen. Kommt es zu einem Schiedspruch, dann darf er nicht auf die Drohung der Metall-

industriellen mit einer Gesamtsperre abgestimmt werden, sondern auf die Existenzmöglichkeit der deutschen Metallarbeiterschaft.

Die Berliner Werkzeugmacher haben die Ausführung ihres Streikbeschlusses am Sonnabend ausgeführt, um das Ergebnis der vom Schlichtungsausschuss zu gestern nachmittag aberaumten Einigungsverhandlungen abzuwarten. Zu einer Einigung ist es jedoch gestern nicht gekommen. Es soll daher eine Schlichterkammer gebildet werden, die am Montag zusammentritt.

Zu diesem Ausgang der Verhandlungen nahm gestern abend im Verbandshaus der Metallarbeiter eine stark besuchte Versammlung der Vertrauensleute der Berliner Werkzeugmacher Stellung. Von der Brandenteileitung wurde zunächst ein Bericht über die Verhandlungen gegeben, der von dem Bevollmächtigten, Genossen Ulrich, noch in einigen Einzelheiten ergänzt wurde. Genosse Ulrich machte den Vertrauensleuten den Vorschlag, von heute, Donnerstag, ab in allen DBM-Betrieben den bereits in einer Branchenversammlung angenommenen Beschluß durchzuführen, keine Arbeit mehr ohne gleichzeitige Aushändigung des Akkordzettels anzufangen. Darüber hinaus schlug er vor, heute in allen DBM-Betrieben die von der Gesamtbranche aufgestellten Lohnforderungen zu unterbreiten und der Ordoverwaltung umgehend mitzuteilen, wie sich die einzelnen Betriebe zu den Forderungen gestellt haben. In der Diskussion, die ziemlich ausgedehnt war, kam eine starke Empörung über die wiederum ablehnende Haltung der Berliner Metallindustriellen zum Ausdruck. Trotzdem sahen die Vertrauensleute davon ab, für Donnerstag den Streik zu proklamieren, beschlossen vielmehr, nach die Verhandlungen am Montag abzuwarten.

Den Berliner Metallindustriellen wird dieser Beschluß nicht gelegen kommen. Sie hätten es wahrscheinlich lieber gesehen, wenn die Vertrauensleute der Berliner Werkzeugmacher den Streik für heute früh proklamiert hätten. Dann könnten sie den Solidaritätsbeschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller ausführen, sich pharisäerhaft an die Brust schlagen und in der Öffentlichkeit behaupten, sie seien durch den Streik der Werkzeugmacher zu dieser Maßnahme gezwungen worden. Dieses Argument ist ihnen durch den tatsächlich richtigen Beschluß der Vertrauensleute aus der Hand geschlagen worden.

Wohin, Josef Wirth?

Irrungen, Wirrungen im Zentrum.

Im Zentrum spielen sich Vorgänge ab, die für den Außenstehenden nicht leicht verständlich sind. Christliche Arbeiterführer, die keineswegs im Ruf des Radikalismus stehen, die vielmehr die Bürgerblockpolitik stillschweigend mitgemacht oder geduldet haben, schlagen mit der schwierigen Faust auf den Tisch und fordern in rauhem Ton, daß die Bedeutung der Arbeiterschaft für die Partei ganz anders als bisher anerkannt werde. Dr. Wirth aber, der dem Bürgerblock jede Konzeption verweigert hat, wendet sich soeben mit einem Artikel „Wohin, Freund Imbusch?“ gegen die Gewerkschaftspolitik im Zentrum. Der praktische Zweck seiner Ausführungen ist offenbar der, den Gewerkschaftsführern die Inkonzessenz ihres bisherigen Verhaltens nachzuweisen und sie auf die Linie einer republikanisch-sozialen Politik im Sinne der Weimarer Koalition zu bringen. Die theoretischen Ausführungen, die er dabei macht, erscheinen jedoch, wenn man sie mit sozialdemokratischen Augen betrachtet, so sonderbar, daß es unmöglich ist, ihnen nicht zu widersprechen.

Soweit Wirth den christlichen Gewerkschaftsführern „Abkehr vom Politischen“ und „Feindschaft gegen die Intellektuellen“ nachsagt, handelt es sich noch um eine innere Auseinandersetzung im Zentrum. Aber was soll man dazu sagen, wenn Wirth den Gewerkschaftlern von seiner Kampfstellung aus „Wirtschaftssozialismus“ oder gar „Syndikalismus“ vorwirft? Man höre:

Sowohl Stegerwald wie Imbusch verzichten darauf, innerhalb des Parlaments die parlamentarisch-politische Konsequenz zu ziehen, sie ziehen sich vom Politischen auf das Gewerkschaftliche zurück. Nur so ist auch ihre heftige Polemik gegen Ratz und Köhler in Verbindung mit den unerhört groben Briefen, die in dieser Sache gewechselt worden sind, zu begreifen. Ich kann aber hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß dieser Verzicht auf parlamentarische Konsequenzziehung, dieses Ueberbetonen der gewerkschaftlichen Aspirationen im Politischen, eine Tendenz in sich trägt, die mit gewissen syndikalistischen Gedankengängen nicht gänzlich unvereinbar ist. Wenn die Zentrumspartei ein Instrument der christlichen Gewerkschaftsbewegung werden soll, dann liegt darin ein Anseh zur Befähigung der politischen Demokratie, es wird dann versucht, zur Durchführung zu bringen, was die radikalsozialistischen Kreise gerne mit dem in sich widerspruchsvollen Begriff der „Demokratie der Arbeiterklasse“ gekennzeichnet haben. Wir haben zwar dann einen Parlamentarismus, aber einen undemokratischen. Sind sich die Herren Imbusch und Stegerwald solcher Konsequenzen ihrer einseitigen gewerkschaftlichen Haltung bewußt?

Unter Syndikalismus verstehen wir eine Richtung, die darauf ausgeht, den Staat durch Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, wie des Generalstreiks, unter den Willen der Arbeiter zu zwingen. Das Streben der christlichen Gewerkschaften nach erhöhtem Einfluß in der Zentrumspartei hat aber mit einer solchen Richtung nicht das geringste zu tun. Es verstößt auch nicht gegen das Wesen der Demokratie, da sich in einem Arbeiterstaat wie Deutschland die Form der Demokratie auf dem regulären Weg der Wahlen schließlich mit dem Inhalt der Arbeiterdemokratie erfüllen muß.

Von der „Gefahr“ einer Gewerkschaftsherrschaft in Deutschland könnte vielleicht die Rede sein, wenn die eigentliche Arbeitervertretung in den deutschen Parlamenten ausschließlich gewerkschaftlich eingestellt wäre. Die Sozialdemokratische Partei ist aber weit davon entfernt, eine bloße Gewerkschaftsvertretung zu sein. Sie ist sozialistisch-demokratische Vereinigungsgemeinschaft. Hier besteht keinerlei Vermischung der Funktionen und kein Kult der „schwierigen Faust“. Aber freilich kann hier das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein viel besseres sein, weil die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei ist, was das Zentrum eben nicht ist. Darum kann es in der Sozialdemokratie keinen Klassenkampf geben — im Zentrum dagegen entwickelt er sich mit Notwendigkeit aus den Interessengegensätzen seiner verschiedenen sozialen Schichten.

Arbeiterpolitik ist nicht gleichbedeutend mit Gewerkschaftspolitik. Selbst wenn Dr. Wirth die Entwicklung im Zentrum richtig sehen sollte, so würden die Gefahren, die er fürchtet, nicht bestehen, weil links von den christlichen Gewerkschaften die große Sozialdemokratische Partei steht, deren Ziele weit über den gewerkschaftlichen Tageskampf hinausgreifen. Sollten also just die christlichen Gewerkschaften eines Tages vergehen, daß der Mensch von Höherem lebt als von Brot allein — die große Arbeiterpartei links von ihnen würde sie daran erinnern!

Wirth setzt sich dann weiter ganz niedlich mit Stegerwald auseinander, dem er vorwirft, die Bedeutung der Republik für die Arbeiter nicht erkannt und staatspolitische Ideale entwickelt zu haben, die im Gegensatz zur Politik von Weimar stünden. Jetzt aber sei er wie aus dem Traume erwacht und falle aus Mangel eines Besseren „in den engen gewerkschaftlichen Kreis“ zurück. „Dieser Vorgang“ fährt Wirth machend fort, „muß gerade in der Gefolgschaft

Siegerwands hat die Frage wachen, weshalb man überhaupt noch in getrennten Gewerkschaften dem Arbeiterinteresse dienen zu müssen glaubt? Wir gehen zu, daß auch uns diese Frage durchaus aktuell zu sein scheint.

Wirth schließt seine Betrachtungen mit folgendem Appell: Meine Herren! Sie sind so auf dem Wege in die Anschauungsweise des wirtschaftlichen Sozialismus. Nur Ihr besonderes gewerkschaftliches Organisationsinteresse hindert Sie noch, dies in irgendeiner Weise anzuerkennen. Aber es wird immer mehr zu einer Selbsttäuschung. Sie werden erzürnt sein, wenn ich so etwas ausspreche, und doch muß ich es sagen, gerade weil ich die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsfraktionen nicht als das letzte Formungsideal unseres Volkes anerkennen kann. Für mich war die letzte Parteilosung des Zentrums ein unerhörtes inneres Erlebnis. Das Soziologische der Zentrumsstruktur will alle Bande politischer und anderer Art von innen heraus sprengen. Noch gibt es äußere technische Hemmungen, aber schon zürst ich, ob sie aushalten werden.

Rechter Hand, linker Hand — alles vertauscht! Wirth, der für die Rechtsprelle längst nichts anderes mehr als „der Sozialdemokrat im Zentrum“ ist, Wirth stellt sich mit erhabenen Armen vor Stegerwald und beschwört ihn, nicht „in die Anschauungsweise des wirtschaftlichen Sozialismus zu verfallen!“

Wir hätten diese Mahnung Herrn Stegerwald gegenüber für ganz überflüssig. Andererseits wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß Herr Wirth, der zweifellos ein mutiger Republikaner und ein sozial denkender Mann ist, sich eines Tages auch das Grauen vor „den Anschauungsweise des wirtschaftlichen Sozialismus“ abgewöhnen wird. Seine Verwirrung können wir uns nur aus der Erschütterung erklären, die ihn, den alten Zentrumsman, angeht, angesichts der offenbaren Zerfallerscheinungen seiner Partei ergriffen hat.

Wir denken ja als Sozialdemokraten nicht so optimistisch, wie Wirth als Zentrumsman pessimistisch denkt. Gerade, weil wir selbst Weltanschauungspartei sind, kennen wir die Stärke der Weltanschauungen und glauben darum nicht, daß das Band, das den katholischen Arbeiter mit dem katholischen Kapitalisten verbindet, von heute auf morgen zerreißen wird. Sicher aber sind die inneren Spannungen, die sich aus den Klassegegensätzen ergeben, gewaltig, und sie werden über kurz oder lang zu neuen Gruppierungen führen.

Wirth selbst hat schon einmal weiter gesehen. Das war damals, als er sagte: Wenn es einmal zum Kampf zwischen Arbeitern und Bürgertum komme, dann werde er auf Seiten der Arbeiter stehen. Dieses Wort braucht er nicht zu bereuen. Denn wo die Arbeiter stehen, dort wird auch das stehen, wofür er bisher stets eingetreten ist: der Geist echter Demokratie und der Wille, christlich-ethische Ideale in einer bisher sehr unchristlichen Welt zu verwirklichen. Das ist das große Lebendige unserer Zeit, und wer es sieht, braucht nicht um Formen und Formeln zu bangen, die heute noch in Qualen zuden, morgen aber kalt und tot sein werden.

Ein Flaggengesetz für Preußen.

Gemeinsamer Antrag der Koalitionsparteien.

Die preussischen Regierungsparteien haben dem Vordring folgenden gemeinsamen Antrag über das Flaggengesetz durch öffentlich-rechtliche Körperschaften unterbreitet:

„Die Beflaggung der Dienstgebäude, der zum öffentlichen Gebrauch bestimmten Gebäude und sonstigen Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der öffentlichen Straßen und Plätze gehört als Angelegenheit der Landeshoheit zu den örtlichen Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung. Das gleiche gilt in Ansehung der Schulgebäude für die Unterhaltsträger der nicht vom Staate allein unterhaltenen öffentlichen Schulen. Auch das Flaggengesetz durch die übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts unterliegt der Bestimmung durch das Staatsministerium.“

In der Begründung dieses Antrages heißt es: Die Rotverordnung vom 8. August 1927 (RS. S. 164) beschränkt sich lediglich auf die Beflaggung gemeindlicher Dienstgebäude und bietet keine Handhabe, staatsfeindliche Demonstrationen außerhalb der Dienstgebäude auf öffentlichen Straßen, Plätzen und sonstigen Anlagen zu verhindern. Sie bedarf daher zunächst nach dieser Richtung hin einer entsprechenden Ergänzung. Mit Rücksicht auf die zum Teil auch von anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts gezeigte staatsablehnende Haltung bedarf es weiterhin einer gesetzlichen Klarstellung, daß das Flaggengesetz durch Körperschaften des öffentlichen Rechts allgemein ein Ausfluß des staatlichen Hoheitsrechts ist. Hierbei ist nicht beabsichtigt, diesen Körperschaften die Befugnis zur Führung eigener Flaggen zu entziehen. Nähere Bestimmungen hierüber können indessen dem Staatsministerium vorbehalten bleiben.

Schlesiens Wirtschaftsnot.

Ein Appell an die Regierungen.

Wenn etwas die Notwendigkeit einer Hilfeleistung des Staates und des Reiches für die Provinz Oberschlesien überzeugend darlegen konnte, so war es die Einseitigkeit der Meinung, mit der Führer der Privat- und öffentlichen Wirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, das bei uns bereits kürzlich besprochene Wirtschaftsprogramm des niederschlesischen Ausschusses einem breiteren Kreise vorzulegen.

Im Hause des Reichstagspräsidenten Lobe hand gestern Abend eine Zusammenkunft von Parlamentariern und Regierungsvertretern statt, in der führende Persönlichkeiten der schlesischen Erwerbsstände das Programm erweiterten. Betont wurde vor allem die Notwendigkeit, nach der Abtrennung Schlesiens von seinen früheren Abhängigkeiten den Verkehr nach Innerdeutschland und nach der See zu erleichtern durch Ausbau der Eisenbahn und der Wasserstraßen und durch eine zweifelhafte Tarifpolitik.

Besonders auffallend war dabei die starke Betonung der Vertreter Schlesiens, die Eigenwirtschaft des Landes durch eine tatkräftige Siedlung in Gang zu bringen und durch den Ausbau des Schulwesens aller Arten, angefangen von der Volksschule bis zur Hochschule und den Universitäten, die Voraussetzungen für Qualitätsarbeit in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft zu schaffen. Man beschränkt sich also nicht auf die Forderung nach Subventionen, sondern man will den starken Willen zur Selbsthilfe mit einbringen, wenn die Reichs- und Staatsbehörden hierzu eine hilfreiche Hand bieten.

Raum der schlesischen Gewerkschaften sprach Genosse Blasch, der im besonderen den Ausbau der Wasserwege und

Weniger Kinder — eine Kriegsfolge

Aufgaben der Volkswohlfahrt. — „Die Wirtschaft ist der Menschen wegen da.“

Man kann sich darüber freuen, man kann es auch erstaunlich finden: Als der preussische Wohlfahrtsminister Hirtleier in einer Pressebesprechung das Programm seines Amtes entwickelte, sah er sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaft des Menschen wegen da sei. Das Volkswohlfahrtsministerium habe nun die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß ein möglichst großer Anteil des Wirtschaftsertrages der Steigerung der Wohlfahrt des Menschen gewidmet werde. Tatsächlich hat im alten Preußen eine solche Behörde nicht bestanden. Heute wird sie bereits von der „Wirtschaft“, d. h. dem Unternehmertum als unbedeutend empfunden. Denn so stark ist noch unser wirtschaftliches Leben vom Profitstreben beherrscht, daß der Mensch dafür eigentlich Nebenache ist.

Jedenfalls besteht das Ministerium, und es hat allerlei geleistet. Die Beobachtung und Pflege der Gesundheit erfordert erhebliche Arbeit. Nimmt doch die Bedeutung der Menschheit in Deutschland ständig zu, nachdem sich jetzt der Geburtenausfall während des Krieges in empfindlichster Weise geltend macht. Bereits am 1. April kommenden Jahres werden 600 000 bis 700 000 Kinder weniger aus der Schule ins Erwerbsleben treten als sonst — weil diese Kinder gar nicht geboren wurden. Und das wird sich so jahrelang hindurch fortsetzen mit dem Ergebnis,

daß nach Ablauf von fünf Jahren 2 Millionen junger arbeitsfähiger Menschen, auf deren Nützlichkeitsbeitrag das Volk und die Wirtschaft zu rechnen pflegten, zunächst einmal fehlen werden.

Dieser wirtschaftliche Gesichtspunkt allein schon zeigt die große Bedeutung einer wirklichen Volkswohlfahrtspflege — gar nicht zu reden von der sozialen und kulturellen Bedeutung, die die soziale Hebung großer Volksmassen für sich beanspruchen kann.

Eine interessante Folge des Geburtenrückganges ist es, daß auch die Sterblichkeit wesentlich abgenommen hat. Sind doch die meisten Todesfälle in den ersten Lebensjahren zu verzeichnen. Die Geburtenzahl ist in den letzten Jahren weiter zurückgegangen und beträgt in Preußen für das erste Halbjahr 1927 19 auf 1000 Einwohner (gegenüber 20,3 im Jahre 1926). Der Ueberschuß an Geburten ist in der gleichen Zeit von 8 auf 6,1

die Reduktion forderte, dann aber in eindringlicher Weise die Wohnungsnot und die schlechte soziale Lage der Bevölkerung in den Großstädten, namentlich in Breslau und Baden-Baden, schilderte. Wierlich betonte dabei auch die Notwendigkeit einer vernünftigen Kulturpolitik zur Erhaltung des Deutschtums in diesem bedrohten Gebiet.

Im Anschluß daran wurde ein Film vorgeführt, der die besondere wirtschaftliche Lage Schlesiens darlegte.

Erfassung des Vermögenszuwachses.

Die Denkschrift soll endlich erscheinen.

Der Reichsfinanzminister hat jetzt auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß die Denkschrift über die steuerliche Erfassung des seit Kriegsbeginn eingetretenen Vermögenszuwachses bis Ende dieses Monats zu erwarten ist. Der vom Steueranschuß des Reichstages ausgesprochene Wunsch nach einer solchen Denkschrift beruht auf einem sozialdemokratischen Antrag. Mit ihm wird das Ziel verfolgt, durch eine Sonderabgabe von den neu entstandenen oder gewachsenen Vermögen größeren Umlanges die Mittel zu beschaffen, die zur menschenwürdigen Versorgung der Kleinrentner erforderlich sind.

Macht vor Recht!

Die Haltung der Rechtsparteien im Jugendausschuß.

Der Bürgerblock fühlt den Boden unter seinen Füßen wanken und muß daher die Macht, die er zurzeit im Reichsparlament noch besitzt, in der radikalsten Weise aus, selbst wenn dies auf Kosten des Rechts geschieht. Das Gesetz über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, gegen das sich alle Kreise der Kunst, der Wissenschaft und der Volksbildung erhoben hatten, war im Reichstag im Mai 1927 mit einer Rechtsmehrheit angenommen worden. Im Juni erhob der Reichsrat Einspruch gegen den vom Reichstag verabschiedeten Gesetzentwurf. Im Dezember 1927 erklärte er sich bereit, seinen Einspruch zurückzuziehen, wenn, entgegen dem Mehrheitsbeschuß des Reichstages, der Paragraph 1 in der Fassung der Regierungsvorlage wieder hergestellt werde. Die Regierungsparteien stellten sofort entsprechende Abänderungsanträge zur nachmaligen Beschlußfassung. Nach Artikel 74,3 der Reichsverfassung hatte sich der zuständige Ausschuß nunmehr mit der Neuberatung des Gesetzes zu beschäftigen.

In der gestrigen Ausschußsitzung verlangten die Regierungsparteien, daß der Ausschuß sich ausschließlich mit dem § 1 des Gesetzes auf Grund ihrer Anträge beschäftigen dürfe und bestreiten den Linksparteien das Recht, in die Erörterung des ganzen Gesetzes einzutreten oder Anträge dazu zu stellen. Sie fanden willige Helfer in den Vertretern des Reichsinnenministeriums wie des Reichsrats.

Herr Rumm von den Deutschnationalen beantragte, das Gesetz unter ausschließlicher Beschränkung auf den § 1 neu zu beraten. Die sozialdemokratischen Vertreter erhoben unter Berufung auf § 74 der Verfassung energischen Einspruch und verlangten, daß zuvor eine Entscheidung des Volkstagesrats über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung herbeigeführt werde. Diesem Vorschlag schloß sich auch die Demokratin Frau Lüders an, ebenso die Kommunisten.

Der Vertreter des Reichsinnenministeriums erklärte, er wolle nicht untersuchen, ob es rechtlich zulässig sei, das ganze Gesetz zu erörtern, für ihn sei allein die Frage entscheidend, ob es notwendig sei, was er verneint.

Der Antrag, eine Entscheidung des Volkstagesrats herbeizuführen, wurde abgelehnt, der Antrag Rumm angenommen. Daraufhin erklärte Genosse Sendewitz, daß die sozialdemokratische Fraktion sich an den Verhandlungen nicht mehr beteiligen und Beschwerde beim Reichstagspräsidenten einlegen werde. Sozialdemokraten und Kommunisten verließen darauf die Ausschußsitzung.

Deutschnationale und Zentrum wollten die Beratung ohne die Vertreter beider Fraktionen abhalten, erst auf Verlangen der Deutschen Volkspartei wurde die Beratung bis zum Freitag vertagt. Die Bürgerblockparteien wollen mit Gewalt das reaktionäre Gesetz noch vor Auflösung des Reichstages unter Dach und Fach bringen!

je Einwohner gemittelt. Berlin hat 1926 zum ersten Male weniger Geburten als Todesfälle zu verzeichnen.

Das Ministerium beruht auch den Wohnungsbau, über dessen letzte Ergebnisse wir im Wirtschaftsteil berichten. Interessant ist, daß die Pflege der heranwachsenden Jugend — eines der wichtigsten Gebiete der vorbeugenden Sozialfürsorge — neuerdings mit besonderem Eifer betrieben wird. Es bedeutet viel für die Volksgesundheit, wenn gerade die noch schulpflichtige Jugend rechtzeitig in Erholungsheimen geheilt werden kann, ehe die Krankheit schwere Störungen in der Entwicklung hervorruft. Heute bestehen in Preußen 1400 Kindererholungsheime mit über 100 000 Betten.

Im letzten Jahr konnten 200 000 bis 250 000 Kinder, deren Gesundheit durch den Aufenthalt in der Großstadt schwer mitgenommen war, durch solchen Erholungsurlaub rechtzeitig geheilt werden.

Aber natürlich genügt das noch keiner Richtung. Denn wenn das Kind in seine alte Umgebung zurückkehrt, in enge Wohnungen, in ungesunde Höfe und überhaupt in sozial gedrückte Verhältnisse, so besteht die Gefahr neuer Erkrankungen. Deswegen muß auf die weitere Pflege der Jugendlichen und ihre ständige gesundheitliche Ueberwachung besonders gehalten werden.

In das Gebiet vorogender Gesundheitspflege gehört auch die Förderung der Leibesübungen, die heute — ein erfreuliches und nicht zuletzt der Arbeiterbewegung zu dankendes Ergebnis — immer mehr in den Dienst der gesundheitlichen Stärkung anstatt in den der Erzielung von Rekorde gestellt wird. Sowohl Preußen wie die Städte haben auf diesen Gebieten eine Menge geleistet. Bekannt ist allerdings, daß die Fürsorge gerade der Gemeinden auf dem Gebiete des Sports den festigsten Widerstand jener Kreise gefunden hat, die in dieser Art Menschenpflege einen verschwenderischen Luxus sehen. Die Arbeiterschaft wird also noch viel zu tun haben, um diese sozialen Interessen wirklich gegen die Angriffe berufener und unberufener Kritiker zu verteidigen und die Wohlfahrtspflege so auszubauen, daß sie ein positiver Faktor nicht nur zur Förderung der Volksgesundheit, sondern darüber hinaus zur sozialen Gestaltung der Republik wird.

Die Stadt Löwen wehrt sich.

Eine Gegenschrift gegen das Gutachten von Prof. Meurer.

Das Gutachten des Würzburger Unioersitätsprofessors Meurer über den „belgischen Volkskrieg“ ist als Bestandteil der vom Untersuchungsausschuß des Reichstages herausgegebenen Aktenammlung über das „Völkerrecht im Weltkrieg“ erschienen. Die deutsche Sozialdemokratie ist von diesem einseitigen Versuch, die Kriegsführung des kaiserlichen Heeres reinzumachen, sofort und energisch abgelehnt. Dadurch ist wenigstens ein Teil des ungeheuren moralischen und außenpolitischen Schadens wieder ausgeglichen worden, den diese läppische Arbeit dem deutschen Volke zugefügt hat.

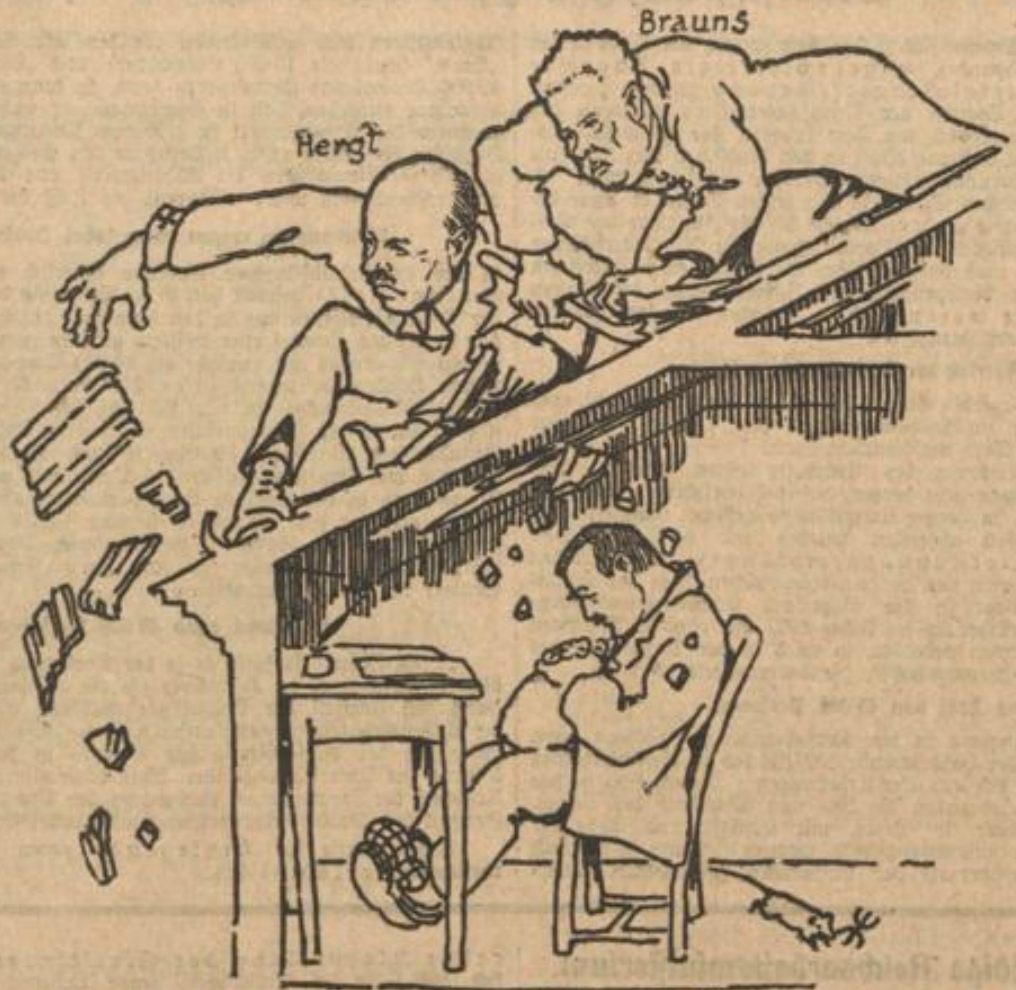
Nun hat die Stadt Löwen, die besonders im ersten Monat des Weltkrieges furchtbar gelitten hat, eine Propagandaschrift in mehreren Sprachen herausgegeben, die sich vor allem gegen die Darstellung der Ereignisse von Löwen in dem Gutachten des Prof. Meurer wendet. Die Schrift selbst ist von Professor Wagners von der katholischen Universität Löwen verfaßt und enthält ein Wort, das vom Bürgermeister Van der Baeren und von den Spitzen der Löwener Justiz- und Unioersitätsbehörden unterschrieben ist. Die Schrift, die den Titel trägt: „Die 36 von Franc-Tireur-legenden“, geht mit dem deutschen Professor nicht gerade sanft um. Das kann man wohl begreifen, denn an zahlreichem Beispielen wird der Beweis erbracht, daß Meurers Darstellungsmethode und Untersuchungsmethode mit wissenschaftlicher Geschichtsforschung nichts gemein hat. Die Gegenzeugnisse zweier holländischer Persönlichkeiten, des Arztes und Unioersitätsprofessors Rayons und des Direktors des Wasserwerks Rutgers, die die tragischen Ereignisse vom 25., 26. und 27. August 1914 in Löwen persönlich miterlebt haben, werden als Anhang zu der Schrift Rayons abgedruckt und bilden eine schwere Anklage gegen die kaiserlichen Truppen.

Aus diesen Zeugnissen wie auch aus dem übrigen Inhalt der Broschüre gewinnt man den Eindruck, daß die Stadt Löwen mit ihrem hehrlichen, zum Teil durch Brandlegung zerstörten Bantem einem grauenhaften Mißverständnis, einer Massensuggestion zum Opfer gefallen ist. Die deutschen Soldaten glaubten an das Wirken von Freischützern — die wohl auch hier und dort, besonders in den ersten Tagen bei Lüttich, aufgetaucht sein dürften —, sie waren durch Erzählungen ihrer Offiziere von Grausamkeiten, die an den Verwundeten und Gefangenen von der belgischen Zivilbevölkerung systematisch verübt würden, fasziniert. Da mag am Abend des 25. August irgendein Schuß gefallen sein — er kann auch unabsichtlich von einem Deutschen abgefeuert worden sein — und nach wenigen Minuten war in der ganzen Stadt die tollste gegenseitige Schießerei zwischen deutschen Truppen im Gange, die an einen vereinbarten Ueberfall durch Franc-tireurs glaubten und die die ganze Stadt anzuzünden begannen. . . . Wer auch nur in Berlin die Revolutions- und Spartakusnächte mitgemacht hat, wird sich eine derartige Panik leicht vorstellen können. Daß sich heute noch Dupende von deutschen Zeugen finden, die — durchaus glaubwürdig — über das Wüten der Löwener Franc-tireurs die unglücklichsten Falschheide schwören, ist ohne weiteres anzunehmen. Daß aber die bürgerliche Mehrheit des Reichstagsuntersuchungsausschusses dreizehn Jahre später diese Befundungen mit ihrer Verantwortung gedeckt und für ihre Verbreitung gesorgt hat, ist ein unerzeuglicher Fehler.

Gewiß kann auch die Schrift von Wagners keinen Anspruch auf leidenschaftliche Wissenschaftlichkeit erheben. Auch sie stützt sich zum Teil auf Zeugen, deren Einbrüche nicht minder durch die Panikstimmung und durch die nationale Erbitterung getrübt worden sind, als es bei den deutschen Zeugen der Fall war. Aber eins läßt sich unschwer voraussetzen: die Sympathien des Auslandes werden sich instinktiv der belgischen Gegenschifture zuwenden — weil eben der deutsche Versuch, die Ereignisse von Löwen zu rechtfertigen, psychologisch eine hoffnungslose Angelegenheit ist. Die Verantwortung für diese neue Schwere — und so überflüssige! — Schädigung des deutschen Ansehens in der Welt trägt der Bürgerblock, der dem Gutachten Meurers und der übrigen „Aktenammlung“ des Untersuchungsausschusses trotz der wohlgemeinten sozialdemokratischen Warnungen sein Placet erteilt hat.

Demokraten gegen Panzerkreuzer. Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, die erste Rate für den von der Regierung geforderten Bau eines Panzerkreuzers abzulehnen.

Das Attentat auf den Mieterschutz.



Aufgewacht, Mieter, man nimmt Dir das Dach überm Kopf weg!

Petroleumkapital soll verdienen.

Drei Regierungen gegen ein Staatsmonopol in Spanien.

Paris, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Die französische Regierung hat gemeinsam mit der englischen und amerikanischen Regierung in Madrid gegen die Einführung des staatlichen Petroleummonopols Verwahrung eingelegt. Durch die Wahrung der spanischen Regierung würden die Interessen der ausländischen Petroleumgesellschaften schwer geschädigt.

Auscheinend beabsichtigt Primo de Rivera das Monopol aufrechtzuerhalten, jedoch den Gesellschaften eine Entschädigung zu gewähren.

Englische Zensur über Amanullah.

Was er sagt, darf Indien nicht erfahren.

Der diplomatische Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ in London erzählt folgenden, von der bürgerlichen englischen Presse totgeschwiegenen Vorfall, der ein Licht auf die politische Zensur wirft und nicht der tiefsten Ironie entbehrt. Der König von Afghanistan hatte während seines Aufenthaltes in Indien einem Korrespondenten der „Daily Mail“ ein Interview gewährt, dessen wichtigste Stelle lautete:

Ich frage König Amanullah, ob er mir einige Worte der Freundschaft für Großbritannien übermitteln möchte. Er zögerte und ich fragte: „Kann ich zumindest sagen, daß Afghanistan ein Freund Großbritanniens sei?“ Der König blühte seinen Minister und dann mich an und antwortete: „Wir wollen warten und sehen, was sich ereignet wird, sobald ich Gelegenheit habe, mit Ihrem Auswärtigen Amte in London zu sprechen.“

Das Interview wurde auszugswiese von dem Londoner Korrespondenten einer indischen Nachrichtenagentur nach Indien zurückgeleitet. Nach einigen Tagen erhielt der indische Korrespondent in London ein Telegramm mit einer Anfrage seiner Zentrale, warum er das angekündigte „Daily-Mail“-Interview mit König Amanullah nicht gelabelt habe. Eine Untersuchung brachte die Tatsache zu Tage, daß das Interview mit einer Verspätung von vier Tagen der indischen Nachrichten-Zentrale zugestellt worden war. Die oben angeführte Stelle war von der Zensur gestrichen worden. Der diplomatische Korrespondent stellt fest, es sei unangebracht, wenn die Zensur Bemerkungen eines befreundeten Staatsoberhauptes, der sich auf dem Wege nach London befindet, unterdrückt, nur weil sie ihr nicht ins Konzept passen.

Die indische Verfassungsfrage.

Noch kein Erfolg des Vermittlungsvorschlags.

New Delhi, 8. Februar.

Die indischen Parteiführer erklären, ihre Einwendungen gegen die englische Verfassungskommission beruhen auf Prinzipienfragen, die auch von dem neuen Kompromißvorschlag Simons nicht berührt würden. Sie seien genötigt, bei ihrem früheren Entschluß, keinerlei Beziehungen zu der Kommission zu unterhalten, zu beharren.

Dem Parlament in Delhi stehen die Smaragdpartei (Selbstständigkeitspartei) fern.

Drager Mandate aberkannt.

Ein politisches Tendenzurteil.

Prag, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Der Wahlgerichtshof in Prag hat nach dreitägigen Verhandlungen den beiden Angeklagten des Bundes der Landwirte Mayer und Hanreich die Mandate aberkannt. Die Klage vor dem Wahlgerichtshof war gegen sie erhoben worden, weil sie bei der Abstimmung über das technische Verwaltungsreformgesetz entgegen den Beschlüssen ihrer Fraktion gegen das Gesetz gestimmt hätten.

Die Entscheidung des Wahlgerichtshofes ist als ein ausgesprochenes politisches Urteil im Sinne der Bürgerblockregierung anzusehen. Die beiden Abgeordneten waren nämlich auf der gemeinsamen Liste der Landbündler und Gewerkepartei, Deutschen Slowaken und ungarischen Nationalpartei gewählt worden. In solchen Fällen hatte der Wahlgerichtshof früher das Klagericht nur der gesamten Wahlpartei zugestanden. Diesmal wurde die Klagelegitimation des Bundes der Landwirte, einer der beiden Wählerparteien, anerkannt, obwohl die deutschen Slowaken und ungarischen Nationalpartei dagegen protestierten und die Gewerkepartei sich neutral erklärte. Die zwei Abgeordneten wurden also unter Umgehung der bisherigen Praxis des Wahlgerichtshofes dafür, daß sie es gewagt hätten, gegen die Verwaltungsreform zu stimmen, mit dem Verlust ihrer Mandate bestraft.

Zuwachs für Winnig.

Im Blatt der ostböhmerischen Großgrundbesitzer, der „Ostpreussischen Zeitung“, erklärt der frühere Sozialdemokrat Adolf Bartel, daß er aus der sozialdemokratischen Partei austräte und sich der UEP anschließen. Er begründet diesen Schritt mit Stahlhelmpropaganda. Die Herren Winnig und Kaufsch haben also einen dritten Mann zum Stat gefunden.

Die Rechtsprelle macht aus diesem Schritt eines Mannes, der längst nichts mehr mit der Partei zu tun hatte, eine große Affäre. Um die Dinge auf die richtige Bedeutung zurückzuführen, ist es notwendig, den Entwicklungsgang von Adolf Bartel zu zeigen. Herr Bartel war vor und nach seiner Tätigkeit an der „Königsberger Volkszeitung“, 1917—1919, Redakteur der „Danziger Volksstimme“. Er wurde in Danzig plötzlich seiner politischen Haltung wegen entlassen und führte dann in der Rechtsprelle einen Feldzug gegen Danziger führende Genossen. In Königsberg wurde Herr Bartel gleichfalls auf einstimmigen Beschluß der Junta der SPD, der Parteileitung und der Pressekommission sofort entlassen, als er in einer für die Partei unerträglichen Weise Winnigscher Richtung arbeitete. Er gehörte zum Kreis um Winnig, der mit den Kappisten gemeinsame Sache machte. Er wurde dann Redakteur der „Heimat“ und dedte mit seinem Namen nationalistische Schmierereien, woraus gegen ihn ein Ausschlußverfahren anhängig gemacht wurde. Durch Sozialistenerklärungen kam er um den Ausschluß herum. Aber auch die Redaktion der „Heimat“ hat Herrn Bartel nicht sehr lange gesehen und seit einiger Zeit schrieb er Korrespondenzen für die Rechtsprelle. Beiträge zur Partei hat Herr Bartel schon jahrelang nicht mehr gezahlt.

Es ist völlig bedeutungslos für die Sozialdemokratische Partei, daß dieser Mann nun auch offen zu scheitern wagt, was er längst ist.

Oslo, 8. Februar.

Der Storting hat Mittwoch abend den von Rowinkel eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit 86 gegen 63 Stimmen angenommen. Ein Mitglied war abwesend. Dagegen stimmten die Arbeiterparteien sowie ein Mitglied der radikalen Volkspartei.

Zu Verlauf der Debatte machte Ministerpräsident Hornsrud Mitteilungen über die Veruche der Banken, von seinem Kabinett „neue Staatssubventionen“ zu erhalten. Die Regierung habe diese Forderung abgelehnt und darauf sei die Aktion der Banken gegen das Arbeiterkabinett zurückzuführen. Auch der Gouverneur der norwegischen Staatsbank habe dabei eine große Rolle gespielt. Das Mißtrauensvotum der radikalen Linken sei in erster Linie auf ihn zurückzuführen, indem er gedroht habe, den gegenwärtigen Kurs der Krone nicht zu halten, falls die Arbeiterregierung nicht zum Rücktritt gezwungen würde.

Nach der Abstimmung erklärte Ministerpräsident Hornsrud, daß die Regierung am Freitag ihre Demission beschließen und dem König empfehlen werde, sich zwecks Bildung einer neuen Regierung an den Führer der Radikalen, Rowinkel, zu wenden. Rowinkel hatte im Namen der radikalen Linken den Mißtrauensantrag eingebracht und begründet. Voraussichtlich wird es Rowinkel gelingen, eine bürgerliche Linkenregierung zustande zu bringen.

Die erste Arbeiterregierung Norwegens hat nur vierzehn Tage gedauert. Ihr Sturz hat nichts Ueberraschendes. Verschiedenheit im Storting und hatte sie doch die Regierung angetreten, ohne sich zuvor mit irgendeiner der übrigen Gruppen über ein Programm zu verständigen, auf dessen Grundlage ihr wenigstens für eine gewisse Zeit die Aufrechterhaltung der Macht möglich gewesen wäre. Sie war bei der Ansicht, daß es ihr ähnlich wie seinerzeit dem Kabinett Macdonald in England gestattet sein würde, für eine bestimmte Frist am Ruder zu bleiben, und bedachte nicht, daß der Klassen Gegensatz in ihrem Lande sich in dem politischen Verhalten der Bürgerlichen sehr viel schärfer ausprägt, als es in Großbritannien der Fall ist. Allerdings kann sie für sich geltend machen, daß sie sich in keiner Weise zu der Kabinettsbildung gedrängt hat, sondern nur in die Bresche getreten ist, nachdem alle anderen Kombinationen fehlgeschlagen waren.

Die Arbeiterpartei hatte bei den Wahlen einen Zuwachs von etwa 100 000 Stimmen erhalten und damit von 150 Mandaten 59 erzielt. Die Gruppe der Rechten, die bis dahin regiert hatte, war von 54 auf 31 gesunken, die der Linken von 56 auf 31 zurückgegangen, während die Partei der Großgrundbesitzer 4 Mandate gewann und damit einen Bestand von 26 Sitzen erreichte. Der Sieg der Sozialisten war in erster Linie auf die starke Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der reaktionären Politik des Kabinetts Lykke zurückzuführen. Dieses Ministerium hatte jahrelang eine Deflationspolitik getrieben. Sie führte zu Schwierigkeiten in der Industrie, zu einer starken Steigerung der Arbeitslosigkeit und einer beträchtlichen Erhöhung der öffentlichen Lasten. Als die Regierung dann nach ein Gesetz zum Schutze der Streikbrecher, steigerte sich die Empörung der Arbeiterschaft zu Sieberhöhe.

Die Folge war der große Wahlsieg der norwegischen Arbeiterpartei. Trotzdem verjuchten die bürgerlichen Parteien zunächst, die norwegische Sozialdemokratie von der Verantwortung auszuscheiden. Erst als der Versuch zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung an dem Wider-

stand der bürgerlichen Linken gescheitert war, forderte der König die Sozialisten auf, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Er ließ dabei keinen Zweifel darüber, daß er für den Fall einer Ablehnung die Fraktion der Großgrundbesitzer mit der Kabinettsbildung betrauen würde. In dieser Zwangslage haben die Sozialisten das schwierige und von vornherein so gut wie aussichtslose Experiment der Kabinettsbildung auf sich genommen. Sie gingen dabei allerdings von der Voraussetzung aus, daß sich unter den 31 Mitgliedern der bürgerlichen Linken genügend wirkliche Demokraten zu ihrer Unterstützung finden würden, und es gelingen würde, wenigstens einige der dringendsten Aufgaben zu lösen. Man dachte u. a. an die Aufhebung des Gesetzes gegen die Gewerkschaften, an einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung und an ähnliche Dinge. Daneben hoffte man hinsichtlich der Schuldenerleichterung für die Kleinbauern und die Kommunen auch die Unterstützung der Rechtsparteien zu erhalten.

Diese Erwartungen sind nun geknackt worden. Der Führer der bürgerlichen Linken, Rowinkel, hat am Dienstag die Regierungserklärung als unannehmbar bezeichnet, weil sie jede Mühseligkeit vernichten lasse, und offenbar von der radikaleren, ehemals kommunistischen Gruppe in der Arbeiterpartei diktiert worden sei. Zweifellos sind in der bürgerlichen Linken die fortschrittlichen Elemente unterlegen. Besiegt haben die Wortführer und die Interessensvertreter des Finanzkapitals. Was hilft es, daß Rowinkel die Kapitalmacht als unpatriotisch bezeichnet? Tatsache bleibt, daß er und seine Freunde sich unter das Joch des Großkapitals gebeugt haben. Sein Ziel war von vornherein, mit allen Mitteln eine Arbeiterregierung zu verhindern.

Es wiederholt sich so in Norwegen der Vorgang, der sich in Frankreich und in Belgien abgespielt hat. Wenn man auch vielleicht darüber verschiedener Meinung sein kann, ob die norwegischen Sozialisten recht daran taten, trotz ihrer Minderheit im Parlament eine Regierung ohne vorhergegangene Verständigung mit anderen Parteien zu übernehmen, so ändert das nichts an der Tatsache der Auflehnung der Finanz gegen den Versuch der Durchsetzung der Arbeiterforderungen.

Dänische Sozialreaktion.

Kopenhagen, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Im Folkething wurde der sozialdemokratische Vorschlag auf Gewährung einer vorläufigen Unterstützung für die ausgesteuerten Erwerbstlosen, deren Zahl von den Gewerkschaften auf etwa 50 000 angegeben wird, mit 74 gegen 69 Stimmen abgelehnt. Die ausgesteuerten Erwerbstlosen sind nunmehr lediglich auf Unterstützungen von Hilfskassen und die Armenkasse der Gemeinden angewiesen.

Die letzte Nacht in Stuttgart.

Von Kempen—Frankenstein Sieger im Sechstagerennen.

Ohne bemerkenswerte Beschnitte verlief die letzte Nacht des Stuttgarter Sechstagerennens, und auch an den Nachmittagsstunden des Mittwoch, also wenige Stunden vor Schluß des Rennens, ereignete sich nichts von Belang.

- 1. von Kempen—Frankenstein 726 Punkte, 2440,140 Kilometer.
- 2. Eine Runde zurück: Junge—Kieger, 256 Punkte.
- 3. Durag—Standaert, 292 Punkte.

Von den 22 ausgefahrenen Spurts gewann von Kempen alle elf von ihm ausgefahrenen, Kieger war fünfmal, Frankenstein dreimal erfolgreich.

Wir kommen noch auf das Rennen zurück.

Das Ende einer Hecke.

Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitslosigkeit.

In den letzten Wochen sind in der Rechtspreffe, vor allem in den Organen des Landbundes, ungerechtfertigte Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtet worden. Man erklärte den Sprung der Arbeitslosenziffern während des letzten Winters kurzerhand mit dem Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung. Richtig ist, daß vor allem in den ländlichen Bezirken eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen ist. Wenn auch die amtlichen Stellen in den letzten Tagen in einer besonderen Verlautbarung als eine Ursache für die Zunahme den Bericht auf die Bedürftigkeit als Voraussetzung für die Unterstützung bezeichnet haben, so muß demgegenüber auf Grund einer inzwischen erfolgten genaueren Nachprüfung der Ziffern daran festgehalten werden, daß in die wesentlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstühtenziffern

der Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung

nicht mit eingerechnet werden kann. Zu diesem Resultat kommt auch eine Darlegung, die im Reichsarbeitsblatt (Nr. 4 vom 1. Februar 1928, nichtamtlicher Teil) veröffentlicht wird.

Aus der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß bei vorsichtiger Schätzung die Zahl der Fälle, in denen Unterstützungsgelände mangels vorliegender Bedürftigkeit abgelehnt wurden mit 5 Proz. der Zahl der Unterstützungsempfänger angenommen worden ist. Wenn man von der durchschnittlichen Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der bisherigen Erwerbslosenfürsorge bzw. Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 mit rund 0,9 Millionen Personen ausgeht, dann bedeutet, so wird in der Darlegung des Reichsarbeitsblattes hervorgehoben, die vorerwähnten 5 Proz.

eine Zahl von 45 000 Personen,

mit deren Mehraufnahme in die Versicherung zu rechnen war. Daß diese Zahl an der Jahreswende 1927/28 sich in diesem Rahmen gehalten hat, ergibt sich aus den Erhebungen. Danach sind in den 13 Landesarbeitsamtsbezirken die Zu- und Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger in Orten mit weniger und mehr als 10 000 Einwohnern zusammengestellt worden. Wenn man auch die nach der Einwohnerzahl der Gemeinden geschiedenen Unter-

stützungsziffern nicht vollkommen mit den wirtschaftlichen Begriffen „Stadt“ (mehr als 10 000 Einwohner) und „Land“ (weniger als 10 000 Einwohner) identifizieren kann, so kann man doch von der Annahme ausgehen, daß in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern der Arbeitsmarkt in größerem Umfange von Handel und Industrie beeinflusst wird, während in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern die Abhängigkeit von der Landwirtschaft vorherrschend sein wird. Während die Zahl der

Ablehnungen wegen mangelnder Bedürftigkeit

in den industrieabhängigen Gebieten sicherlich nur eine sehr geringe Rolle gespielt hat, ist im Gegensatz dazu die Bedeutung der Bedürftigkeitsprüfung in den landwirtschaftlichen Bezirken ohne Zweifel eine weitaus größere gewesen. Wenn man in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken die Entwicklung während des Jahres 1927 betrachtet, so zeigt sich, daß sich Zunahmen von Unterstühten nur in den Landesarbeitsamtsbezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niedersachsen ergaben, während die Unterstühtenziffern in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern in den übrigen Landesarbeitsamtsbezirken mehr oder minder geringer sind als am 1. Januar 1927. In den sechs Bezirken Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark und Niedersachsen beträgt nur die Zunahme mit Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern

insgesamt rund 48 600 Personen.

„Diese Ziffer“, so heißt es in der Darlegung des Reichsarbeitsblattes, „wird man im Höchsthalle als die ansehen dürfen, die man durch den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung als Mehrzugang in die Arbeitslosenversicherung ansehen kann. Sie liegt somit in der Höhe der bei Vorbereitung des Gesetzes in Rechnung gestellten 5 Proz. der Unterstühtenziffern. Man kann also in die wesentlichen Ursachen der sprunghaften Steigerung der Unterstühtenziffern den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung nicht miteinreihen.“

Damit dürfte die Hehlende gegen die Arbeitslosenversicherung erledigt sein.

Das unschuldige Reichsarbeitsministerium.

Im Streit zwischen Reichsbahn und Betriebsräten.

Die merkwürdige Haltung des Reichsarbeitsministeriums im Kampf gegen die ungeheuerliche Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte bei der Reichsbahn wurde von uns vor einigen Tagen kritisiert. Auf unseren Vorwurf, das Ministerium habe in diesem Kampf gegenüber dem Einheitsverband nicht ganz fair gehandelt, wird uns von maßgebender Stelle erklärt, daß das Reichsarbeitsministerium in keiner Weise in den zwischen dem Einheitsverband der Eisenbahner und der Reichsbahnverwaltung beim Arbeitsgericht Berlin anhängigen Rechtsstreit eingegriffen habe.

Die Frage der Verschiebung des Beginns der Wahlperiode der Betriebsvertretungen sei lediglich im November — also längst vor dem gerichtlichen Austrag der Sache — als das Reichsverkehrsministerium mit den Gewerkschaften Verhandlungen über die Aenderung der Betriebsräteverordnung führte, Gegenstand eines respektvollen Meinungsaustausches zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichsarbeitsministerium gewesen. Irgeineiner weiteren Beteiligung am Austrag der Streitfrage habe sich das Reichsarbeitsministerium enthalten, insbesondere habe zu keiner Zeit eine Fühlungnahme mit der im Streit befangenen Reichsbahnverwaltung stattgefunden.

Diese Erklärung des Reichsarbeitsministeriums geht an den Kern unserer Kritik vorbei. Das Reichsarbeitsministerium hat dem Einheitsverband auf sein Schreiben vom 23. November am 1. Dezember lakonisch geantwortet, daß es eine Abschrift dieses Schreibens dem Reichsverkehrsministerium übermittelt habe. Das Reichsarbeitsministerium hat aber auch zu dem Schreiben des Reichsverkehrsministeriums Stellung genommen und diese seine Stellungnahme zwar dem Verkehrsministerium mitgeteilt, nicht aber dem Einheitsverband. Von dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums erhielt die Reichsbahn-Hauptverwaltung Kenntnis, nicht aber der Einheitsverband. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung plagierte dann vor dem Arbeitsgericht mit der Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums in die Verhandlungen hinein. Kommt das Reichsarbeitsministerium es nicht verhindern, daß seine Auffassung, die es dem Einheitsverband nicht mitteilte, in die Hände der Reichsbahn-Hauptverwaltung kom? Was man der einen Partei nicht sagt, soll man auch der anderen Partei nicht mitteilen — lassen.

Der Rechtsstreit zwischen dem Einheitsverband der Eisenbahner gegen die Reichsbahnverwaltung über die ungeheuerliche Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte bei der Reichsbahn ist, wie wir erfahren, nunmehr an das Reichsarbeitsgericht gegangen. Vor dem Berliner Arbeitsgericht hat der Einheitsverband recht behalten. Hoffentlich fällt das Reichsarbeitsgericht möglichst bald eine Entscheidung. An einer Verzögerung der Entscheidung hat nur die Reichsbahnverwaltung ein Interesse. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, auf

rasche Klarstellung der Streitfrage zu drängen, da sich sonst leicht bei Einprüfungen gegen unbedingte Entlassungen und dergleichen schmerzhafte Verhältnisse ergeben können. Die Reichsbahnverwaltung kann in Streitfällen unter Umständen erklären, sie wisse nicht, ob der amtierende Betriebsrat der richtige ist oder nicht.

Die Metalltransportarbeiter 1927.

Die Sektion V des Verkehrsverbandes (Industriearbeiter) hatte am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresdelegiertenversammlung. Genosse Franke erinnerte einleitend an das 25jährige Bestehen dieser Sektion und kam dann auf die Lohnbewegungen im Vorjahre zu sprechen.

Es wurden insgesamt 13 Lohnbewegungen geführt, davon entfielen 8 auf die Berliner Metallindustrie in 450 Betrieben mit 20 000 Beschäftigten, 2 auf die Karosseriebranche mit 150 Beschäftigten in 13 Betrieben, 2 auf die Geldschrankfabrikation mit 200 Beschäftigten in 55 Betrieben und eine Bewegung in 75 Betrieben der Schilderherstellerbranche, an der nur 89 beteiligt waren. Der sechsmonatige Streit der Schilderhersteller ist mit einer Entlohnung geführt worden, die allen anderen Gruppen, besonders den Metalltransportarbeitern, als Vorbild dienen sollte. Die im Berichtsjahre erzielte Lohnerhöhung beträgt für die Transportarbeiter der Metallindustrie 10 Pf. oder 15,6 Proz., der Karosseriebranche 8 Pf. oder 10,5 Proz., der Geldschrankfabrikation 8 Pf. oder 9,5 Proz. und für die Schilderhersteller 20 Pf. oder 15 Proz. Trotzdem die Steigerung bei den Metalltransportarbeitern prozentual am höchsten ist, sind die dort gezahlten Stundenlöhne von 74 und 75 Pf. nicht ausreichend, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Die Sektion zählte am Schluß des Vorjahres 748 Mitglieder, mehr als Ende 1926. Dieser Bercheerfolg kann nicht beklagt werden, wenn man berücksichtigt, wieviel Unorganisierte besonders noch in den B.M.V.-Betrieben vorhanden sind.

In der Diskussion wurde an der Tätigkeit der Sektionsleitung keine Kritik geübt. Eine Entschärfung, in der der Sektionsleitung das volle Vertrauen ausgesprochen wird, wurde gegen 8 Stimmen angenommen. Gegen 3 Stimmen wurden dann als Sektionsleitung die Genossen Franke, Strauch, Rothmann und Boel gewählt. Die Kommunisten haben nicht einmal den Versuch gemacht, mit Gegenkandidaten aufzutreten.

Tarifabschluß der Handelsarbeiter.

Der Verkehrsverband hatte zu Freitagabend nach dem Gewerkschaftshaus eine Versammlung aller im Berliner Einzelhandel beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen, um das Ergebnis der Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Groß-Berliner Einzelhandels bekanntzugeben. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde eingeleitet durch ein Referat des Genossen Schlimme vom A.D.B. über „Die Erwerbslosenversicherung und Arbeitsvermittlung“, das die volle Zustimmung der Versammelten fand.

Am Anschluß daran ging Genosse Bollmeier auf die Lohnbewegung der Handelsarbeiter des Einzelhandels ein. Er erinnerte daran, daß der Lohnstarif, der im Frühjahr vorigen Jahres abgeschlossen wurde, noch bis zum 31. März gelten sollte. Nach er-

gebnislosen Verhandlungen, die gegen Ende des Vorjahres wegen einer zwischentariflichen Lohnerhöhung geführt wurden, kamen die Vertragsparteien überein, in dem ersten Januartagen in neue Verhandlungen einzutreten. Da in diesen Verhandlungen die Unternehmer den Vorschlag machten, überhaupt ein neues Lohnabkommen zu treffen, wurden die Verhandlungen vertagt, bis eine Branchenversammlung der Verhandlungskommission die Vollmacht zu solchen Verhandlungen gegeben hatte. Die neuen Verhandlungen waren am 27. Januar.

Nach mehrstündigen Besprechungen erklärten sich die Unternehmer bereit, ab 28. Januar die Löhne der über 22 Jahre alten Arbeiter um 2,25 M. pro Woche und die der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen um etwa den gleichen prozentualen Betrag zu erhöhen. Sie waren auch damit einverstanden, daß das neue Lohnabkommen bis zum 5. Oktober lauten solle, machten aber die Zahlung der Zulage schon von der laufenden Lohnwoche davon abhängig, daß bis zum 31. Januar vormittags die Zustimmung der Organisation erfolgt sein sollte.

Wegen der geringen Zeitparie wurde den Funktionären die Entscheidung überlassen, die nach eingehender Beratung das Angebot der Unternehmer annahm. Von wenigen Rednern abgesehen, die anscheinend „grundtätlich“ Oppositionelle waren, billigten alle Diskussionsredner das Verhalten der Lohnkommission und der Funktionäre. Die Branchenversammlung sprach zum Schluß der Lohnkommission einstimmig das Vertrauen aus.

Das Recht des Lehrlings.

Entscheidung gegen Lehrherr und Jnning.

Der Friseur Otto in Johannisthal hatte einen Lehrling angenommen, obwohl er bei einem Filmmunternehmen tätig war und der Ausbildung des Lehrlings nicht genügend Zeit widmen konnte. Auf die Klage des Lehrlings hin, daß er in seiner Ausbildung zurückbleibe, mahnte dessen Vater den Lehrherrn wiederholt an die Erfüllung seiner Pflichten. Da die Rahnungen erfolglos blieben, nahm der Vater seinen Sohn aus der Lehre.

Daraufhin wurde der Obermeister der Jnning in Köpenick angerufen. Dieser setzte ein „Schiedsgericht“ aus drei Innungsmeistern und einem Gehilfen zusammen, das sich für die Fortsetzung des Lehrverhältnisses aussprach, der Vater fügte sich dieser einseitigen Entscheidung nicht und forderte den Lehrvertrag zurück, damit sein Sohn die Lehre bei einem anderen Meister fortsetzen könne. Meister D. war mit der Lösung des Lehrverhältnisses einverstanden, behielt sich jedoch die Zustimmung des Obermeisters vor. Der Herr Obermeister machte jedoch die Lösung des Lehrverhältnisses von der Zahlung einer Entschädigung von 100 M. abhängig, die nicht etwa dem geschädigten Lehrling, sondern dem Lehrherrn gezahlt werden sollten, der seinen übernommenen Pflichten nicht nachkommen konnte.

Der Vater des Lehrlings, ein Invasidentrentner und seit Jahren krank, mußte dieses merkwürdige Ansinnen ablehnen. Er klagte beim Arbeitsgericht Berlin auf Herausgabe des Lehrvertrages und erlangte ein obliegendes Urteil. Das Arbeitsgericht kam zu der Feststellung, die dem „Schiedsgericht“ offenbar nicht paßte, daß die Ausbildung eines Lehrlings nicht möglich ist, wenn der Lehrmeister anderweitig beschäftigt und in seinem Hauptberuf nur zeitweilig tätig ist.

Für die Eltern sollte dieser Fall eine Mahnung sein, sich um die Lehrverhältnisse ihrer Söhne und Töchter gehörig zu kümmern und sich auch durch die kollektiven Entscheidungen eines Innungsmeisters nicht irre machen zu lassen.

Das Spiel mit Arbeiterregistrierten.

Die Firma Daimler-Benz beschäftigt, wie uns aus Ramheim gemeldet wird, wegen Rationalisierung 700 Arbeiter abzubauen, davon die ersten 70 diese Woche. Die Belegschaft arbeitet zurzeit 38 Stunden in der Woche.

Kündigung in den Oberlausitzer Granitsteinschleifereien. Die in dem Lausitzer Granitsteinschleifereien beschäftigten Steinmehnen haben am Montag geschlossen die Kündigung eingereicht. Bereits vor längerer Zeit sind den Unternehmern die Wünsche und Forderungen der Arbeiter für den Abschluß eines neuen Tarifes mit dem Ersuchen um Verhandlungen unterbreitet worden. Anscheinend wollen die Unternehmer die neue Lohnregelung verschleppen, denn sie sind absolut nicht zu bewegen, sich mit den Steinarbeitern an den Verhandlungstisch zu setzen. Die Arbeiterschaft wird gebeten, Jnning fernzuhalten.

Der Schiedspruch für die Weier-Schiffahrt ist von den Arbeitnehmern angenommen worden. Die Arbeitnehmerorganisationen haben Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt.

Die Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Freytag, Donnerstag, 1928 Uhr, tagen die Gruppen: Maschist: Südliches Jugendheim Richter Str. 18/19. Vortrag: „Vollwirtschafstheorie.“ — Christlich: Jugendheim Spreitz, 30. Ausprobieren. — Humboldt: Jugendheim Graun- Ost Lortzingstraße. Vortrag: „Die englischen Gewerkschaften.“ — Schulden: Jugendheim Fote Schule, Götterburger Straße. Vortrag: „Vollwirtschafstheorie Grundgedichte.“ — Tempelhof: Gruppenheim Neumarkt, Germaniastr. 46. „Südliches Graun.“ — Köpenick: Gruppenheim Reichenberger Str. 99 (Frühwachtshaus). Vortrag: „Zentrale gewerkschaftliche Jugendarbeit und Jugendaktionen.“ — Köpenick: Jugendheim Schwaner Str. 3. Wie feiern wir den 2. Geburtstag. Besondere Programm. — Frankfurter Allee: Südliches Jugendheim Vitzauer Str. 18. Sitzung 3. „Mittelschicht“ Besuche in der Frankfurter Allee. — Landsberger Ufer: Jugendheim des Doms, Groß Frankfurter Str. 16. Vortrag, part. Sitzung 2. Vortrag: „Aus der Sicht der Gewerkschaft und des Jugendbundes.“ — Weier: Jugendheim Poststr. 26. Probe der Singlieder. — Gewerkschaftsjugend des B.M.V. Die Mitglieder der südwestlichen Bezirke treffen sich am Sonntag im Jugendheim des Ortsbureaus, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15. Besuchsbesuch 1. Gruppe. Thüringensommer. 19. Uhr. Vortrag: „Arb. und Reib. aus unserem Berufsleben.“ Referent: Erwin Jungel.

Beantwortlich für Politik: Dr. Gust Geiser; Wirtschaft: G. Ringelshier; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöler; Kultur: A. D. Schäfer; Politik und Sonstiges: Fr. Karst; Musik: Maxime; Fr. Glade; Familie in Berlin: Berlin; Fortwärt-Bericht G. m. b. H. Berlin; Druck: Fortwärt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterstützung und Hilfe“

Ein großer Schlager

ist die neue 4-Pf.-Zigarette in Würfelpackung

ENVER BEY



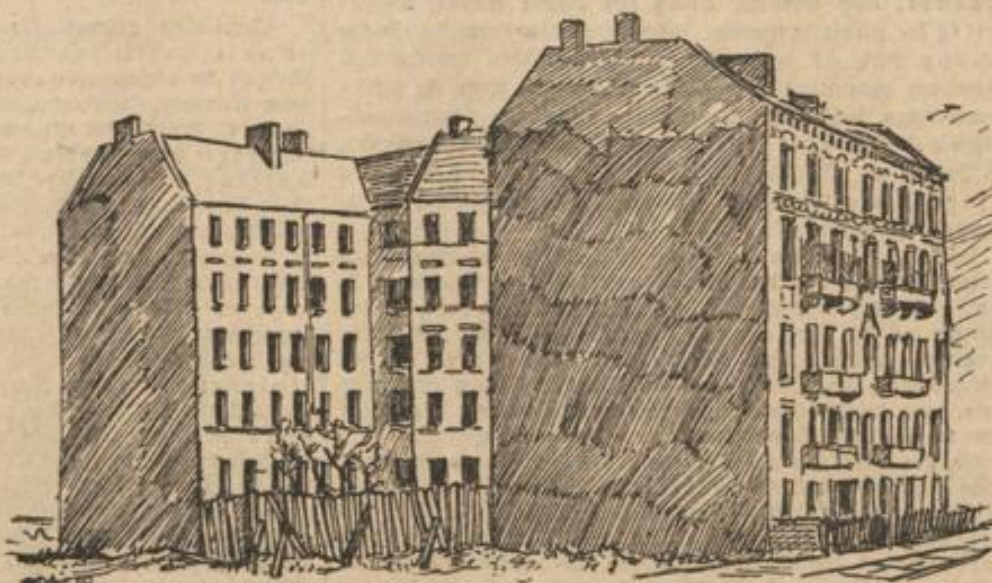
TÜRKISCH

mit Goldmundstück und ohne Mundstück rund geworden. Sie bietet etwas ganz Besonderes in Qualität. Rauchen Sie diese und Sie werden sich überzeugen, daß hier für den Preis von 4 Pf. etwas geboten wird, was noch nie dagewesen ist.

Interessante Bilder über die Entwicklung der Flugtechnik liegen jeder Packung bei.

Verwahrloste und gefährdete Häuser

Vor kurzem wurde eingehend über die katastrophalen Zustände einiger Häuser in der Hebbelstraße zu Charlottenburg berichtet. Aber mit diesen Häusern ist die Zahl der Menschenfallen in Berlin noch nicht erschöpft. Da ist das Haus Kottbuser Straße 11, das durch den Untergrundbahnbau stark gelitten hat: Risse klaffen in den Mauern, jede Erschütterung löst Fuß von den Wänden rieseln. Da ist ferner ein Haus in Pankow, Kaiser-Friedrich-Straße 53, in dem sich Wohnungen befinden, bei denen Decken und Böden so verfault sind, daß die Mieter fürchten müssen, in jedem Augenblick in die Tiefe zu stürzen.



Das Hauswrack Kaiser-Friedrich-Straße 53 in Pankow.

Kottbuser Str. 11.

Jahrelang wurde hier gehubbelt, gemauert, betoniert, Eisenträger wurden in den Boden gerammt, um das Bert der Untergrundbahn zu vollenden. Eine ewige Unruhe, ein unablässiges Schwingen des Arbeitsgeistes im neuen Berlin. Alle Häuser spürten diese Stöße, alle Bewohner sehnten das Ende dieser Arbeiten herbei. Für die meisten Häuser war der Untergrundbahnbau nichts weiter als eine Episode: sie ertrugen die Schwingungen, aber sie blieben in ihren Grundfesten unerschüttert. Nur ein Häuserkreis von 70 Jahren, das Haus Kottbuser Straße 11, war diesem Ansturm von Erschütterungen nicht gewachsen. In seinem Mauerwerk bildeten sich Risse, Fußböden und Decken begannen sich zu senken. Wände boten schiefe Reigungen. In kurzem wird man die Untergrundbahn in knappem Abstand an den Grundmauern des Hauses vorbeifahren. Ihre jagende Haft verträgt das alte Gebäude noch schlechter als die Erschütterungen, die es beim Untergrundbahnbau aufnehmen mußte. So werden denn die Risse größer und gefährlicher, man kann heute von den Wohnungen aus durch die dicken Mauern des Hauses ins Freie sehen. Die Baupolizei weiß, daß das Haus sterben muß; aber wie in der Hebbelstraße glaubt sie, daß auch in diesem Falle eine unmittelbare Gefahr nicht vorliegt. Das scheint uns aber nicht das Wesentliche zu sein. Tatsache ist, daß die Nervenkraft der Bewohner in solchen Häusern aufs äußerste angepannt wird, daß sie ihre Leistungsfähigkeit vermindern, und daß der Anspruch auf Wohnkultur, das Wohnen in einwandfreien, gelunden Wohnungen nicht berücksichtigt wird. Das Bezirksamt Kreuzberg hat mit den Mietern dieses Hauses, das im Besitz der Nordbahn L. G. ist, Mietverträge mit vierwöchiger Kündigung abgeschlossen. Wäre es nicht das beste, den Mietern dieses Hauses neue Wohnungen zuzuwiesen und das baufällige Gebäude schleunigst abzubauen? Die Gefahr nimmt, wie erwähnt, in den nächsten Tagen, sobald die neue U-Bahnlinie nach der Schönleinstraße eröffnet wird, bedrohliche Gestalt an. Das Haus, das etwa 10 Meter vor der Baufluchtlinie der anderen Häuser steht, ist nur einen Meter von der Tunnelmutterwand der Schnellbahnlinie entfernt, und man kann sich die Angst der Hausbewohner leicht erklären, die jetzt das Mauerwerk befürchten. Was nützt es, daß die Baupolizei das Haus seit längerer Zeit unter ständiger Beobachtung hat und jetzt allmählich eine Besichtigung vornimmt. Man vertritt die aufgeregten Hausbewohner damit, daß eine unmittelbare Gefahr nicht vorliegt, und daß das Haus ohnedies in absehbarer Zeit abgerissen werden muß. Es ist zu hoffen, daß die Säumnigkeit in diesem Falle

nicht so weit getrieben wird, wie in der Hebbelstraße 17, wo die armen Menschen Knoll und Fall mit Sack und Pack auf die Straße gesetzt wurden.

Kaiser-Friedrich-Straße 53 in Pankow.

Wenn man die Parterrewohnungen des Hauses Kaiser-Friedrich-Straße 53 betritt, so schwanken Fußboden und Möbel im Zimmer derartig, daß der Besucher veranlaßt sein könnte, an ein Erdbeben zu glauben. Man gewinnt den Eindruck, als ob jeder feste Schritt das Haus zum Einsturz bringen könnte. Fußboden und Balken sind verfault. Eine Zeit lang hatte man das Vergnügen, aus der Wohnung in den darunterliegenden Keller hinabzusehen zu können. Der



So sieht es im Keller aus.

Mieter verklebte die Spalten notdürftig mit Gips, um wenigstens etwas gegen die eindringende Kälte geschützt zu sein. Fußboden und Balken haben sich zum Teil bis um 20 Zentimeter gesenkt. Das Betreten des unter der Wohnung liegenden Kellers ist mit Lebensgefahr verbunden. Die Decke in der Wohnung selbst hängt so tief, daß man sich in der Tat wundert, daß der Einsturz bisher noch nicht erfolgte. Beim Passieren schwerer Wagen hält man unwillkürlich den Atem an, da man durch die auftretenden Erschütterungen ebenfalls in jedem Augenblick einen Einsturz befürchtet.

Ein „guter“ Rat der Baupolizei.

Im Quergebäude sieht es ähnlich aus. Auch dort hat sich der Fußboden gesenkt, aber die Beamten der in Pankow zuständigen Baupolizei haben den Mietern den weisen Rat zuteil werden lassen, ja nicht die Mitte des Zimmers zu betreten, sondern immer hübsch sorgfältig um die gefährdete Stelle herumzugehen. Sie haben sie auch fürsorglich ermahnt, in ihrer Wohnung ja keine Besuche zu empfangen, denn die Anwesenheit mehrerer Personen in der Wohnung, die sonst nur von der Mieterin des Nachts als Schlafstelle benutzt wird, könnte den Einsturz zur Folge haben. In einer anderen Wohnung im Quergebäude stürzte der Fuß herunter und ganz ähnlich wie in der Hebbelstraße war es auch hier nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß die Kinder des Mieters nicht schwere Verletzungen davontrugen. Im Seitenflügel kann man durch eine Wand in die Wohnung hineinschauen. Sollte jemand auf den tollkühnen Gedanken kommen, die Wohnungstür kräftig zu zuschlagen, so könnte er dadurch der Urheber einer Katastrophe werden. Jeden Augenblick droht das Mauerwerk einzustürzen. Im Hause ist noch eine Gastwirtschaft, in der zuweilen zwanzig bis dreißig Gäste anwesend sind. Auch hier schwankt der Fußboden, und vielleicht bricht er einmal unter der Last der Menschen zusammen.

Und die Wohnungsaufsichts-Behörde?

Das preussische Wohnungsgesetz vom 23. März 1918 und die in der Wohnungsordnung vom 22. April 1919 verankerte Wohnungsaufsicht und -pflege, insbesondere die Anordnung des Volkswohnungsministeriums sowie des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg weisen darauf hin, daß der Magistrat Berlin angehalten und verpflichtet ist, die amtliche systematische Wohnungsaufsicht und -pflege zur Auswirkung zu bringen durch die technische Abteilung des Bezirkswohnungsamtes. Trotzdem die Bezirksverordnetenfraktion der SPD. im 19. Bezirk im Jahre 1927 einen Antrag beim Bezirksamt einbrachte, der die Durchführung des Gesetzes und der Verordnung über die Wohnungsaufsicht und -pflege schnellstens forderte, und trotzdem dieser Antrag auch in einer Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung gegen die Stimmen der Wirtschaftsparteier angenommen wurde, ist bis heute noch so gut wie nichts der Öffentlichkeit von der Arbeit dieser Aufsichts- und Pflegestelle bekannt geworden. Es scheint daran zu liegen, daß der Magistrat in Personalfragen zu sehr auf Sparsamkeit eingestellt ist.

Es ist die höchste Zeit, daß Schritte unternommen werden, um das Leben und die Gesundheit der Mieter zu schützen. Bisher ist noch nicht das geringste geschehen, um Abhilfe zu schaffen. Dieses Vergehen ist geradezu ein Skandal, der schnellstens beseitigt werden muß. Die Hilfe, die den Einwohnern des Hauses Hebbelstr. 17/18 zuteil wurde, ist nur dem persönlichen Eingreifen des Berliner Polizeipräsidenten, unseres Genossen Jörgiebel, zu verdanken. Sollte ein derartiges Eingreifen immer nötig sein, sollten untergeordnete Stellen einer Behörde sich immer wieder als unfähig erweisen, wenn es gilt, energisch durchzugreifen? Die Behörden müßten nicht überall verlagen, und sie leisten sicherlich auch viele anerkanntswürdige Arbeit. Aber solche Einzelfälle, wie die hier angeführten, werfen ein so schlechtes Licht auf die Beweglichkeit der Bureaucratie, daß sie sich nicht zu wundern braucht, wenn es ihr trotz vielfachen Bemühens nicht möglich wird, eine gewisse Volkstümlichkeit zu erlangen.

Menschen, Göttern gleich...

14] Roman von Herbert George Wells.

Das Verständnis, das aus Urthreds Augen leuchtete, war sehr ermutigend.

Mr. Barnstaple unterließ jeden Versuch, sich an die ganze Verammlung zu wenden, und sprach direkt zu Urthred.

„Sie leben in Utopien mit einem Vorsprung von Hunderttausenden von Jahren. Wieso ist es möglich, daß Sie zeitgenössisches Englisch sprechen — genau die gleiche Sprache wie wir? Ich frage Sie, wieso kommt das? Es ist ungläublich! Es ist ein Widerspruch. Es macht aus Ihnen einen Traum und Sie sind doch kein Traum? Es macht mich schon — fast — verrückt!“

Urthred lächelte belustigt. „Wir sprechen nicht Englisch.“ Mr. Barnstaple fühlte den Boden unter seinen Füßen entgleiten.

„Aber ich höre Sie doch englisch sprechen!“

„Trotzdem sprechen wir es nicht,“ sagte Urthred. Sein Lächeln wurde noch breiter. „Wir sprechen — für gewöhnlich — überhaupt nicht.“

Mr. Barnstaple, dessen Hirn den Dienst verjagte, verharrte in einer Haltung, die achtungsvolle Aufmerksamkeit ausdrückte.

„Vor Zeiten,“ fuhr Urthred fort, „haben wir sicherlich Sprachen gesprochen, wir gaben Laute von uns und wir hörten Laute. Man dachte, dann wählte man Worte, setzte sie zusammen und äußerte sie. Der Zuhörer hörte, registrierte und übersehte die Laute wieder in Gedanken. Dann begann man auf irgendeine Weise, die wir noch nicht genau verstehen, den Gedanken zu erfassen, noch bevor er in Worte gekleidet und durch Laute ausgedrückt war. Man begann mit dem Verstand zu hören, sobald der Sprecher seine Gedanken geordnet und ehe er sie bei sich selbst in Wortsymbole geformt hatte. Man wußte, was er sagen wollte, ehe er es sagte. Diese direkte Uebertragung ist jetzt allgemein geworden. Man fand, daß die meisten Leute mit einer kleinen Anstrengung sich auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade miteinander verständigen konnten, und diese neue Art der gegenseitigen Verständigung wurde systematisch ausgebaut.“

Das tun wir nun in dieser Welt gewohnheitsmäßig. Wir denken direkt miteinander. Wir beschließen, den Gedanken zu entsenden und schon ist er entsandt — vorausgesetzt, daß die Entfernung nicht zu groß ist. Wir verwenden Laute in dieser Welt jetzt nur noch für Dichtungen und zum Vergnügen oder in Augenblicken der Erregung, auch um auf eine weite Entfernung zu rufen, oder Tieren gegenüber, aber nie mehr für die Uebermittlung von Gedanken von einem menschlichen Geist zu einem verwandten anderen. Wenn ich zu Ihnen denke, so reflektiert der Gedanke in Ihrem Kopfe, soferne er entsprechende Gedanken und passende Worte in Ihrem Geiste vorfindet. Mein Gedanke kleidet sich in Ihrem Geiste selbst in Worte, die Sie zu hören glauben — und natürlicherweise in Ihrer eigenen Sprache und in dem Ihnen geläufigen Satzbau. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die einzelnen Mitglieder Ihrer Gesellschaft hören, was ich Ihnen sage, jeder mit den ihm eigentümlichen Verschiedenheiten des Wortschatzes und Satzbaues.“

Mr. Barnstaple hatte diese Rede mit heftigem und verständnisvollem Nicken begleitet, und war manchmal nahe daran, zu unterbrechen. Jetzt plakte er heraus: „Und daher kommt es, daß wir — z. B. als Mr. Serpentin seine wundervolle Erklärung obgab — gerade dann gar nichts hörten, wenn Sie sich zu Gedanken aufschwangen, von denen wir in unserem Verstand keine blosse Ahnung haben.“

„Gibt es solche Lücken?“ fragte Urthred.

„Viele, fürchte ich — für uns alle!“ sagte Mr. Burleigh.

„Es ist so, als ob man in Zwischenräumen taub wäre,“ sagte Lady Stella, „in weiten Zwischenräumen.“

Vater Amerton nickte zustimmend.

„Und daher kommt es, daß wir uns nicht darüber klar sind, ob sie Urthred oder Adam heißen und weshalb sich in meinem Kopf die Namen Ardenn, Arbor und Silva durcheinander mengten.“

„Ich hoffe, daß Sie sich nun geistig wohler fühlen,“ sagte Urthred.

„O, völlig,“ sagte Mr. Barnstaple, „völlig. Und wenn man es recht überlegt, so ist diese Methode der Verständigung für uns wirklich sehr bequem. Denn andernfalls wüßte ich nicht, wie wir es hätten vermeiden können, uns wochenlang mit der Sprachlehre zu quälen, mit den Anfangsgründen unserer beiderseitigen Grammatik, Logik, Schrift-

zeichen usw., ein langweiliger Gegenstand für die meisten, ehe wir uns annähernd so hätten verstehen können wie jetzt.“

„Ein sehr guter Gedanke, tatsächlich ein sehr guter Gedanke,“ sagte Mr. Burleigh, indem er sich in sehr freundlicher Weise zu Mr. Barnstaple umdrehte. „Ich hätte es niemals bemerkt, wenn Sie mich nicht darauf aufmerksam gemacht hätten. Es ist ganz außergewöhnlich, ich hätte nichts von diesem — diesem Unterschied bemerkt. Ich muß gestehen, ich war mit meinen eigenen Gedanken beschäftigt. Ich setzte voraus, daß Sie englisch sprachen, ich hielt das für ganz selbstverständlich!“

3.

Mr. Barnstaple erschien, was er in so wunderbarer Weise erfahren hatte, so vollkommen in sich abgeschlossenen, daß außer der absoluten Glaubwürdigkeit dieses Erlebnisses selbst nichts mehr übrig blieb, worüber man sich wundern mußte. Er sah in diesem schönen kleinen Gebäude inmitten einer merkwürdigen Mischung von englischer Sonntagskleidung und der mehr als olympischen Nacktheit, die ihn schon längst nicht mehr beirremte, und blickte hinaus auf Traumländchen und den sonnenbeschiedenen See; er lauschte und beteiligte sich gelegentlich an der langen ungewohnten Unterhaltung, die nun folgte. Es entspann sich eine Diskussion, welche äußerst seltsame und grundlegende Verschiedenheiten der moralischen und sozialen Ansichten ans Licht brachten. Alles hatte nun so greifbare Gestalt angenommen, daß Barnstaple es sich als ganz selbstverständlich dachte, er werde bald nach Hause gehen, um darüber im „Liberal“ zu schreiben und seiner Frau über das Benehmen und die Kleidung in dieser bisher unentdeckten Welt zu berichten, soweit ihm dies zurzeit ratfam erscheinen würde. Für die dazwischenliegende Entfernung war ihm schon jeder Begriff geschwunden. Sndenharn schien ihm gerade nur um die Ecke zu liegen.

Jetzt bereiteten zwei hübsche junge Mädchen Tee auf einem fahrbaren Tischchen zwischen den Rhododendren und reichten ihn herum. Tee! Wir hätten ihn als chinesischen Tee bezeichnet, er war sehr wohlklimmend und wurde in kleinen henkellosen Schalen nach chinesischer Art serviert, ja es war wirklich und sehr erfrischender Tee.

Die erste Neugierde der Erdlinge drehte sich um die Regierungsform; das war in Gegenwart zweier solcher Staatsmänner, wie Burleigh und Mr. Catstill, vielleicht selbstverständlich. (Fortsetzung folgt.)

Luffsonntagsausflug nach Paris. Personenzug- und Schnellzugstrecken im Luftverkehr.

In einem Vortrage über die für 1928 vorgesehene Erweiterung des deutschen Flugstreckennetzes und den heutigen Stand der Sicherheitsmaßnahmen im Flugverkehr, den der Direktor der Luftverkehrsgesellschaft, Max Moser, auf Veranlassung der Rheinischen Luftverkehrsgesellschaft (oben im Kölner Rathaus hielt, behandelte der Redner die demnächst immer mehr sich herausbildenden Probleme der Einteilung in „Luftpersonenzug- und Luftschnellzugstrecken“ sowie der Trennung zwischen Personen- und Güterverkehr. Als Durchgangstrecken seien vorgesehen Berlin—Zürich, Berlin—Kopenhagen, Berlin—Köln, Berlin—Königsberg und Berlin—Wien. Außerdem beachtliche man auf einigen Strecken die Einrichtung eines Sonntagsverkehrs, wie Berlin—Paris. Ob der Verkehr Berlin—Warschau und Budapest—Konstantinopel aufgenommen werden kann, hänge von politischen Erwägungen ab. Was den Güterverkehr angehe, so sollen auf den Strecken Berlin—Paris und Berlin—London Frachtflugzeuge eingesetzt werden, wobei der Verbindung zwischen Eisenbahn und Flugverkehr eine große Rolle zuzufallen dürfte.

Raubüberfall in der Tempelherrenstraße Eine Geschäftsinhaberin schwer verletzt.

Ein frecher Raubüberfall wurde gestern in den frühen Nachmittagsstunden auf die 59jährige Theresie Prigahn in hause Tempelherrenstraße 6 verübt. Frau P., die dort ein Zigaretten- und Konfektgeschäft betreibt und zugleich die Hauswirtschaftliche Verleiherin, wurde von einem jüngeren Manne, der unter der Maske eines Käufers den Laden betreten hatte, niedergeschlagen, so daß sie bewußtlos zu Boden lag. Diesen Augenblick benutzte der noch unbekannte Täter, um die Ladentasse auszurauben und zu fliehen.

Am Mittwoch gegen 14 Uhr betrat ein etwa 25 bis 30jähriger Mann in dunklem Anzug den Kellerladen und forderte ein Päckchen Zigaretten. Als sich Frau P. umwandte, um dem Regal die gewünschte Zigarettenpackung zu entnehmen, erhielt sie plötzlich von hinten mehrere wuchtige Schläge mit einem harten Gegenstand über den Kopf. In ihrer Angst lief die Frau in die angrenzende Stube, wo sie bewußtlos zu Boden fiel. Nach wenigen Minuten kam die Ueberfallene wieder zur Besinnung und schleppte sich unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte auf die Straße, wo sie durch Hillerische Passanten alarmierte. Das Ueberfallkommando und die Feuerwehr wurden sofort benachrichtigt, die nach kurzer Zeit am Tatort erschienen. Frau P., die eine Kaffee- und Schokoladeverkäuferin erlitten hatte, mußte durch einen Rettungswagen der Feuerwehr nach dem Krankenhaus in der Bismarckstraße übergeführt werden. Von dem Täter, dem genauen Zeit geschehen war, unbemerkt das Weite zu suchen, war keine Spur mehr zu finden. Beamte des Raubdezernates nahmen an Ort und Stelle die notwendigen Ermittlungen auf. Bisher war es nicht möglich, von dem flüchtigen Täter eine genaue Personalbeschreibung zu geben, was naturgemäß seine Festnahme erschweren dürfte. Die Verletzungen der Ueberfallenen sind zwar schwer, doch besteht zum Glück keine Lebensgefahr.

Schießerei am Sachsenbamm. Folgen eines Streites. — Zwei Schwerverletzte.

Zu einer schweren Schießerei kam es gestern nachmittag vor dem Grundstück Sachsenbamm 4 in Schöneberg. Dort streifte der 41jährige Händler G. aus der Ratiborstraße nach einem vorangegangenen Streit den 41jährigen Arbeiter Sch. aus der Alsterstraße zu Reußkäm und den 41jährigen Klempner K. aus der Ratiborstraße durch mehrere Schüsse nieder. Der Täter konnte sofort festgenommen werden.

Zu dem Vorfall, der vermutlich einen Eifersuchtsakt darstellt, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Kurz nach 4 Uhr verließen K. und Sch. ihre Arbeitsstätten in einem Großbetriebe am Sachsenbamm. Der Händler G. hatte einen der beiden aufgelauert. Es kam zu einem heftigen Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Plötzlich zog G. eine Mehrladepistole hervor und gab mehrere Schüsse auf seinen Gegner ab. Von einer Kugel in den Kopf getroffen, brach K. bewußtlos und blutüberströmt zusammen. Auch Sch. kam mit einem Bauchschuß zu Boden. Der Revolverheld wurde von Passanten festgehalten, der Polizei übergeben und in das Polizeipräsidium eingeliefert. Volle Klarheit wird erst die Vernehmung der in das Schöneberger St.-Robert-Krankenhaus übergeführten Schwerverletzten ergeben.

Linie 77 wird bis Westend verlängert.

Es ist seit längerer Zeit in Aussicht genommen, die Straßenbahnlinie 77 von der Joachimsthaler Straße durch die Kantstraße über Saganplatz, Grolmonstraße, Bismarckstraße, Volkmannstraße, Berliner Straße bis zur Kirchenallee in Westend zu führen. Nach einer Mitteilung der Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. werden die notwendigen Bauarbeiten so gefördert werden, daß die Linie voraussichtlich am 1. April in Betrieb genommen werden kann.

Um den Milchverbrauch.

Eine wichtige Tagung, die sich im Rahmen der „Grünen Woche“ abspielte, verdient noch erwähnt zu werden. Der Reichsmilch-ausschuß hielt seine 2. Mitgliederversammlung ab. Beibehalten Dr. Bose, der die Versammlung eröffnete, konnte feststellen, daß die Liefertätigkeit des Ausschusses tatsächlich schon zur Hebung des Milchkonsums beigetragen hat. Nach wie vor müssen alle Bestrebungen danach gerichtet sein, die Qualität der Milch zu heben. Die Propaganda ist gegen kein anderes Produkt gerichtet, und sie soll nur dazu dienen, den Milchkonsum zu beladen. Milch ist immer noch eins der billigsten Nahrungsmittel. Die folgenden Referate beschäftigten sich mit den verschiedenen Propagandamitteln; besondere Sorgfalt wurde dem Kapitel Milchverkauf in Schulen und Fabriken gewidmet. Alle anderen Propagandamittel, wie Film, Radio und Plakate (Trinkt mehr Milch) sind im vergangenen Jahr zur Hebung des Konsums erfolgreich angewendet worden. Die Höhe der Einfuhr von Milch und anderen Milchprodukten beläuft sich auf etwa eine halbe Milliarde Mark, es wäre zu begrüßen, wenn diese Summe durch hochwertiges Qualitätsvermögen wäre. Vom Verband ist für diesen Zweck auch ein Wettbewerb „Die 10 Gebote der Milchwirtschaft“ herausgegeben worden, das den Zweck verfolgt, die häuslichen Maßnahmen in landwirtschaftlichen Kreisen etwas zu modernisieren, was durchaus möglich ist. In seinem Referat über das Thema „Einsige ausländische Verträge über die Bedeutung der Milch für die Ernährung der Kinder“ brachte Prof. Scheunert-Weipert hauptsächlich Forschungsergebnisse aus Amerika und England. Die Ergebnisse differenzieren zwar in der Quantität der Milch, bewiesen aber erneut die alte Erkenntnis, daß Milch bei Jugendlichen gesundheitsfördernden Einfluß ausübt. Ueber die zweckmäßigste Menge von täglicher Milch geben augenblicklich

Vor der Vernehmung Jacobys. Bergmanns Angestellte belasten den Staatsanwaltschaftsrat.

Im Lombardskandal wurde gestern die Vernehmung des Hauptbeschuldigten Sally Paul Bergmann noch immer nicht beendet. Zwischenzeitlich hörte der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Staedel, auch Ohnstein, Kraah und andere frühere Angestellte der Firma Bergmann. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Jacoby wird erst nach Abschluß der sämtlichen anderen Vernehmungen verantwortlich vernommen werden. Auch die gestern vernommenen Angestellten Bergmanns lagen für Staatsanwaltschaftsrat Jacoby wenig günstig aus. Einmütig wird befundet, daß Jacoby als „Justiziar“ der Firma sich mit allen Fragen Zusammenhang ständen.

Die Untersuchungsbehörde beabsichtigt, in den nächsten Tagen Direktor Koelch von der Treuhändergesellschaft und Major a. D. Hinge als Zeugen zu hören. Sie waren es, die schon vor mehreren Monaten auf die Unzuverlässigkeit der Firma Bergmann aufmerksam gemacht hatten. Die Haftbeschwerde, die von den Rechtsanwältin Dr. Bindar und Dr. Klee für Jacoby eingereicht wurde, wird insolge dessen erst in der kommenden Woche in einem mündlichen Haftprüfungsverfahren entschieden werden.

Beyhlin berichteten wir über den Beleidigungsprozess, in den Frau Bergmann verwickelt ist. Als sie mit ihrem Auto unter den Linden an vorschrittswidriger Stelle hielt, hatte sie den eingreifenden Polizeibeamten mit Schimpfworten irritiert und ihm den gemißlieblichen Rat gegeben, „sich um die Verbrecher zu kümmern“. Nachdem Frau Bergmann zunächst zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt war, rief sie nachher alle Instanzen an. Gestern war eine neue Verhandlung vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I. Die von Grund aus veränderte Situation veranlaßte Frau Bergmann, vor Eintritt in die Verhandlung einen Rückzug anzutreten: Ihr Verteidiger erklärte, daß sie die Berufung zurückzöge. Jede Unterhaltung der Frau Berg-

mann mit dem als Zeugen geladenen und aus der Untersuchungshaft vorgeführten Prokuristen Kraah wurde vom Gericht verhindert. Die Zurücknahme der Berufung wurde trotz juristischer Einwände der Staatsanwaltschaft vom Gericht anerkannt.

Inzwischen nehmen die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen über den gesamten Komplex der verschiedenen mehr oder weniger einwandfreien Firmen ihren Fortgang. Wir erhalten in diesem Zusammenhang eine Zuschrift, die vielleicht gleichfalls der Beachtung wert ist. In der bürgerlichen Presse erscheint seit langem fast täglich ein Inserat, das ein Herr „M. Jägerstraße, bis 2 1/2 Prozent Monatszinsen für Kapitaleinzahlungen, bis 2 1/2 Prozent evtl. Großbankzinsen, Sicherheiten.“ 2 1/2 Prozent monatlich bedeuten 30 Prozent im Jahr. Der Leser unseres Blattes schreibt uns, daß er vor einem halben Jahre Herrn M. besuchte, um sich über die Anlage der eingezahlten Gelder zu informieren. Er fand drei gut eingerichtete Zimmer mit schönen Schildern. Im ersten Zimmer sah eine Stenotypistin, der er sein Anliegen vortrug: Er wollte Geld einlegen. Nach einer Weile wurde er zu Herrn M. geführt, der ihm erklärte, daß er Gelder zu dem inserierten Zinsfuß annehme. Auf die Frage, welche Sicherheiten er böte, jagte er: Bei kleineren Beträgen von 100 Mark z. B. gebe ich einen Schuldschein, bei größeren verpfände ich Aktien, die bei Banken lagern. Bei Verpfändungskapital zahle ich jedoch nur 12 Prozent, gegen Schuldschein aber 24 Prozent und noch mehr. Die Anfrage, auf welche Art von Geschäften denn dieser hohe Prozentsatz herauszuwirtschaften sei, beantwortete er dahin, daß er aufgewertete Hypotheken laufe und verkaufe. Unser Gewährsmann meint nicht ohne Grund, daß ein solches Unternehmen kaum solide sein könne, und daß man es für ausgeschlossen halten müsse, dauernd auf diese Weise einen solchen Zinsfuß zu erzielen. Vielleicht beschäftigt sich die zuständige Behörde auch mit diesem Institut.

die Ansichten der Kinderärzte sehr weit auseinander, so daß die Forschungen noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sind. Es wäre zu begrüßen, wenn sich Deutschland an der zentralen wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet beteiligen könnte. Direktor Hahn vom Hygienischen Institut ergänzte die Ausführungen des Gehilfen Professors insofern, als er für notwendig erachtet, daß in Zukunft die Veruche mit geimpften Kindern angeestellt werden.

Mobilmachung des werktätigen Volkes. Ein machtvoller Ausstoß zur kommenden Wahl.

Der Kreis Tiergarten der SPD. veranstaltete gestern abend im Moabiter Gesellschaftshaus eine Kundgebung mit der Tagesordnung: Sozialdemokratie im Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion. Der große Saal des Gesellschaftshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ungefähr die über 2000 Erschienenen mußten stehen. Der 1. Vorsitzende des Kreises Tiergarten, Genosse Hennig, eröffnete die Versammlung und mußte das Fortbleiben des ersten Referenten, des Genossen Höring entschuldigen, den ein schweres Halsleiden am Reden verhinderte. Der Männergesangsverein Moabit leitete mit zwei Liedern die Kundgebung ein.

Genosse Aufhäuser, M. d. P., hielt das Referat. Die werktätige Bevölkerung, so führte er aus, steht im Zeichen der Mobilmachung für die bevorstehenden politischen Kämpfe. Es wird sich zeigen, ob die 10 Jahre Ansehungsunterschied — 1918—1928 — eine Umstellung der geistigen Anschauungen der Massen zur Folge haben wird.

Die wirtschaftlichen Folgen der deutschnationalen Politik machen sich in gefährlichen politischen Situationen bemerkbar. Die Republik wird von ihren schwersten Gegnern regiert. Wenn wir die Bilanz der Fehler ziehen, die das möglich macht, so sehen wir, daß Tausende immer noch nicht die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft und ihrer eigenen sozialen Lage erkennen. Nur eine Herabsetzung der Wirtschaftspolitik kann Abhilfe schaffen. Die Deutschnationalen machen, was man von ihnen verlangt, um ihre politische Macht für ihre wirtschaftlichen Interessen ausnützen zu können. Trotzdem die Industrie stark beschäftigt gewesen ist und ihre Produktion infolge technischer Verbesserung und größerer Ausnutzung der Arbeiterkraft ungeheuer gesteigert hat, sind

nur Lohn erhöhungen von 6 bis 7 Prozent erfolgt, die durch die Teuerung bereits wieder aufgehoben sind. Nur eine Steigerung des Profits ist also erfolgt. Durch die Preissteigerungen des Eisens ist die deutsche Industrie zu einem großen Teil auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Dadurch entsteht eine Belastung der gesamten Bevölkerung, die durch die Schutzpolitik der Reichsregierung in ein einziges Standal. Den Arbeitern wird die versprochene Senkung der Lohnsteuer vorenthalten. Für die Agrarier, für das reaktionäre Schulgesetz, für ein Stammkapital zur Fleischversorgung der Agrarier dagegen sind ungeheure Summen vorhanden. Eine weitere große Gefahr für die Arbeiterklasse bedeutet die Absicht der Regierung, noch vor Jahresfrist den Mieterschutz zu beseitigen. Die zu fordernde Wirtschaftspolitik muß verbunden werden mit einer Friedenspolitik, die als stärksten Friedensfaktor die sozialistische Arbeiterinternationale als Grundlage haben muß. Wer die Republik stärken will, der muß internationale Friedenspolitik treiben. Beides läßt sich nicht trennen.

Der eindrucksvolle Vortrag wurde von der gespannt lauschenden Zuhörern mit machtvoller Beifall aufgenommen.

Ein verkrüppelter Lehrling vermisst.

Seit Sonnabend wird der 21 Jahre alte Erwin Eitner vermisst, der an einer Beinverkrüppelung und Rückenverkrüppelung leidet und im Oskar-Helene-Heim, wo er die Buchbinderei erlernte, untergebracht war. Eitner erhielt am Sonnabend abend Urlaub, um seine Eltern in der Eibinger Str. 65 zu besuchen. Er fuhr mit dem Autobus 7 von der Kronprinzenallee ab, kam aber bei den Eltern nicht an und ist auch nicht in das Heim zurückgekehrt. Der junge Mann trägt einen künstlichen Gehapparat, der 15 Pfund wiegt. Er ist schon einmal unterwegs umgefallen, so daß er sich nicht wieder erheben konnte. Man vermutet, daß ihm wieder ein Unfall zustoßen ist, nachdem er irgendwo den Autobus, mit dem er um 10 1/2 Uhr abfuhr, verlassen hat. Mitteilungen über seinen Verbleib an die Vermittlungsstelle im Polizeipräsidium.

Neuregelung der Schulgeldsätze.

Für die höheren und die mittleren Schulen der Stadt forderte ein Stadterordnungsbeschluss vom Juni vorigen Jahres eine Schulgeldneuregelung, die Erleichterungen bringen sollte. Jetzt legt der Magistrat den Stadterordneten zur Beschlussfassung einen Regelungsplan vor der jene Wünsche in einigen Punkten erfüllen, in anderen ablehnt. Gleichzeitig soll, nach diesem Plan, das Schulgeld für die höheren und die mittleren Schulen erhöht werden, wie es für die staatlichen Anstalten bereits geschehen ist. Vom 1. April ab soll das jährliche Schulgeld für die höheren Schulen 200 Mark, für die mittleren Schulen 72 Mark betragen. Die Unterbindung zwischen Staatsangehörigen und Ausländern (die bisher ein höheres Schulgeld zu zahlen hatten) soll aufgehoben. Dagegen will der Magistrat die gewünschte Gleichstellung auswärtiger Schüler mit den einheimischen noch nicht durchführen, sondern die Regelung des Schulgeldausgleichs zwischen Gemeinden und Kreisen abwarten. Er will auch bei Schulgeldermäßigung nicht auf die sogenannte Leistungsklausel verzichten, sondern daran festhalten, daß wegen andauernd schlechter Leistungen eines Schülers die Ermäßigung entzogen werden kann. Für die Schulgeldkassierung nach Einkommen und Kinderzahl wurden bisher nur die Kinder einer Familie mitgezählt, die eine höhere, mittlere oder sachliche Schule der Stadt besuchen. Künftig sollen alle Kinder mitgezählt werden, für die, wenn der Vater Beamter wäre, das preussische Besoldungsgesetz Kinderbeihilfe vorsieht. Auch sollen bei der Berechnung des Bruttoeinkommens, die zur Schulgeldkassierung vorgezogen werden muß, für jedes dieser Kinder 200 Mark außer Ansatz bleiben. Den Einkommensausfall aus den Ermäßigungen schätzt der Magistrat auf 900 000 Mark. Zur Deckung soll die oben angegebene Schulgeldhöhung dienen.

Bluttat auf einem Fischdampfer. Ein Meuterer oder ein Wahnsinniger?

Ostlo, 8. Februar.
Nach einer Meldung von „Altenposten“ aus Hasard geriet gestern an Bord des Cuxhavener Fischdampfers Senator Sander der Kapitän mit dem zweiten Maschinisten in Streit, in dessen Verlauf der Kapitän einen so heftigen Schlag erhielt, daß er in Ohnmacht fiel. Nachdem der zweite Maschinist aus den ersten Maschinisten schwer verletzt hatte, koppelte er die Maschine und öffnete die Bodenventile, um das Schiff zum Sinken zu bringen. Die Mannschaft hielt er mittels des Dampfrohres in Schach. Die Mannschaft ließ darauf die Anker fallen, und von Land kam Hilfe an Bord. Es gelang schließlich, das Schiff nach Hasard zu bringen, wo der Maschinist, der vermutlich im Delirium gehandelt hat, nach heftigem Kampf überwältigt und ins Gefängnis gebracht wurde.

Schellstraße 17 geräumt.

Die Räumung des Hauses Schellstr. 17, des Charlottenburger Einruhrhauses, ist jetzt fast vollständig vollzogen worden. Sämtliche Mieter, auch diejenigen, die nicht unmittelbar von dem polizeilichen Räumungsbefehl betroffen worden sind, haben in der Zwischenzeit durch Zusammenarbeit zwischen Baupolizei und Wohnungsamt, an der man es beinahe bei den ersten Räumungen fehlen ließ, anderweitige Wohnungen bekommen. Die letzte Partei wird am 15. d. M. ausziehen, so daß dann das Haus mit allen seinen Quer- und Seitenlägen leer sein wird. Lediglich der Inhaber des Restaurants ist gewillt, in dem Hause zu bleiben, weil er beschäftigt, die Bauarbeiten während der Renovierungsarbeiten zu übernehmen. Obwohl die Konferenz der Bauherrn, der zentralen und Bezirksbauverwaltung noch keinen endgültigen Beschluß über die Sanierung des Hauses gefaßt hat, ist damit zu rechnen, daß man Anfang März mit der Wiederherstellung des bedrohten Gebäudes beginnen wird.

Achtzehnhundertachtundvierzig.

Das Thema der nächsten Festsunde, die am Sonntag, dem 12. Februar, im Großen Schauspielhaus stattfindet, heißt: Achtzehnhundertachtundvierzig. Es sind jetzt 50 Jahre vergangen seit jenen Ereignissen, die, obwohl in erster Linie eine Angelegenheit des Bürgertums, in der Erinnerung lebendig erhalten wurden vom Proletariat als dem letzten Erben der 1848er Revolution. Diese Festsunde wird jene Ereignisse künstlerisch auswerten. In einer Rede werden die historischen Tatsachen und die Bedeutung von 1848 gewürdigt, der Sprechchor und Einzelsprecher werden Revolutionsgedichten jener Zeit sprechen, aus Briefen und Dokumenten aus dem Vormärz und den Tagen der Revolution

werden wir hören, der „Berliner Singschulchor“ (Kamenlos) wird Revolutionschöre singen, und mit dem gemeinsamen Gesang der Arbeiter-Parteiliste wird die Feier schließen. Mitwirkende werden sein: der Sprechchor für proletarische Kameraden unter Leitung von Albert Florath, Heinrich Witte, Lothar Mühl und Margarete Schön vom Staatstheater, der Berliner Singschulchor unter Leitung von Georg Schumann. Die Ansprache hält Landtagsabgeordneter Lüdemann. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, Zimmer 8, zu haben.

Das Berliner Schachturnier.

In der vierten Runde machten Rimzowitsch und Bogoljubow ein durch Zugumstellung entstandenes Damengambit schon nach 16 Minuten unentschieden, vermieden also jeden Kampf. Tatarskij gewann gegen Leonhard und Reti gegen Giog. Die Partien Brindmann-Sohner, Schlege-Roch und Steiner-Thomas endeten remis, abgebrochen wurde das Treffen Helling-Sämisch in einer für Helling günstigeren Endspielstellung.

Schussportfeste.

Die sportbegeisterte Jugend Neuköllns hatte kürzlich ihren großen Tag beim Schulschwimmfest im Stadtbad Neukölln. Das sportliche Interesse, die Begeisterung und der fast beängstigende Zuschauerandrang hätte einem Bierkötter oder Arne Borg zur Ehre gereicht. Eng aneinandergepreßt, Kopf an Kopf standen sie, hingen sie an den Pfeilern, erklimmten die Garderobenschränke oder saßen, allen feuchten Gewölkern zum Trotz, rings um das Bassin.

In der Mitte stand die sprunghafte Mannschaft, ringsherum herabläßt begrüßt und heimlich bewundert. Ganz kleine Stiefles, die besonders eifrig bei der Sache waren und streng darauf saßen, daß Mutter, Geschwister und Kameraden auch alle zur Stelle waren, größere und ganz große Schüler und Schülerinnen bildeten die Teilnehmermasse. Auf das Signal stürzten sie sich dann mit allerlei kunstvollen Hochsprüngen und Salos in die Fluten. Den Reigen der sportlichen Vorführungen eröffneten die Mädchen mit einem Bruststafettenschwimmen; die kleinen ABC-Schwimmer legten sich mit einem wahren Feuerwerk ins Zeug, und was Beinhaken und Arme an notwendiger Länge vermiesen ließen, das wurde durch verdoppelte Geschwindigkeit wettgemacht. Dann schwammen die größeren Mädchen und zum Schluß eine bunte Staffel von je 5 Mädchen und 5 Knaben. Im Quartier und auf den Rängen wurde am Hand des Programms alles genauestens kontrolliert und die Siege registriert; ausmunternde Zurufe und frenetischer Beifallssturm sorgten für die nötige Stimmung. Ganz besondere Begeisterung und ständige Beifallsrufe kamen den Lichtschwimmern der Volksschülerinnen und das Eierschwimmen. Beim Eierschwimmen wird einhändig geschwommen und in der anderen erhobenen Hand eine brennende Kerze getragen; sämtliche Besuchungskörper kamen wohlbehalten am Ziel an; beim Eierschwimmen — hier wird im Mund ein Eßlöffel balanciert, auf dem ein Ei schaukelt — ging die Sache nicht ganz so glatt vonstatten; ab und zu sprang eines davon, aber der Besitzer konnte es immer wieder einfangen und an seinen Platz bugstieren. In den darauffolgenden Rettungsvorführungen zeigten die Schwimmer allerlei Kunstfertigkeit im Retten von Verunglückten. Fröhliche Wasserballspiele bildeten den Schluß der wohlgeordneten Veranstaltung; neben dem sportlichen und gesundheitsfördernden Moment hat die Schwimmerausbildung auch noch das ethische Plus der Hilfsbereitschaft am nächsten für sich.

Die seit Einführung der Leibesübungen an den Berufs- und Fachschulen bestehende Arbeitsgemeinschaft der Lehr- und Sportlehrer und -lehrerinnen dieser Anstalten trat am letzten Sonntag mit einem großen Hallenturn- und -sportfest wiederum an die Öffentlichkeit. War schon der ersten großen Winterveranstaltung im vergangenen Jahre ein großer Erfolg beschieden, konnte die Arbeitsgemeinschaft abermals ein gelungenes Sportfest in der Zentralturnhalle Prinzenstraße, das einen sehr guten Besuch erzielte, veranstalten. Zahlreiche Wettkämpfe lagen vor; allein das Geräte-Wett-Turnen (Mannschafts- und Einzelkampf) wurde von 30 Mannschaften bestritten.

Pünktlich um 14 Uhr nahm das Fest mit einem Geräte-Wett-Turnen seinen Anfang. Das inhaltreiche Programm, Stofflich und ausgezeichnete Sondervorführungen, bot den zahlreichen Zuschauern dann im weiteren Verlauf ein interessantes und abwechslungsreiches Bild. Die Geräte Turner hinterließen den denkbar besten Eindruck; die jungen Leute arbeiteten mit einer Sicherheit, die zuweilen verblüffte. Die harte Schule der Bogensport, vom Seilspringen bis zum behandschulchten Kämpfer, wurde von der 3. B.-Schule, Schöneberg, sehr nett illustriert. Die 7. B.-Schule, Oberschöneweide, erntete für gute Leistungen beim Bodenturnen unter ihrem Leiter Brückner starken Beifall. Gut, leider nicht

ganz einheitlich, wirkte die Körperschule für Mädchen unter Fräulein Reilin. Die Ursache lag wohl darin, daß die Sportlehrerin nie Gelegenheit hatte, mit den Mädchen der verschiedenen Berufsschulen geschlossenen zu üben. Außerordentlich starken Beifall rief noch diehythmische Gymnastik und der Tanz mit Musik der 2. B.-Schule für Mädchen hervor.

Eine Fabrik der Gewerkschaften.

Das Vindcar-Fahrradwert, Aktiengesellschaft, Unternehmen der Gewerkschaften, eröffnet am 10. Februar 1928 in Berlin, Oranienstr. 127, eine Fabrikniederlage. Das Werk, das eine erfreuliche Entwicklung verzeichnen kann, besitzt bereits eigene Niederlagen in Breslau, Dresden, Hannover, Dessau, Halle ufm. und hat bewiesen, daß es in Arbeitertreuen durch Lieferung eines qualitativ hochwertigen Fahrrades zu Bedingungen, welche den Bezug jedermann ermöglichen, immer mehr Eingang findet. In den umfangreichen Räumen der neu eröffneten Berliner Niederlage zeigt das Werk sämtliche von ihm hergestellten Fahrradmodelle, vom normalen Gebrauchsrads bis zur schnittigen Rennmaschine. Die Beschäftigung und der Verkauf für Berlin findet von jetzt ab nur noch in dieser Niederlage statt, und zwar werktäglich von 9 bis 7 Uhr. Der Niederlage angegliedert ist eine gut eingerichtete Reparaturwerkstatt. Diese neue Einrichtung des Vindcar-Werkes kann von uns nur begrüßt werden; gibt sie doch allen Freigewerkschaften die Möglichkeit, in der zentral gelegenen Niederlage ein Fahrrad nach ihrem Geschmack auszuwählen und sofort in Empfang zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit weisen wir nochmals auf die Bedingungen des Werkes hin, das an alle Mitglieder der freien Gewerkschaften Vindcar-Fahrräder ohne jede Anzahlung gegen Wochenraten von 3 Mark oder Monatsraten von 12 Mark liefert. Wir möchten wünschen, daß die Gewerkschaften von der günstigen Fahrradbezugsmöglichkeit bei ihrem eigenen Unternehmen in immer stärkerem Maße Gebrauch machen.

Wieder ein Kleingärtnerprotest.

Die Siedlungspächter von Wendenheide bei Adlershof und Irzgarten bei Alt-Glienide hatten gestern im Erholungsheim Spindlersfeld eine stark besuchte Versammlung ab, um gegen den in Aussicht genommenen neuen Pachvertrag Stellung zu nehmen. Wie der erste Radner des Abends, van Hees, ausführte, haben die Kleingärtner bereits einen langen Lebensweg durchschritten. Der Vertrag mit dem ursprünglichen Pächter des Geländes — der Oberpre-Siedlungs-Gesellschaft — wurde auf Antrag der Siedler, die sich durch die Beschäftigungsbedingungen des Bevollmächtigten überfordert fühlten, nach langen Bemühungen endlich gekündigt. Nun weist jedoch der neue Pachvertrag mit der Gesellschaft Märkische Höhe noch viel größere Härten auf. So soll vor allem der 20 Jahre lautende Pachvertrag mit den Siedlern auf ein Jahr reduziert werden, bei halbjährigen Kündigungsvorfällen, künftigen Jahren gegenüber soll fristlose Kündigung angewandt werden und noch einige andere strenge Maßnahmen stehen den Kleingärtnern im neuen Vertragserhältnis bevor. In einer einstimmig gefaßten Resolution gaben die Siedler ihren Wünschen dahin Ausdruck, daß ihnen im Interesse einer gesunden Siedlungspolitik das Gelände unter möglichst günstigen Zahlungsbedingungen in eigener Regie überlassen werden möge. Die Erregung der Siedler, deren Traum von Eigenbesitz mit dem Erwerb eines Streifchens Pachthodens greifbare Gestalt anzunehmen beginnt, ist natürlich begründet. Nachdem sie durch den neuen Vertrag vom Regen unter die Traufe kommen würden, wollen sie nun alles daran setzen, ihre Wünsche nach Möglichkeit durchzusetzen, und wenden sich mit der dringenden Bitte um Unterstützung an die maßgebenden Stellen.

Rose-Theater: Der Pfarrer von Kirchfeld. Vor ausverkauftem Hause feierte der „Pfarrer von Kirchfeld“ nach längerem Winterschlaf in der Großen Frankfurter Straße seine Auferstehung. Dieses bald sechzigjährige Volksstück — 1870 schrieb Heinrich Haube die Premierentrübe — hat auch heute noch die Resonanz in der Volkseele nicht verloren. Und wenn auch alle die vom Autor seinerzeit angeschnittenen Fragen kirchlicher und weltlicher Natur längst überwundene Themas bedeuten, so geht doch immer noch Kampfschrei nach Befreiung aus irgendwelcher starren Verzerrtheit ein starkes Publikum auf den Zuhörer aus. Die urchigste Art und die blutvolle Sprache bäuerlicher Kampfnaturen tun das ihre, den Effekt zu unterstreichen. Der „Pfarrer von Kirchfeld“ ist ein Werk, das an volkstümlicher Popularität seinesgleichen sucht, und es gibt wohl schwer ein Theater oder Theaterviertel, wo man es noch nicht gespielt hätte. Die Hauptpersonen des Stückes, der Pfarrer, der Burgessepp und die Anna Birtmeier, jede der drei Rollen eine bombastische, halten die Fäden der Handlung. Der Pfarrer als leidenschaftlicher Vorkämpfer, der Burgessepp, der Finsterling, dem menschliche Güte das harte Eis des Verzweifelns zum Schmelzen bringt, und das grundsätzliche Daand Anna, Weibsteufel und treu-

brades Menschentum in einer Person. Die Darstellung unter der Regie Paul Koses, der mit viel Liebe und gutem Ausdruck den Burgessepp spielte, war eine wirklich lobenswerte. Vor allem der Pfarrer des Willi Kose und die Anna Birtmeier (Traute Kose) erwiesen sich als gute Anzengrüber-Interpreten; aber auch all die vielen Nebenfiguren gaben, im wackeren Kampf mit dem schwierigen Dialekt, ihr Bestes.

Die Elts-Sänger am Kottbusser Tor eröffneten ihren Februar-Spielplan mit einem guten Ullmarich. Ein „Fischingsgruß aus Williput“. Max Hennings gefiel besonders in der „Schönen Helena“. Großen Beifall fand Alfons Bornemann in seiner Originalszene: „Die Wurstkanna am Kottbusser Tor“. Wohlverdienten Applaus konnten Hans René und Hans Raumann in ihrem Gesang- und Tanzspiel „Winterfreuden und Vergesslust“ ernten. Die komische Serenade von der Pepito, reichlich alt, und ein a cappella gesungenes Quartett fanden großen Beifall. Schorsch Ruffelli „Die lächliche Lyne“ gab wie immer einen zwerchfeller-schütternden Humor zum besten. Ein etwas rührseliges Liebespiel „Seemannsleben“, Deutschlands große Zeit“ fand geteilte Aufnahme. Den Schluß des Abends bildete ein Schwank: „Der lebende Leichnam“ von Bernhard Croes, in dem Schorsch Ruffelli als Gespenst erscheint und stürmisch belacht wird.

Sunlabend in der Hasenheide. Das Volkshilfungsamt Kreuzberg hatte diesmal zu einem philharmonischen Konzert nach dem Orpheum Hasenheide geladen. Das erwähnte Orchester unter seinem feinstimmigen Führer Professor Julius Bräuer bot dem vollbesetzten Hause einen wirklich genussreichen Abend. Schoberts H-Moll-Sinfonie (Unvollendete) bildete den Auftakt; im darauffolgenden Violinkonzert E-Moll von Mendelssohn brillierte Konzertmeister Harry Holst durch sauberste Technik und schönen Strich, mit dem er die süße Melodie des Andante und das lapidare Schillernde des Allegro molto vivace sehr fein herausholte. Ein wenig gehörtes Werk, Smetanas sinfonische Dichtung „Matana“ (Moldau), eine Verherrlichung des heimatischen Strames, fesselte durch die weiche Vertrautheit slawischen Volkstums, das sich hier durch einen, der fest mit dem Heimatboden verwaschen ist, offenbarte. Nicht im rein russischen liegt eigentlich hier die Stärke, sondern im Erdgeruch der Scholle, der durch die Löss bringt; jene Sprache, die alle Wälder der Erde sprechen und verstehen, die sie miteinander verbindet ohne Worte, einzig durch die Kraft erdhaften Verbundenheits. Brahms prächtige Sinfonie Nr. 2 bildete den Schluß des Programms. Es ist eine ungemein erfreuliche Tatsache, immer wieder feststellen zu können, wie sehr das Kulturmpfinden und mit ihm das Bildungsbedürfnis der großen Masse bereits Aufschwung genommen hat und in stetigem Wachsen begriffen ist. Ein ethischer und wirklicher Erfolg volksbildnerischer Arbeit.

„Die Dame und ihr Hund.“ So hieß eine Veranstaltung, die im Funthaus am Kaiserdamm abgehalten wurde. Die Damen entfalteten sehr viel Eleganz. Zu den Bewerberinnen in der vierbeinigen Schönheitskonkurrenz aber konnte jeder Berliner Straßenkötter krausnassig und von oben herab schnüffelnd sagen: „Bist du doch noch ein Hund?“, denn in diesem vornehmen Kreis waren nur Kleintierhunde geduldet. Etlliche der Kleintierhunde haben ein lebhaftes Temperament und sind zuverlässige Wächter, während andere, infolge unheilvoller Zucht, nur noch ganz geringen Ansprüchen genügen. Im großen und ganzen sind nahezu alle Kleintierhunde ein sehr lautes lebendes Spielzeug für reiche Leute, bei dem man ja freilich auch nicht außer acht lassen darf, daß mancher kleine Mann sich schlecht und recht mit der Hundezucht durchs Leben schlägt.

Bei der Preisverteilung gab es einen Riesenschlach. Keiner der Hundebesitzer war zufrieden, alles schrie durcheinander, die Preisrichter gaben zu, sich geirrt zu haben und die einzigen, die die Rennen nicht ganz verloren, waren die Hunde.

Die Jahresausstellung der Photogemeinschaft des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ zeigte einen guten Besuch. Etwa tausend Besucher aus Amateur- und Fachkreisen fanden sich ein. Die Photogemeinschaft hatte das Publikum gebeten, ihr Werturteil insofern abzugeben, als es die vier besten Werke bezeichnen sollte. Als die besten Bilder wurden vom Publikum bezeichnet: 1. Abendfrieden: B. C. C. (Bild Nr. 91), 2. Winterstimmung: B. Riedermeier (Bild Nr. 71), 3. Ungehindert: B. Freidel (Bild Nr. 56), 4. Sonnenspiel: A. Kobs (Bild Nr. 85). Zahlreiche Interessenten fanden sich für die neuen Anfängerkurse, die sie in die schwarz-weiße Kunst einführen sollen. Diese Kurse beginnen schon in der kommenden Woche. Auch eine Kunstausstellung ist neu eingerichtet worden, die beim Ankauf von Apparaten mit Rat und Tat zur Seite stehen soll. (Anschreibt derselben: B. Brodel, Berlin R 20, Hochstraße 8.) Auch viele neue Mitglieder wurden in der Photogemeinschaft neu gewonnen, die schon im Herbst dieses Jahres in der dann in größerem Rahmen geplanten Ausstellung ihre Kunst zeigen werden.

Vollständerabend im Adlershof. Der Frauenchor „Neues Werden“ im Adlershof veranstaltet Donnerstag, 9. Februar, 1928, Uhr, in der Schulaula Habildstrasse 11, einen Vollständerabend unter Mitwirkung von Artula Rober (Bloncello) und Kurt Burckard (Violone). Eintrittskarten zu 75 Pf. nur im Vorverkauf bei den Mitgliedern, keine Abendkasse.

BITTE

einen **AUGENBLICK!**

Sie sehen jetzt das geheimnisvolle Antlitz der fremden Frau. Die Frage dieser Schönen gilt Jedem, auch Ihnen:

RAUCHEN SIE schon

die neueste Cigarette?

Sie heisst:

KALIE

Brand
Opm.

4-8

Türkisch
mild



Verschärfung im Saargebiet.

Bersammlungen gesprengt. — R.W.C. weiß von nichts. — Regierungen schweigen.

Trotz der großen Schäden, die eine Abschüttung der Elektrizitätsversorgung des Saargebietes von seiner Kohlengrundlage zur Folge haben würde, gehen die Treibereien fort, um dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk den Abzug der Hände zu spielen. So wird jetzt folgende Meldung verbreitet:

Am vergangenen Sonntag sollten Bersammlungen in den einzelnen Ortschaften der Bürgermeisterei Ramborn (Kreis St. Wendel) der Abtretung der örtlichen Stromverteilungsnetze an die Saarland-Lothringen-Elektrizitätswerk A.G. entsprechend dem einstimmigen Beschluß des Kreistages zustimmen. Außer in Ramborn selbst, wo der Übertragung des Ortsnetzes an die S.W.E. zugestimmt wurde, wurden die Bersammlungen überall gesprengt. In Bliesen, ein Ort der Bürgermeisterei Alsmeyer (Kreis St. Wendel), wurde der Antrag, das Ortsnetz an die S.W.E. abzutreten, abgelehnt und der Wunsch ausgesprochen, das Ortsnetz an das R.W.C. zu veräußern. Im Kreise St. Wendel wird neuerdings der Gedanke propagiert, einen Gemeindezweckverband zum Zwecke des Anschlusses an das R.W.C. zu gründen und damit den Kreistagsbeschluß in seiner praktischen Wirkung zunichte zu machen.

Hierzu erfährt W.T.B.-Handelsdienst auf Anfrage beim R.W.C., daß dieses mit den gemeldeten Vorgängen, über die es im übrigen nicht unterrichtet ist, in keinerlei Zusammenhang steht, wie dies gerüchweise verbreitet ist. Das R.W.C. hat sich vielmehr, nachdem der Kreis St. Wendel sich vor einigen Wochen für den Anschluß an die Saarland-Lothringen-Elektrizitätsgesellschaft entschieden hat, jeder weiteren Tätigkeit im Kreise St. Wendel enthalten.

Von Elektrofrieden keine Spur.

Eine weitere sehr beunruhigende Meldung geht uns aus Saarbrücken zu:

Wie hier bekannt wird, ist es dem R.W.C. gelungen, fast 95 Prozent des Aktienbesitzes des Elektrizitätswerkes Alingen auf nicht ganz einwandfreie Weise in seine Hand zu bekommen. Das Elektrizitätswerk Alingen wurde bisher von der saareigenen Stromversorgung beliefert, die sich nunmehr ihrem größten Gegner als Vertragskontrahenten gegenüberstellt. Auch jetzt das R.W.C. seine Bemühungen, saarländische Gebietsteile, die es durch das Eindringen in den Zweckverband Weibergzentrale und das Versorgungsgebiet in den sogenannten Restkreisen wie in

einer Zange hält, langsam zu zermürben und abzubrüdeln. Obgleich der Kreistag St. Wendel einstimmig den Anschluß an das R.W.C. abgelehnt und sich der saareigenen Versorgung angeschlossen und ihr auch die kreiseigenen Anlagen (Hochspannungsleitungen und Transformatorstationen) verkauft hat, geht das R.W.C. jetzt dazu über, mit allen Mitteln die Gemeinden des Kreises St. Wendel, die an der Grenze seines Versorgungsgebietes liegen, zum Verkauf ihres Ortsnetzes an das R.W.C. entgegen dem Kreistagsbeschluß zu bewegen, und diese Gemeinden, soweit dabei nicht Kreisstraßen überquert werden müssen, durch sein benachbartes Versorgungsgebiet mitbeliefern zu lassen. Das hat dazu geführt, daß in diesen Gemeinden ein bisher beispielloser Kampf entbrannt ist, der sowohl vom Standpunkt der Saarmirtschaft als auch aus politischen Gesichtspunkten der Rückführung der Saar nach Deutschland unerträglich geworden ist.

Demnach hat also die Öffentlichkeit im rechtsrheinischen Deutschland die Unerträglichkeit der im Saargebiet eingetretenen Verhältnisse eher über- als unterschätzt. Erstaunlich, daß das R.W.C. erklären kann, ihm seien die Vorgänge weder bekannt, noch sei es daran beteiligt. Wenn das richtig ist, so ist es noch erstaunlicher, wie schlecht informiert die Essener Zeitung des R.W.C. über Vorgänge ist, die seine allernächsten Interessen angehen. Die Verbindung zwischen Essen und dem Saargebiet muß offenbar recht dürftig sein. Jedenfalls scheinen die Beauftragten des R.W.C. im Saargebiet in vieler Hinsicht anderer Meinung zu sein als der Vorstand selbst. Es wäre deshalb auch im Interesse des R.W.C. in hohem Maße wünschenswert, wenn dieses selbst im Saargebiet über seine eigentlichen Absichten volle Aufklärung schaffen würde. Es könnte sehr wohl durch Maueranschläge und Zeitungsartikel im Saargebiet ganz deutlich erkennen lassen, daß es die bedauerlichen Vorgänge weder kennt noch billigt oder unterstützt.

Die wiedergegebenen Meldungen räumen auch die allerlehten Zweifel aus, daß im Saargebiet Ruhe werden muß, wenn nicht politische Interessen des deutschen Reiches auf das schwerste geschädigt werden sollen. Noch einmal appellieren wir deshalb an die verantwortlichen Reichs- und Staatsbehörden, dafür Sorge zu tragen, daß das R.W.C. seine geringen Restinteressen liquidiert. Dann wird Ruhe sein.

welchen Rückzug der Eisenwerke notwendig. Wir haben in Deutschland in der Tat keinen freien Eisenmarkt mehr, sondern ein absolut unkontrolliertes Eisenmonopol. Eine Präventivmaßnahme ist deshalb eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, und es wäre nicht zu verstehen, wenn sich das Reichswirtschaftsministerium dem verschließen würde.

Hochbetrieb bei Ludwig Loewe.

Die Noabiter Werke bis August voll beschäftigt.

Wir wie kürzlich berichteten, hat die Ludwig Loewe A.G. in Berlin-Noabit eine Erhöhung des Aktienkapitals von 15 auf 20 Millionen Mark und außerdem die Aufnahme einer Anleihe von 5 Millionen Mark beschlossen. Die Beschlüsse der Bersammlung wurden gestern von der Generalversammlung genehmigt. Bei einem Kurs von 145 Proz. für die jungen Aktien werden der Gesellschaft einschließend der aus der Anleihe zuziehenden Gelder über 12 Millionen neue Mittel zur Verfügung stehen.

Die Erklärungen, die Generaldirektor Oliver zu dieser Kapitalbeschaffung gab, waren in mehrfacher Hinsicht interessant. So soll ein Teil der neuen Mittel zum weiteren Ausbau der Beteiligungen des Loewe-Konzerns dienen, deren wichtigste die Knorr-Bremse und die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen sind. Weiterhin werden große Beträge zur Finanzierung des stark angewachsenen Geschäftes benötigt, da bei dem Charakter der Loewe-Fabrikation — Einrichtung vollständiger Wertstätten — die Gesellschaft ihre Betriebsmittel auf längere Zeit festlegen muß.

Die Beschäftigung bei Ludwig Loewe hat im letzten Jahr einen weit über die allgemeine Maschinenkonjunktur hinausgehenden Umfang angenommen. So betrug der Umsatz 13,5 Mill. Mark und hat sich damit gegenüber 1926 fast verdoppelt. Da der Auftragszufluss sich bis jetzt in keiner Weise vermindert hat, sind sämtliche Werke bis in den August hinein voll beschäftigt. Die Dividende für das Geschäftsjahr 1926/1927 soll wie im letzten Jahr wieder 10 Proz. betragen.

Arbeitsmarkt bessert sich nur langsam.

Bauarbeiten kommen nicht in Gang.

Die Entwicklung zur Besserung hat sich auf dem Arbeitsmarkt in der Berichtswoche, endend mit dem 4. Februar, noch nicht deutlich durchsetzen können. Während die Landesarbeitsämter teilweise noch eine leichte Steigerung der Zahl der Arbeitsuchenden melden, haben in größeren Teil der Bezirke die Beschäftigungsmöglichkeiten zugenommen. Im ganzen ist infolge der milden Witterung eine Aufwärtsbewegung unverkennbar, die sich allerdings noch in engen Grenzen hält. Zum größten Teil beruht der augenblickliche Stillstand darauf, daß vor allem der Baumarkt, der sich gegen Mitte Januar zu beleben anfängt, gegen Monatsende wieder stockt. Die Reinigungsarbeiten der Bauten verzögert sich, wobei auch die Ungewißheit über die Finanzierung der kommenden Bauzeitung zunächst noch zum Abwarten zwingt. Lediglich die Großindustrie, vor allem in Westdeutschland, hat größere Bauaufträge erteilt, deren Ausführung jedoch erst in die nächsten Wochen fallen dürfte. Die Folge dieser zögernden Inangriffnahme ist, daß die Baustoffindustrie in der Beschäftigungslage nur gering angezogen haben.

Der Güterverkehr steigt weiter.

In der Woche vom 28. Januar hat sich die arbeitstägliche Stellung von Wagen der Reichsbahn weiter von 139 400 auf 141 100 erhöht.

Tabellarische Uebersicht seit Dezember (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich des Arbeitstages		
1927/28	1926/27	1927/28	1926/27	
27. 11.— 3. 12.	985,4	907,2	164,2	151,2
4. 12.— 10. 12.	945,8	881,0	157,6	146,8
11. 12.— 17. 12.	926,0	872,4	154,3	145,4
18. 12.— 24. 12.	794,1	794,7	132,4	132,5
25. 12.— 31. 12.	652,7	602,0	130,5	120,4
1. 1.— 7. 1.	746,1	721,3	124,3	120,2
8. 1.— 14. 1.	827,7	778,1	138,0	129,7
15. 1.— 21. 1.	836,6	790,3	139,4	131,7
22. 1.— 28. 1.	846,7	793,4	141,1	132,2

Wie unsere Tabelle zeigt, steigt der Güterverkehr zwar nur verhältnismäßig langsam wieder an, aber doch in einem etwas rascheren Tempo, als in den entsprechenden Wochen des vorigen Jahres. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den ersten Wochen des vorigen Jahres auf der deutschen Wirtschaft noch eine ausgeprochene Krise lastete.

Nach Kurzarbeit noch Entlassungen. Wir haben kürzlich von der sehr bedeutenden Erhöhung des Umsatzes und der Auftragsbestände bei den Daimler-Benz-Werken berichtet. Ueber die spezielle Durchführung des von der Verwaltung schon seitgeleiteten Produktionsprogramms sollte noch näheres bekannt werden. Jetzt meldet die Mannheimer „Volkstimme“ von einer Mitteilung der Daimler-Benz-Verwaltung an den Betriebsrat, wonach etwa 700 Mann der Belegschaft nach und nach entlassen werden sollen, weil sie durch die zu Ende geführte Rationalisierung entbehrlich geworden seien. 70 Arbeiter sollen noch in dieser Woche zur Entlassung kommen. Offenbar ist die Verwaltung von Daimler-Benz mit ihren Umstellungserfolgen zufrieden. Wie man sieht, geht diese Umstellung aber auch hier wieder auf Kosten der Belegschaften. Hat die Daimler-Benz-Verwaltung in ihr neues Produktionsprogramm auch eine Beantwortung der Frage aufgenommen, wie die noch beschäftigte Belegschaft aus den erzielten Ersparnissen für die zweifelslos eintretende stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft entschädigt werden soll?

Vertikaler Ausbau beim Chemietrust. Nach den Maschinenfabriken ein eigenes Röhrenwerk. Von den großen Werken des Chemietrusts in Oppau und Leuna ist bekannt, daß sie eine vieltausendköpfige Belegschaft im eigenen Maschinenbau für die Bersorgung der Trustwerke beschäftigen. Jetzt hat die I.G. Farbenindustrie A.G. in Troisdorf ein modernes Röhrenwalzwerk in Betrieb genommen mit einer Jahresproduktion von 12 000 bis 15 000 Tonnen und mit einem Kostenaufwand von rund 3 Millionen Mark. Die eigene Maschinenherstellung wird also durch die Bersorgung mit selbst hergestellten Röhren noch ergänzt. Der Chemietrust geht also immer stärker dazu über — er hat sich ja früher bereits eine große eigene Braun- und Steinkohlenbasis zugeeignet —, seinen Arbeitsbedarf in eigenen Fabriken zu betriebliegen und den vertikalen Ausbau immer stärker durchzuführen. Das neue Röhrenwalzwerk in Troisdorf soll übrigens dem Röhrenverband nicht beitreten, weil es nur die Trustwerke beliefern soll.

Textilartelle und scharfe Preiserhöhungen in Polen. Sieben der größten Textilfirmen in Lodz haben ein gemeinsames Vorgehen zur Regelung der Produktion und der Preise vereinbart. Bei der zunächst vorgenommenen Preisregulierung für Sommerware soll sofort ein Preisauflage von 18 Proz. vorgenommen worden sein, wobei man sich auf die Verteuerung der Rohstoffe beruft. Da das Kartell bedeutende Außenleiter hat, wird der Lebensfaden des Kartells, falls die Außenleiter nicht noch hineingezogen werden, wohl bald abgesehen sein.

Wo bleiben die Wohnungsbauanleihen?

Preußen fehlen allein 400 Millionen Mark für den diesjährigen Wohnungsbau.

Nach Erklärungen, die das preussische Wohlfahrtsministerium vor Vertretern der Presse machte, ist die Lage des Wohnungsbauwesens in diesem Jahre außerordentlich besorgniserregend. Im vorigen Jahre konnte man außer den benötigten 120 000 noch rund 50 000 Wohnungen zusätzlich in Preußen schaffen. Dazu war ein Kapitalaufwand an öffentlichen und privaten Mitteln von insgesamt 1,7 Milliarden Mark erforderlich.

Nach vorsichtiger Berechnung werden in diesem Jahre aber höchstens 1,3 Milliarden Mark Baugelder und Hypotheken aufzubringen sein. Hiervon muß man wahrscheinlich noch Abzüge machen für solche Bauten, die bereits in der Erwartung der kommenden Einnahmen aus der Hauszinssteuer im Vorjahre begonnen worden sind. Das Ergebnis ist also, daß unter allen Umständen Auslandskapital zur Finanzierung des Wohnungsbauwesens herangezogen werden muß. Das preussische Wohlfahrtsministerium steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß der Wohnungsbau zu den produktiven Ausgaben zu zählen ist, daß also für ihn in jedem Falle Auslandsgelder bereitgestellt werden müßten.

Im Lichte dieser Erklärung erscheint das Verhalten der Reichsbank und der auf ihr Betreiben eingesetzten Anleiheberatungsstelle für die deutsche Volkswirtschaft doppelt verderblich. Noch immer hat dieses Institut, das über die Aufnahme von Auslandsanleihen zu beschließen hat, keine entscheidenden Beratungen über die Bewilligung neuer langfristiger Kredite aus dem Ausland gehabt. Es ist im höchsten Grade bedenklich, daß auf diese Weise bereits Monat um Monat verstreicht, ohne daß die neue Bauzeitung genügend vorbereitet werden kann. Denn alle Projekte bleiben Phantastereien, solange man nicht sehen kann, woher die großen Mittel zur Finanzierung des Baues beschafft werden können.

Das Privatkapital hat sich vollkommen außerstande erwiesen, die öffentliche Bautätigkeit auch nur annähernd in dem Maße zu ersetzen, das Angebot und Nachfrage sich die Wage halten. Mit Recht steht daher das preussische Wohlfahrtsministerium auf dem Standpunkt, daß von einer wesentlichen Lockerung des Mieterschutzes

jetzt und auf absehbare Zeit nicht die Rede sein könne. Darüber hinaus ist es zu begrüßen, wenn der Wohlfahrtsminister persönlich erklärte, daß wir niemals mehr den Wohnungsbau in Deutschland ausschließlich dem privaten Erwerbs- und Gewinnstreben überlassen können, sondern daß volkswirtschaftliche und staatspolitische Gesichtspunkte auch späterhin im Wohnungsbau geltend gemacht werden müssen.

Doch was nützt es, wenn derartige Erklärungen, die von einem starken sozialen Geist zeugen, dem Volke noch nicht einmal den Borteil bringen können, daß nun auch wirklich in ausreichendem Maße gebaut wird. Dem Fortschritt in der Bautätigkeit im letzten Jahre steht die Gefahr gegenüber, daß in diesem Jahre sehr viel weniger gebaut werden wird. Noch immer aber fehlen allein in Preußen 600 000 Wohnungen am Bedarf, von denen im letzten Jahre nur 50 000 geschaffen werden konnten. Soll das Wohnungselend nicht auf lange Zeit hinaus verewigt werden, so dürfen die Bestrebungen nach einer sozialen Bauwirtschaft nicht weiterhin durch die sogenannte Beratungsstelle durchkreuzt werden.

Realkredite aus Holland und England.

Nach der Deutschen Bau- und Bodenkredit A.G. versucht auch die Württembergische Wohnungskreditanstalt gegen Hinterlegung von Goldpfandbriefen sich Auslandsgeld zu beschaffen. Unter Mitwirkung der Darmstädter und Nationalbank sowie der Württembergischen Notenbank werden einem holländischen Bankensortium für 4 Millionen siebenprozentige Kapitalertragsteuerfreie Pfandbriefe zur Zeichnung auf dem holländischen Kapitalmarkt überlassen. Aber wie schon bei der Bau- und Bodenkredit A.G. soll auch hier kein neues Baukapital hereinfließen, sondern der Anleiheerlös soll ebenfalls zur Abdeckung kurzfristiger Verpflichtungen aus dem vergangenen Baujahr dienen. Ferner wird die Preussische Pfandbriefbank, die sich im vorigen Jahre die Landwirtschaftliche Pfandbriefbank, früher Roggenbank, angegliedert hat, in London Realkredit zu beschaffen suchen. Es sollen für 6 Millionen siebenprozentige Pfandbriefe bei Londoner Banthäusern deponiert werden, um als Grundlage für die Zeichnung von Zertifikaten zu dienen.

doch respektiert, wozu noch der Druck kam, der von den süddeutschen Regierungen in der öffentlichen Meinung auf die Haltung der Eisenindustrie ausgeübt wurde. Das Zurückweichen der Eisenherren wird dadurch nicht weniger blamabel, daß sie den erreichten Fortschritt als aus eigenem Entschluß durch eine Privatvereinbarung mit den Eisenerarbeitern erreicht darstellen. Zu dieser besseren „Einsicht“ würde ohne den Druck der öffentlichen Meinung, ohne die Daumenschraube der angeordneten Kartellaufsicht die Eisenindustrie wohl kaum bereit gewesen sein.

Bei dem jetzt Erreichten darf nicht halt gemacht werden. Die Entlastung für Süddeutschland ist zwar verhältnismäßig bedeutend, aber die allgemeinen Preiserhöhungen bleiben unangenehm, und vor allem weiß man nicht, was etwa auf sozial- oder handelspolitischem Gebiet das Geschäft zwischen den beiden Gruppen gefollet hat. Darüber muß noch Klarheit geschaffen werden.

Darüber hinaus beunruhigt eine Andeutung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die gewöhnlich als gut informiert angesehen werden kann. Es erhebe sich nach dem Zugeständnis der Eisenherren die Frage, ob die Bersordnung jetzt noch zu Recht bestehe, die die Verbände auf dem Weg über die Kartellverordnungen unter Aufsicht gestellt hat. Wir wollen nicht hoffen, daß darin schon eine Meinungsäußerung des Reichswirtschaftsministeriums in der Richtung zu erblicken ist, daß die Aufsicht wieder beseitigt werden soll. Die Aufsicht ist trotz des teil-

Der Rückzug der Eisenindustrie.

Weicht auch der Reichswirtschaftsminister?

Kürzlich fanden beim Reichswirtschaftsminister Curtius unter dessen Vorsitz, sowie unter Beteiligung süddeutscher Länderregierungen zwischen der eisenschaffenden und eisenerarbeitenden Industrie Verhandlungen über die Preisgestaltung für die süddeutschen Eisenkäufer statt. Zu Beginn der Sitzung gab der Vertreter der Eisenindustrie bekannt, daß am 8. Februar, zwischen den beteiligten Industrien eine interne Vereinbarung erzielt worden sei, wonach für die Dauer des Bestehens der gegenwärtigen Vertragsverbände die Grundpreisspanne zwischen Frachthäusern Oberhausen und Reumkirchen von 6 Mark pro Tonne auch weiterhin unverändert bleiben soll.

Damit haben die Vertreter der Schwerindustrie die Preiserhöhungen für Stab- und Formeisen zum Teil wenigstens für Süddeutschland rückgängig gemacht, denn die Grundpreisspanne sollte von 6 Mark, wie bisher, auf 4 Mark ermäßigt werden, was für die süddeutsche eisenerarbeitende Industrie eine faktische Verteuerung ihrer Eiseneinkäufe und damit eine gefährliche Verlagerung ihrer Standardbedingungen bedeutet hätte. Die Eisenherren haben also das von ihnen mit Schwähungen und Unwahrheiten betämpfte Eingreifen des Reichswirtschaftsministers

Die Hausbesitzer sind zufrieden! Geständnis der Wirtschaftspartei im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Entwurfs zur Änderung des Mieterschutzes fort. Abg. Hülsmann (Komm.): Die Feinde der Wohnungswirtschaft benutzen Drohungen und Korruption zur Durchsetzung ihrer Zwecke. Sie haben sogar Abgeordneten 500 Mark für einen Vortrag in ihrem Sinne geboten. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. Bgg.) ist zufrieden. Die Vorlage ist eine Verbesserung der Stellung der Hausbesitzer. Der Regierung fehle aber leider der Mut, mit der „höflichkeitsmäßig beeinflussten“ Wohnungswirtschaft Schlüsseln zu machen.

Abg. Winnefeld (D. Bp.) wendet sich zunächst gegen den Abg. Jörissen. Die Wohnungswirtschaft könne nicht mit einem Schlage aufgehoben werden, wenn ihre Forderung auch notwendig sei. Der vorliegende Entwurf komme den Bedürfnissen der Hausbesitzer entgegen.

aber ein bescheidener Mieterschutz sei erforderlich, um Ruhe und Ordnung im Reiche aufrecht zu erhalten.

Wenn Dr. Jörissen im „Grundbesitz“ die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuss scharf angriff, so habe er wohl vergessen, daß er selbst den meisten Anträgen dieser Parteien zugestimmt hat. (Hört! hört!) Der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer habe leider seine Neutralität aufgegeben zugunsten der Wirtschaftspartei. Der Redner wünscht eine Befristung des Gesetzes nur bis 1929. Die Wohnungswirtschaft sollten vollständig beseitigt werden. Der deutsche Mittelstand würde Selbstmord begehen, wenn er die Wirtschaftspartei zu seiner Vertreterin machen würde.

Abg. Schirmer-Franken (Bay. Bp.) ist die energische Haltung des Genossen Lipinski unangenehm. Früher hätten alle Parteien im Wohnungsausschuss sachlich zusammengearbeitet. Erst als der Radikalinski Lipinski hineinkam, sei der Wohnungsausschuss zum Standal-Ausschuss geworden. Die freie Wohnungswirtschaft sei heute noch unmöglich, denn sie würde bei der bestehenden Wohnungsnot zu unerträglichen Mietssteigerungen führen.

Reichsjustizminister Hergt weist darauf hin, daß nach der preussischen Verordnung der Mieterschutz bestehen bleibe für die Mieter von Künstlern, die Teile der Wohnung sind. Es werde aber weiter geprüft werden, wie jede Gefährdung der Künstler durch solche Verordnungen verhindert werden könne. Ebenso sei ein Schutz für diejenigen Inhaber größerer Wohnungen beabsichtigt, die auf die Untervermietung als einzige Einnahmequelle angewiesen sind. Bei der bevorstehenden Wohnungskonferenz würden diese Fragen mit den Ländervertretern und den Hausbesitzerverbänden besprochen werden. Nach einer noch im Reichsrat liegenden Vorlage sollen auch die Fürsorgeverbände eingeschaltet werden zugunsten derjenigen Mieter, die sonst eine Mieterhöhung nicht ausbringen könnten.

Abg. Schlecht (linker Komm.): Nur durch scharfe Beschlagnahme des Grund und Bodens und der Wohnungen sowie durch Verteilung des Wohnraums streng nach der Kopfszahl läßt sich die Wohnungsnot beseitigen. (Zuruf: Wie in Rußland!)

Ja, in Rußland ist man leider von den proletarischen Grundbesitzern abgewichen. (Stürmisches Hört! hört! im ganzen Hause.)

und hat sich dem Opportunismus in die Arme geworfen, wie hier die Sozialdemokraten. Wir fordern Kommunalisierung des Wohnungswesens, Mieterschutz für Arbeitlose, Kriegsoffer und Sozialrentner, sowie Beschränkung des Wohnraums nach der Kopfszahl.

Abg. Tremmel (Z.) weist den Vorwurf zurück, das Zentrum habe mit den anderen Regierungsparteien gemeinsam die Debatte im Ausschuss beschränkt. Im übrigen hätten gerade die Sozialdemokraten keinen Anlaß, das Zentrum anzugreifen, denn die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung herrschenden Sozialdemokraten trügen z. B. die Schuld daran, daß in Berlin achtausend Wohnungen nicht gebaut wurden. Den Versuch, die Zentrumspartei in den Schmutz und Kot zu ziehen, werde die Partei mit blanker Waffe und reinem Schild zurückweisen. Der Redner schließt, zu den Sozialdemokraten gewendet: Wenn Sie den Kampf wollen, gut, Sie sollen ihn haben! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Feld (Komm.) lehnt jede Lockerung des Mieterschutzes ab. Damit schließt die allgemeine Zusprüche. In der Einzelberatung begründet Abg. Nowak (Soz.) den Antrag, daß der Zustimmung der Kündigung ein Sühnetermin vorausgehen müsse.

Ferner beantragt er, daß die Kündigung nicht vom Gerichtsschreiber, sondern vom Amtsrichter selbst zugesprochen werden soll. Die Begründung des Entwurfs fordere geradezu die Hausbesitzer auf, von dem neuen Kündigungsrecht möglichst umfangreich Gebrauch zu machen. Das widerspreche der gestrigen Ministerrede, wonach am gegenwärtigen Zustand praktisch nichts geändert werde. Ferner beantragt der Redner, die Ersatzzustellung der Kündigung für unzulässig zu erklären. Eine Wohnung sei doch keine Bagatelle. Gestrichen werden müsse die Bestimmung, daß der Mieter den Beweis für seine Schuldlosigkeit zu führen hat, wenn er die Einspruchsfrist hat verstreichen lassen.

Ministerialdirektor Abegg bezeichnet die Gründe, die der Vordrucker geltend gemacht habe, nicht als durchschlagend. Eine Kündigung seitens des Vermieters erfolge auch zurzeit nicht durch Urteil. Parallel stehe jetzt die Aufhebungsfrage und die gerichtliche Zustellung des Kündigungsschreibens. Materiell werde also nichts geändert. In einer ganzen Reihe von Vorschriften weiche der Entwurf zugunsten der Mieter ab von den bestehenden Zuständen ab. Man könne nur zu dem Schluß kommen, daß die Abweichungen im § 1a dem Mieter überhaupt keinen Nachteil bringe.

Abg. Koenen (Komm.) wirft die Frage auf, welchen Sinn denn dieses Gesetz überhaupt noch habe, wenn es keine materielle Änderung bringe.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag 14 Uhr: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Der Etat des Landtags. Es wird fleißig im Parlament gearbeitet.

Die Dienstag-Sitzung des Landtags war erst in der ersten Nachmittagsstunde zu Ende gegangen, nachdem sie über zehn Stunden gedauert hatte. Die Mittwoch-Sitzung nahm nur drei Stunden in Anspruch.

Den Hauptteil der Verhandlungszeit sollte nämlich die Umgemeindungsfrage im Ruhrrevier einnehmen, die Dortmund, Bochum und andere Städte wesentlich erweitert. Die Mehrheit des Zentrums will von diesem Gesetz nichts wissen, weil es nicht gleichzeitig eine Erweiterung des Stadtkreises Essen vorsieht. Hierfür sind aber die Pläne noch nicht fertig, und die Mehrheit des Ausschusses möchte das Ratwändige nicht verzögern, bloß weil es nicht alles bringt, was man für wünschenswert halten könnte. Das Zentrum beantragte daher Rückverweisung an den Ausschuss und sand dafür Unterstützung bei den Deutschnationalen und den Demokraten. Obwohl also heute das Zentrum seinen Willen durchgesetzt hat, wird die Eingemeindungsfrage für das Ruhrrevier, ebenso wie die für Frankfurt am Main und Breslau noch vor Ostern fertiggestellt werden.

Außer diesem Gemeindegesetz stand auf der Tagesordnung nur der Etat des Landtages und des Staatsrates. Mit einer sehr interessanten Zusammenstellung bewies der Volksparteier Regenthiem, daß die in der Rechtsprelle so häufigen Klagen über die ungeheuren Ausgaben und die zwecklose Schwärmerei im Parlament völlig unbegründet sind.

Der Landtag der Republik hat weniger Plenarsitzungen als das alte Dreiklassenparlament. Dagegen hat sich die Zahl der Ausschusssitzungen nahezu verdoppelt, es wird also fleißig gearbeitet. Viel zu groß ist die Zahl der Initiativanträge und Resolutionen; es sind dreimal soviel als vor dem Krieg. Die

größte Zahl von Anträgen stellte die kommunistische Partei, dicht hinter ihr folgen die Deutschnationalen; dann in großem Abstand die Deutsche Volkspartei und zum Schluß die größte Partei des Hauses, die Sozialdemokratie, die mit der Zahl ihrer Anträge weit unter der Hälfte der kommunistischen Anträge bleibt.

Im übrigen klagten in der Debatte abwechselnd die Bäckereien und die Kommunisten, daß der Präsident ihren Schimpfereien nicht genügend weiten Spielraum lasse. Die große Mehrheit des Landtages laßt die Beschwerdeführer aus.

Am Donnerstag beginnt die Beratung des Wohlfahrtsrats.

Mangelnder Reformwille. Jahrlässiger Falscheid soll strafbar bleiben.

Der Strafgesetzausschuss des Reichstags setzte gestern die Beratung der Eidesdelikte fort. Genosse Landsberg wies zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages auf Streichung der Strafbarkeit des jahrlässigen Falscheides darauf hin, daß früher auch in vielen deutschen Ländern eine Strafbestimmung für den jahrlässigen Falscheid nicht bestanden habe. Auch England, Frankreich, Schweden, Holland, Italien, Norwegen und Japan hätten ohne solche Strafbestimmungen aus. Das Rechtsbewußtsein des Kulturmenschen erfordere also nicht die Strafbarkeit des jahrlässigen Falscheides. Die Regierung wolle offenbar an ihm nur deshalb festhalten, damit die Gerichte da, wo eine Verurteilung wegen Meineides zweifelhaft sei, wenigstens wegen jahrlässigen Falscheides verurteilen könnten. Um so notwendiger sei die Streichung des jahrlässigen Falscheides.

Abg. Bell (Z.) hob hervor, daß die sakrale Form des Eides die Bestrafung jeder, auch der jahrlässigen Eidesverletzung notwendig mache. Die Meineidsdelikte müsse auf andere Weise bekämpft werden. Ministerialdirektor Bumke wendete sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Regierung könne sich nur damit einverstanden erklären, daß die Zahl der Fälle eingeschränkt werde, in denen Eide abgenommen würden. Werde aber die Eidespflicht auch nur jahrlässig verletzt, so müsse Bestrafung eintreten.

Genosse Rosenfeld erwiderte, daß die Frage aufgeworfen werden müsse, ob es überhaupt noch aufrecht erhalten werden könne, daß die Zeugen teilweise mit, teilweise ohne Anrufung Gottes den Eid leisteten. Der zweiseitige Eid dürfe nicht länger aufrecht erhalten werden. Wie sehr die Strafbarkeit des jahrlässigen Falscheides den Richtern als Eisensbrücke diene, um in zweifelhaften Fällen doch noch verurteilen zu können, ergebe sich aus einem in Sondershausen geführten Prozeß, in dem drei Sozialdemokraten angeklagt waren, die nach bestem Wissen ausgesagt hätten, in erster Instanz aber doch wegen jahrlässigen Falscheides verurteilt wurden. Selbst Geheimrat Kahl sei schon im Jahre 1902 gegen den jahrlässigen Falscheid aufgetreten. Er erwarte, daß Kahl seiner damaligen Stellung gemäß den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des jahrlässigen Falscheides unterstützen würde.

Abg. Kahl (D. Bp.) erklärte, daß er sich diesem auf Grund seines früheren Vortrages an ihn gerichteten Appell nicht entziehen wolle. Er behalte sich für die zweite Lesung des Gesetzes Anträge auf Abschaffung der Bestimmungen über den jahrlässigen Falscheid vor.

Auf Antrag des Genossen Rosenfeld wurde die weitere Beratung einem Unterausschuss überwiesen.

Zu § 155, der die falsche Versicherung an Eidesstatt behandelt, begründete Genosse Saenger einen sozialdemokratischen Antrag, den Versuch der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung für strafflos erklären wollte. Der sozialdemokratische Vertreter machte darauf aufmerksam, daß es genüge, die eidesstattliche Versicherung, wenn sie falsch abgegeben werde, unter Strafe zu stellen. Auf die Verfolgung des bloßen Versuchs könne man sehr gut verzichten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der alsdann abgelehnt wurde.

§ 157, der die falsche uneidliche Aussage betrifft, wurde dem Unterausschuss überwiesen.

Die anderen Bestimmungen des Gesetzentwurfes über die Eidesdelikte wurden unter Ablehnung sämtlicher sozialdemokratischer Verbesserungsanträge nach dem Regierungsentwurf angenommen.

4,3 MOSLEM-RAUCHER

VERSTÄRKTES

VERBESSERTE

QUALITÄT

FORMAT!

WILLER

Dieser mein Hund da...

Von Henry Lawson, Sydney (Australien).

Dem Schaffner Kataris war ein Unfall geschehen. Um die Wahrheit zu sagen, er hatte sich in einer am Wege gelegenen Schenke in trunkenem Zustande in eine Kellerei eingelassen, aus welcher er dann mit drei gebrochenen Rippen, einem zerflohenen Kopfe und verschiedenen kleineren Ausschüttungen davongekommen war. Sein Hund Tally war zwar ein nüchternes, aber wider Teilnehmer in der Wirtschaftsprüfung gewesen, und war von dort mit einem gebrochenen Bein entkommen. Kataris schüttelte also nachher seinen Kragen und schlug sich schmerzhaft, und wie es eben ging, eine Sirede von zehn Meilen bis zum städtischen Gewerkschaftshaus durch. Weich der Himmel, wie er das „summe“ brachte! Er mußte es selber nicht genau. Tally hinterdrein, immer wieder auf keinen drei Beinen.

Die Doktoren unteruchten des Mannes Verletzungen und waren von seiner Ausdauer überrascht. Auch Doktoren sind mitunter überrascht, obgleich sie es nicht immer zur Schau tragen. Ja, natürlich, sie wollten ihn schon in Pflege nehmen, aber sie erhoben gegen Tally Einwendungen. Hunde waren an Ort und Stelle nicht gestattet.

„Sie müssen diesen Hund wegkriegen“, sagten sie zu dem Schaffner, als er sich am Rande eines Bettes niederlegte.

Kataris gab darauf keine Antwort. „Wer können absolut keine Hunde gefaltet, lieber Mann“, sagte jetzt der Doktor in etwas lauterem Tone, weil er dachte, daß der Mann taub sei.

„Dann fetter du im Hofe an!“
„Nein, keineswegs. Er muß weg von hier. Hunde sind innerhalb des Anstaltsgeländes nicht erlaubt.“

Kataris erhob sich langsam, bis er wieder auf seinen Füßen stand, verließ seinen großen Schmerz hinter seinen geschlossenen Zähnen, knippte sich dann Schmerzvoll kein Hemd über seiner doctornen Brust zu, ergriff dann seine Tasse, und wandte zu der Ecke, wo sein Hund lag.

„Was fällt Ihnen denn ein, was machen Sie denn da?“
„Ihr wollt meinen Hund also nicht hierlassen?“

„Nein. Das wäre gegen die Vorschriften. Hunde sind an Ort und Stelle keinesfalls erlaubt.“

Er bückte sich, um seinen Kragen in die Höhe zu heben, aber der Schmerz war zu groß, und er lehnte sich gegen die Mauer.

„Ihro kommen Sie, kommen Sie, Menschenskind!“ oßerte der Doktor jetzt ungeduldig. „Sie scheinen verrückt zu sein. Sie wissen doch sehr gut, daß Sie nicht insstande sind, wegzugehen. Der Wärter wird Ihnen behilflich sein, Sie zu entlassen.“

„Nein!“ sagte Kataris. „Nein, wenn Ihr meinen Hund nicht aufnehmt, dann braucht Ihr mich auch nicht aufnehmen. Er hat ein gebrochenes Bein und hat es notwendig, daß man ihm's einrichtet, genau so — genau so — wie ich. Wenn ich gut genug bin, um hier bleiben zu können, dann ist er es auch — und — und nicht leicht noch besser!“

Er hielt einen Augenblick inne, starrte Schmerzvoll, und dann murmelte er sich zum Gehe.

„Dieser — dieser mein alter Hund da ist tot und redlich hinter mir eingelaufen, zwölf Jahre, all diese schweren und kranken zwölf Jahre hindurch. Er war das einzige Ding — das einzige Ding um mich herum, das immer besorgt war, ob ich auf dieser verdammten Wegstrecke am Leben war oder liegen liesch oder verfaule.“

Wieder hielt er inne und noch einem Weichen fuhr er fort: „Dieser — dieser mein Hund da wurde auf der Landstraße geboren, sprach er mit einer Art von traurigem Köcheln. „Monatelang hab' ich ihn in meinem Leetisch herumgetragen, und nachher, als er etw wenig größer war, auf meinem Kuffade, und die alte Hündin, seine Mutter, ließ ganz befriedigt hinter uns einher, hin und wieder schnüffelte sie am Leetisch herum, gerade nur, um sich davon zu überzeugen, ob alles mit dem Jungen in Ordnung sei... Weiß der liebe Herrgott, wieviele Jahre sie hinter mir einhertrampelte. Sie ließ hinter mir, bis sie blind war, und dann sogar noch ein paar weitere Jahre. Sie ließ mir hinterdrein, bis sie sich nicht mehr länger durch den Staub schleppen konnte, und dann — dann hab' ich sie getötet, weil es nicht mehr möglich war, sie am Leben zu lassen!“

Wieder machte er eine Pause.

„Und dieser da, mein alter Hund,“ fuhr er fort, indem er Tallys emporgestreckte Nase mit seinen knöchernen Fingern berührte, „und dieser mein alter Hund da ist hinter mir zehn, ja, zehn Jahre eingelaufen: durch Wasserflut und Dürre, durch gute Zeit und böse — sehr, sehr böse, und hat mich danor bewahrt, daß ich toll wurde, wenn ich keinen Kameraden hatte und kein Geld auf der einlamen Landstraße, was Wochen hindurch hat er mich behütet und bewacht, wenn ich etwas zuviel hinter die Birde gegossen hatte, wenn ich mich in den vermaledeiten Schenken betäubt und vergiftet hatte, und wehr als einmal hat er mir das Leben gerettet, und oftmals, sehr oft dafür Tritte und Flüche als Dank geerntet, und mir trotz alledem vergeben, und —“

Er ruhle wieder ein wenig aus.

Dann schlopfte er Luft, bis die Zähne fest zusammen, nahm seinen Hut auf den Boden, trat in den Türeingang hinaus und blühte nach allen Seiten herum.

„Dieser mein Hund da,“ sprach Kataris zu dem ganzen Spitalspersonal, das um ihn herumstand, „dieser mein Hund da ist ein besserer Hund, als ich ein Mann bin, und auch, wie es scheint, ein besserer als ihr — und ein besserer Christ. Er war mir ein besserer Gefährte und Freund, als ich es je einem Menschen war, und ein Mensch niemals mit. Er hat mich bewacht, oft und oft davor behütet, daß ich beraubt wurde, für mich gekämpft, mein Leben gerettet und als Dank von mir betrunkenen Tritte und Flüche bekommen — und mir stets vergeben. Er war mir ein treuer, aufrechter, rechtschaffener und ergebener Kamerad — und ich will ihn jetzt nicht verlassen. Ich werde gar nicht daran, ihn mit einem gebrochenen Bein auf die Landstraße hinauszustößen. Ich — oh, mein Gott, mein Kuden!“

Er leugte auf und taumelte nach vornwärts, aber sie packten ihn, nahmen ihm sein Bündel ab, und brachten ihn zu Bette.

Eine halbe Stunde später hatte man den Wollschere einigermaßen wieder in Ordnung gebracht. „Wo ist mein Hund?“ fragte er, als er wieder zu sich kam.

„Oh, der Hund befindet sich wohl,“ sagte die Pflegerin ziemlich ungeduldig. „Wagen Sie sich nicht damit. Der Doktor richtet gerade sein Bein wieder im Hofe ein.“

Das 1. Arbeiter-Sängerbundesfest

Hannover 16. bis 18. Juni 1928.

Die ersten Anfänge der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung lassen sich bis in den Beginn der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück verfolgen. Gleich der bürgerlichen Sängerbewegung (die Berliner Singakademie, 1791 gegründet, ging aus dem Salon der freimütigen Frau Prof. Boitus hervor; 1808 rief Friedrich Zeller, der ehemalige Maurergeselle und spätere Freund Goethes, die Berliner Liedertafel ins Leben) huldigten auch die Arbeiter-Sänger anfänglich ausschließlich den Männergesang. In ihren Reihen finden wir 1861 August Bebel als Mitglied der Gesangsabteilung des „Gewerblichen Bildungsvereins“, des späteren „Arbeiterbildungsvereins“, für den sich Bebel tatkräftig einsetzte; er bewirkt, daß ein Flügel für 190 Laster angeschafft wird und die Leipziger Stadtmusikanten die Subvention des Vereins von 100 auf 500 Taler jährlich erhöhen. In Frankfurt sehen wir 1864 Ferdinand Lassalle bei der Gründung eines Arbeitergesangsvereins „Sängerbund“ beteiligt. Lassalle verbannte mir das Zustandekommen des ersten Bundesliedes: „Bet und Arbeit“, von Hermann gebildet, von keinem Geringeren als Hans v. Bülow, einem nahen Freunde Lassalles, vertont.

Mit dem Erstarken der Arbeiter-Sängerbewegung, die sich trotz Verbot und Verfolgung während des Sozialistengesetzes ungebrochen weiterentwickelte, hält allgemach auch die Frau ihren Einzug in die Chöre der Arbeiter-Sänger. Zunächst in der Minderzahl — 1894 umfaßt die zwei Jahre früher gegründete „Liedergemeinschaft“ 513 Männer und 27 gemischte Chöre —, sehen wir ihre Beteiligungsziffer von Jahr zu Jahr steigen. Nach Beendigung des Krieges gewinnt die Frau absolute Gleichberechtigung neben dem Arbeiter-Sänger in unseren Volksschören. Es ist ein Verstum, zu behaupten, erst nach dem Kriege hätte die Frau ihren Einzug in die Chöre des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ (in der heute bestehenden Form im Mai 1907 in Berlin gegründet) gehalten: bereits der zweite Bundeschor, im Eigenverlag der „Liedergemeinschaft“ erschienen, ist ein gemischter Chor! In diesem Einbeziehen der Frau in den Wirkungsbereich der Arbeiterchöre unterscheidet sich der Arbeiter-Sängerbund wesentlich und grundtätig vom Deutschen Sängerbund, der, ungeachtet seines längeren Bestehens, diese Umstellung noch nicht vorzunehmen vermochte.

Da der innere Aufbau des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes ein durchaus anderer ist, als der des Deutschen Sängerbundes, sollte es uns nicht wunder nehmen, wenn das erste Fest der Arbeiter-Sänger einen anderen Charakter annehmen wird, als ihn das Fest der deutschen Sänger in Hannover trug. Dem nur-Männergesang sehen wir die Oratorienaufführungen und A-cappella-Konzerte unserer Volksschöre, Jugend- und Kinderchöre entgegen. Neben diesen konzertlichen Darbietungen werden wir naturgemäß auch den Männerchören gebührenden Anteil an den Konzerten des 1. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfestes einräumen. Eingebunden in alle unsere Veranstaltungen, bilden sie so einen organischen Bestandteil der gesamten Darbietungen.

Die große Zahl der Veranstaltungen wird eröffnet mit dem Begrüßungskonzert unserer hannoverschen Sänger, das am Samstagabend, dem 16. Juni, in der Stadthalle stattfinden wird. Unter Mitwirkung des Opernhausorchesters Hannover kommen in der Stadthalle zur Aufführung: Schubert: „Marias Siegesgesang“, Brahms: „Schicksalslied“ und „M-Rhapsodie“, „Cantata“ von

Friedrich und „An das Vaterland“ von Hugo Wolf. In der großen Ausstellungshalle wird von anderen Gruppen der über 4000 Stimmen zählenden Arbeiter-Sängerschaft Hannovers ein A-cappella-Begrüßungskonzert dargeboten. Sodann sind acht große Chororchesterkonzerte zu nennen. Westfalen-Ost und Harzgau singen „Bach-Kantaten“, die Volkssingakademie Mannheim: Beethovens: „Missa solemnis“, die Sängergesellschaft Berlin: „Fausts Verdammnis“, Chöre des Bezirks Dresden geben gemeinsam ein „Brahms-Konzert“ (M-Rhapsodie, Schicksalslied, Ranie und Frauenchöre), Bergischland (Rheinprovinz) wird Judas Macchabäus von Händel singen und Thüringen „Salomo“ von Händel, Frankfurter Chöre bieten Handys „Jahreszeiten“ und Westfalen-West das Berdische „Requiem“, während die Sängergesellschaft Hamburg zwei sozialistische Kantaten: „Arbeiter-chorleitung“ des holländischen Komponisten Dimann im gemischten und Knöchels „Eiserne Welt“ im Männerchor singen wird.

Zur Mitwirkung an diesen 10 Orchesterkonzerten wurden verpflichtet das Berliner Sinfonische Orchester, das Berliner Sinfonische Orchester, das Opernhausorchester Hannover und über 20 erste Solisten. In diesen Konzerten werden die Arbeiter-Sängerinnen und -Sänger zeigen, daß es ihnen ernst ist mit der Pflege der großen und besten Musik, die sie ausführen, um ihren Arbeitsbrüdern und -Schwestern eine Freude zu bereiten, aus eigener Kraft sich die Werke unserer Meister zu erschließen. In diesen 10 Konzerten stellen sich weitere 25 Sackkonzerte ohne Orchester. In ihnen werden neben den gemischten Chören auch die Männerchöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes zur Geltung kommen. Bayern und Württemberg werden gemeinsam einen Süddeutschen Volksliederabend ausführen; der Berliner Volkschor bringt einen Internationalen Volksliederabend, an dem als Solist Sven Scholander mitwirken wird; eine Chorgruppe des Gau Hannover (Gelle) gibt einen Poeme-Abend, Harzgau und der Pfalzgau werden ihre Programme dem Andenken von Franz Schubert widmen, dessen 100. Todestag in diesem Jahre begangen werden kann. Gau Rheinland widmet einen Abend dem Lied der „Arbeit, Kampf und Freiheit“, die Michaelschen Chöre, Leipzig, sehen sich für Erwin Lebnovai ein. Frankfurter Chöre musizieren unter dem Motto „Der Männerchor der Gegenwart“, der Arbeiter-Sängerchor mit Frauener Chören (Gau Thüringen) und Volkschor Köln wollen ein musikhistorisches Konzert geben, der Dresdener Volksmännerchor ein musikhistorisches Liederkonzert, Jugendchor Eisenach und Lebnovai-Quartett Leipzig, Dessauer Kinderchor und Kinderchor Hannover und der Junge Chor, Berlin, kommen als Repräsentanten der Jugend, deren Musikieren im Deutschen Arbeiter-Sängerbund im ausgiebigsten Maße Beachtung und Pflege findet. Von ausländischen Vereinen meldete sich zu eigenem Konzert der Singverein der Sozialdemokratischen Kunststelle Wien.

Neben den Vorkonzerten, die im Stadion am Sonntag, dem 17. Juni, mittags, gesungen werden, wollen die Söhner am Montag nachmittag ein zweites Stadionkonzert gemeinsam zur Ausführung bringen. In 15 verschiedenen Plätze werden die einzelnen Gauen am Sonntag vor dem Weggang aus ihren Quartieren Konzerte geben. Man rechnet, daß zu diesem Konzert 50 000 bis 60 000 singende Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes kommen werden.

Die Erdwärme als Kraftquelle.

Das Problem der Erschließung neuer Kraftquellen wurde kürzlich in Leeds in England auf der Tagung der Mitglieder des „Bundes der britischen Wissenschaftler“ behandelt. Dabei entwickelte der Ingenieur J. E. Hodgson in einem großangelegten und äußerst detaillierten Referat einen Plan, wie man die im Innern der Erde vorhandene Hitze für die Menschheit dienstbar und nutzbar machen könne. Ausgehend von dem Raubbau, der zeit- und stellenweise im Kohlenbergbau getrieben wird und der geradezu auf die Vernichtung einer kostbaren und vielfach verwertbaren Erdschicht hinausläuft, forderte er zunächst einen planmäßigen, von den Staatsregierungen beaufsichtigten Abbau der Kohle. Schon jetzt lasse sich berechnen, wann der Kohlenvorrat der Erde erschöpft sei, wenn in der bisherigen Weise weiter gewirtschaftet werde. Schon in 100 bis 150 Jahren dürfte die Menschheit dann unter einem empfindlichen Kohlenmangel zu leiden haben, der sich aber lange vorher schon in einer enormen Verteuerung dieses unschätzbaren Materials ausdrücken werde.

Dann ging der Gelehrte auf die Grundlagen seines Planes ein. Er erwähnte die allgemein bekannte Tatsache, daß der Erdkern sich heute noch in einem glühendsten Zustande befindet, der in seiner Temperatur dem der Sonnenoberfläche sich nähert. Während das Sonneninnere eine Temperatur von etwa 10 000 Grad haben dürfte, besitzt der Erdkern eine solche von 5000 Grad. Die Erde birgt aber in ihrem Innern ein gewaltiges und unerschöpfliches Hitzeerzeugnis, und es sei sonderbar, daß noch kein Techniker mit brauchbaren Plänen zur Ausnutzung dieser brachliegenden Naturkräfte an die Öffentlichkeit getreten sei. Aus dieser völlig unbenutzten Energiequelle im Innern unseres Planeten lasse sich eine 30 Millionen Mal größere Hitze ziehen, als wir bei der Verbrennung des gesamten unterirdischen Kohlenvorrates zu erzeugen vermöchten.

Der Redner forderte dann die Bohrung von Schächten nach dem Innern der Erde. Schon bei einer Tiefe von 33 Meilen müßte man überall im Erdinnern auf weißglühende Felsmassen stoßen. In vulkanischen Gegenden aber treffe man schon weit näher der Erdoberfläche auf diesen Glutzustand. Eine einzige Kubikmeile dieser weisglühenden Felsmassen gebe eine Hitzeenergie, wie sie bei der Verbrennung von 30 Millionen Tonnen Steinkohle erzeugt werde.

Die technische Lösung des Problems der Anzapfung der Hitzequellen der Erde will Ingenieur Hodgson durch 5 Meilen voneinander entfernte Tiefbohrungen erreichen. Die Menschen, die die Arbeit der Bohrungen im Erdinnern ausführen, sollen wegen der Hitze durch unabhingliche Anzüge geschützt werden. Mitgeführte Behälter mit verflüssigter Luft sollen sie instandsetzen, kühle und trockene Atemluft aus einem tauchergelartigen Apparat einzuatmen.

Der Plan des Ingenieurs Hodgson war in allen Details so sorgsam ausgearbeitet und das Gelingen der Versuche erscheint tatsächlich als im Bereiche des Möglichen stehend, denn aus der ganzen Zuhörer-Schicht, die nur aus durchweg ernstzunehmenden Wissenschaftlern bestand, erhob sich nicht der geringste Widerspruch oder Zweifel an den Ausführungen des Redners, der lebhaften Beifall erwarb.

Die Autostadt Detroit.

Kann eine andere Stadt der Welt wird so viel genannt wie die Stadt in den Vereinigten Staaten, in denen Ford seine Automobilfabriken hat, die Stadt Detroit, gegründet am 23. Juli 1701 von dem französischen Entdeckungsfahrer Cadillac, an dem Detroit River, dem Fluß, der den Huronsee mit dem Erie-See verbindet und die Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada bildet.

Die ersten Anfänge waren für die neue Ansiedlung Detroit alles andere als leicht. Der Indianerhäuptling Pontiac gab sich alle Mühe, die weißen Teufel auszuwickeln, aber sie hielten stand. Doch nicht nur von Seiten der Indianer wurde der Versuch gemacht, sich der jungen Stadt zu bemächtigen, sondern es kämpften auch die verschiedensten anderen Nationalitäten um ihren Besitz: sie ging von einer Hand in die andere. Nach den Franzosen herrschten die Engländer in ihr, dann die Kanadier und schließlich die Amerikaner.

Mit den Kriegen und Kämpfen kamen die unvermeidlichen Begleitererscheinungen aller Kriege früherer Zeiten: Hungersnot, Cholera, Pest. So verging das erste Jahrhundert unter schwersten Prüfungen. Mit dem neuen Jahrhundert aber, dem zweiten des Bestehens dieser Stadt, kam der irrtümliche Fortschritt: im Jahre 1830 wurde beschlossen, die Sklaverei abzuschaffen, im Jahre 1846 ging man noch weiter: man schaffte auch die Todesstrafe ab.

Detroit wollte freie und in ihrer Freiheit stolze und starke Menschen in seinen Mauern haben. Doch noch mehrere fünfzig Jahre verstrichen, ehe Detroit seine eigentliche Bestimmung in der Welt entdeckte: einen großen Teil ihres Bedarfs an Automobilen zu decken. Ende des vorigen Jahrhunderts, etwa im Jahre 1898, als die ersten Automobile aufkamen, brach die neue Zeit an. Schon 1903, also nur fünf Jahre später, tauchte Henry Ford auf, begründete seine Automobilfabrik in Detroit und machte den Namen dieser bis dahin herzlich unbedeutenden Stadt weltbekannt; denn da im Mai vorigen Jahres die Gesamtsumme der bis dahin hergestellten Wagen 15 Millionen betrug, kann man wohl von Weltbekanntheit sprechen. Riesenhafte Fabriken und Verwaltungsgebäude geben heute der Stadt ihren Charakter. Es gibt Verwaltungskhäuser, in denen nicht weniger als 6000 Angestellte arbeiten! In den Kellerräumen sind Schwimmbäder angebracht; auch Billards- und Kegelräume sind vorhanden. Sehr erfreulich ist das Bild der Wohnquartiere von Detroit: keine hohen Mietkasernen, in denen die Menschen zusammengestopft und gepreßt werden und keinen Ausdehnungsraum haben, nein, jeder Mann hat sein eigenes Häuschen, seinen kleinen Garten, sein Auto.

Keine Puppen mehr in Rußland. Eine neue holländische Frauenzeitung, die in Moskau mit Unterstützung der Regierung zur Hebung der russischen Frauenkultur begründet worden ist, enthält einen Bericht über die Debatten des Moskauer Lehrerverbandes um die Frage, ob man den kleinen Mädchen nach gestatten dürfe, mit Puppen zu spielen. Die Versammlung entschied sich zu einem Verbot und begründete dieses mit dem Hinweis, daß sich in der Puppe der „bürgerliche Gedanke des Familienlebens“ verkörpert.



Für den Übergang Wetter-Mäntel besonders billig:

Gummimäntel für Herren
 Diverse einzelne Mäntel, im Preise bedeutend herabgesetzt 14,50, 11,50, 9,75
Doublimäntel, von beiden Seiten Stoff, außergewöhnlich billig 16.—
Körpermäntel, erstklassige Qualität, gute Gummierung, in allen Farben 21.—, 18.—
 Mäntel aus Covercoat u. modern gemustert. Stoffen mannigfaltiger Art, Preis nach Qualität und Art 36.—, 33.—, 30.—, 27.—
Doppelstoffmäntel, schwere Qual. 42.—, 36.—, 33.—

Gummimäntel für Damen
 Diverse einzelne Mäntel 14,50, Pfirs. chaut 11,50 aus dunklem Batist 9,75
 Mäntel aus glatter u. karierter Kunstseide 18.—
 Mäntel aus mod. gemustert. Stoff., Preis n. Qual. u. Art 36.—, 33.—, 30.—, 27.—, 24.—, 21.—

Oelmäntel (Schlangenhaut, imit.)
 Oelbatist in viel. Farb., für Damen von 23.— an
 Herren 19,50
Oelseidenmäntel f. Damen u. Herren 36.—

Windjacken
 aus imprägniert. Stoffen, für Damen von 8,50 an
 Herren 7,75
 Knaben 6,50

Sportwindjacken, indanthronfarbig, elegante Ausführung 30.—, 27.—, 24.—, 22,50
Wasserdichte Doppelstoff-Windjacken für Motorradfahrer 33.—
Motorradkombinationen „Wetterfest“ 33.—, 30.—, 26.—, 18.—

Lodenmäntel für Damen und Herren
 Mäntel aus imprägniert. Strichloden, in viel. Form. u. Qual. 36.—, 33.—, 30.—, 27.—, 24.—, 21.—, 18.—
 Mäntel aus imprägniert. Kame haarloden in gut. Qual., je nach Schwere 57.—, 48.—, 42.—, 38.—

Trench-Coat
 nach englischer Art gearbeitet, mit leichtem karierten Futter, in braun und oliv 53.—
 in hellen Stoffen 45.—
 Mäntel aus reinwoll. Gabardinestoff, erstkl. Verarbeitung 120.—, 115.—, 110.—, 105.—

Gabardinemäntel
 Mäntel aus Gladbacher Gabardine mit Abseite in braun und grau 55.—, 50.—
 Mäntel aus Gerace Gabardine in vielen Farben und Formen 80.—, 75.—, 70.—
 Mäntel, Maßsersart aus reinw. Stoffen, erstkl. Verarbeitung 125.—, 115.—, 105.—, 99.—, 85.—

BAER SOHN A G BERLIN N 4 nur Chausseestraße 29-30

Theater, Lichtspiele usw.

Donnstag, 9. 2. 28
 Staats-Oper
 Am Pl. d. Republ.
 7 1/2 Uhr
Carmen

Donnstag, 9. 2. 28
 Städtische Oper
 Bismarckstr.
 10-11. IV. Ab. 7 1/2
Der Barbier von Sevilla

Staatl. Schauspielh.
 An Seidenmarkt
 8 Uhr
Die Weber

Staatl. Schillerth.
 Charlottenburg
 8 Uhr
Ende gut alles gut

Deutsches Theater
 Norden 12 310
 (Sammelnnummer)
 8 U., Ende nach 10 U.

Robert Emmet

Kammerspiele
 Norden 12 310
 (Sammelnnummer)
 8 U., Ende nach 10 U.

Finden Sie, daß Constanza sich richtig verhält?

Die Komödie
 Bismarck 2414-7516
 8 1/2 U., Ende 10 1/2 U.

Marcel Fradelin

Berliner Theater
 Direktion Kuhnert
 Damsplatz 31, 31a, 31b, 31c
 8 1/2 U.

Großes Schauspielhaus
 Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr

REGIE: **CHARELL**

DOMPADOUR MASSARY

Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

Winter Garten
 8 Uhr

Freddy Rich
 m. seinen 14 unerreicht. Künstlern
 Hierzu das große Varieté-Prgr.

Krause-Pianos
 zur Miete

W50, Ansbacherstr. 1

Erstklassige Herrenkonfektion, Wintersachen aller Art. 80 Proz. unter Preis. Kein Kaufzwang. Fahrgeld wird vergütet. Preßmann, Linienstr. 83 a.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Anlage billig!
 in der Vorwärts und trotzdem

Arbeiter-Radfahr. Bund Solidarität
 Bezirk 21 (Gau 9)

Allen Genossen zur Kenntnis, daß unter langjähriger Leitung der Bezirksleitung, Genosse

Franz Gramz
 am 4. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr gestorben ist. Um tags Beteiligung der Bundesgenossen ersucht.

Die Beerdigung:
 Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. Februar, abends 6 Uhr, im Krematorium Gieselerstraße statt.

Nähmaschinen

Süßapp-Nähmaschinen gegen 8-Mark-Wochenrat. Stoff, Brunnenstraße 153, umfassen Stoffhalter und Inbald, bestriche. Kosten 118.

Möbel

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Alkoven, Wärfen, Bücherregale, Schreibtische, runde Tische, Stühle, Kaffeebüchsen oder -Gehäuse, Sofas, Ruhebetten, Kasten, Kleiderkabinette, Kleider-Schrank, Kleiderkasten, Kleiderbügel.

Wahl-Möbel, Oberbaumstraße 1.
 Neuheit preiswerte Schlafzimmer, Speisezimmer, Kichen, Kaffeebüchsen, Tische, Kleiderkasten, Kleiderbügel, Kleider-Schrank, Kleiderkasten, Kleiderbügel, Kleider-Schrank, Kleiderkasten, Kleiderbügel.

Um 6. Februar verstorben plötzlich und unerwartet infolge Herzschlages mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Franz Lawrenz
 im Alter von 54 Jahren

Die Leiche wird am Freitag, dem 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Berlin, Straße 101-108, statt.

Wahlmaschinen

Wahlmaschinen gegen 8-Mark-Wochenrat. Stoff, Brunnenstraße 153, umfassen Stoffhalter und Inbald, bestriche. Kosten 118.

Volksbühne
 Theater am Eldowplatz Th. am Schiffbauerdamm
 8 Uhr

Mann ist Mann

Schieber des Ruhms

Max Adalbert
 als
 Der Herr von ...

Piscatorbühne
 Theat. u. Hollendorfsplatz
 Kurfürst 2091, 93
 Täglich 8 Uhr

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk mit Max Pallenberg text. Erwin Piscator

Theater am Kottbuser Tor
 Kottbuser Straße 6.
 Täglich 8 Uhr

Elite-Sänger
 Februar in großer Form!
 Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
 Große Familien-Vorstellung (ungekürzt.)
 Volkspr. 0,40, 0,75, 1.—, 1,25, 1,50, 1,75 Mk.



Modern ist erst die Ehe heute,
 Wenn gleiches Recht die Eheleute;
 Wenn er den „Böhren Jacob“ hält,
 Lieft eben sie — die „Frauenwelt“!

Abschauen auch Du!

„Die Frauenwelt“ kostet trotz erhöhter Umlage nur 30 Pf. Täglich noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

Reichshallen-Theater
 8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr.

Stettiner Sänger
 Zum 50. Male:
 „Nolite Noscende“
 nachm. halbe Preise.

Dönhoff-Brettli:
 Kabarett, Varieté,
 Konzert, Tanz.

8 Komische Oper 8
 Neuartiges Revue-Stück

Alles Nackt!
 (Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu“). 200 Mitwirkende
 Original-Pariser Kostüme

Sonntagabend, 11. Februar

Premiere
 Großes Revue-Stück
Zieh' Dich aus!

Parkett 3,50 Mk.
 Theaterkasse ununterbr. geöffnet

Komödienhaus
 Norden 6304
 8 1/2-10 40 Uhr

Hokuspokus
 von Curt Götz

NEUE WELT
 Arnold Scholz, Hasenheide 108-114

Großes Bockbierfest

In den bayr. Alpen
 und
 Gr. Schweineschlachten.
 7 Kapellen / Neue Dekorationen
 30 bayr. Madeln.

Kleingärtner
 von Treptow, Neufölln u. Britz.

Am Sonntag, dem 12. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in James Hofmann, am Treptower Park 4 (letzte Wohnung) eine

Protest-Versammlung
 der Kleingärtner des Bezirksverbandes Berlin-Treptow statt.

Die Kleingärtner und deren Freunde werden aufgefordert, dort zu erscheinen.

S. K.: Korch Scheffler Siedels
 I. Hoffmann Raffleer Schindler

Dankagung

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter

Luise Graul geb. Stedde
 sowie für die Blumenpenden folgen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, dem Herrn Redner und dem Bestatter der Herrn Turnerstraße 100 dankbar und aufrichtigen Dank Max Graul und Sohn nebst Frau.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem Renthof Friedh., Ruhomer Str., statt.

Musikinstrumente

Steinwegpianos, glänzige Gefegungsarbeiten kein an Lager.

Steinwegpianos, viele Reparaturen, langjährige Arbeitserfahrung.

Steinwegpianos, Berlin nur Hauptstadt, Renthofstr. 112

Steinwegpianos, ausgezeichnete Qualität, bezugsmäßig, Schöneberg, Renthofstr. 112

Steinwegpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Lind, Brunnenstraße 55

Ohne Anzahlung, Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonhöhe. Langjähriger Garantiezeit. Keine Abzahlung. Preis, Brunnenstraße 191, I. Etage, am Hofstr. 100.

CASINO-THEATER
 Lothrieger Str. 37.

Die spanische Fliege.
 Ausschneiden: Gutschein 1— Pers. Faustsch. nur 1,10 Mk., Sessel nur 1,50 Mk.

Kleines Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr

Erika Gläser in Gretchen
 Für Jugendliche nicht geeignet

Walhalla-Th.
 Weinbergweg 19/20

Eine Liebesnacht
 Operettenschwank
 Loay Pyrmont
 In der Hauptrolle:
 Vorzeiger dieses
 zahlen für Parkett
 auch Sonntags statt
 4.— Mk. nur 00 Pf.

Die Qual des Asthma

wird den Krankenleiden widerstandsfähiger, wenn sie glauben, daß noch nichts mehr helfen. Ein etwas trüben Leben werden sollte aber niemand so wollen sein, daß er nicht einen Versuch mit „NYMPHOSAN“ macht. Wenn Sie die folgenden Bedingungen erfüllen, wenn die ärztlichen Ratschläge und ersten Maßnahmen für ihn genügen, warum soll dann gerade Ihnen nicht geholfen werden können? Preis der Flasche 2. 3.50, Fernbestellung 2.—, 50. Ordentlich in allen Apotheken

bestimmte Preis-Nachschub, Berlin N., Dönhofsstr. 26, Wilhelms Apotheke, W. 57, Potsdamer Straße 54a, Apotheke zum goldenen Hirsch, SW 68, Jägerstraße 10, Apotheke, SO 33, Seestraße 10, Berlin O., Berlin-Karlshof; Arus Apotheke, Kleinfriedrichstr. 10, Berlin-Schöneberg, K. 10, Menden 35/C.

Dankagung.

Für die vielen Gemein herzlichsten Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Emma Eng
 folgen wir hierdurch allen Verwandten, Bekannten, Parteigenossen u. Kollegen unsern herzlichsten Dank.

Ernst Eng und Kinder.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Rennräder, Teilschlüsser, Fahrradhaus Central, Unionstraße neunzehn.

SCALA
 Nollendorf 736b.

Albertina Rasch-Girls
 im Rahmen des großen Varieté-Programms!

„Evelyne“
 Lessing-Theater
 8 Uhr

„Rose Bernd“

Theater des Westens
 Täglich 8 1/2 Uhr

Münchhausens letzte Liebe
 Wirt, Bergmann, Kürty, Gille, Albu

Die Qual des Asthma

wird den Krankenleiden widerstandsfähiger, wenn sie glauben, daß noch nichts mehr helfen. Ein etwas trüben Leben werden sollte aber niemand so wollen sein, daß er nicht einen Versuch mit „NYMPHOSAN“ macht. Wenn Sie die folgenden Bedingungen erfüllen, wenn die ärztlichen Ratschläge und ersten Maßnahmen für ihn genügen, warum soll dann gerade Ihnen nicht geholfen werden können? Preis der Flasche 2. 3.50, Fernbestellung 2.—, 50. Ordentlich in allen Apotheken

bestimmte Preis-Nachschub, Berlin N., Dönhofsstr. 26, Wilhelms Apotheke, W. 57, Potsdamer Straße 54a, Apotheke zum goldenen Hirsch, SW 68, Jägerstraße 10, Apotheke, SO 33, Seestraße 10, Berlin O., Berlin-Karlshof; Arus Apotheke, Kleinfriedrichstr. 10, Berlin-Schöneberg, K. 10, Menden 35/C.

Dankagung.

Für die herzlichste Anteilnahme an dem Tode meines lieben Gatten, unseres Vaters und Schwageraters, des Tischlers

Wilhelm Groger
 folgen wir allen Freunden und Genossen unsern herzlichsten Dank.

Witwe Ida Groger
 Max Groger
 Martha und Richard Krebs

Kaufgesuche

Schneiderei, Silberfaden, Sinn, Wiel, Quader, Goldschmiede, Christian, Rosenstraße 20 (nahe Adalbertstraße).

Wägen, Reitwagen, tauch Großmann, Johannstraße 4.

Renaissance-Theater
 Steinplatz 901.

Coer Bube.
 8.10 Uhr

Residenz-Theater
 Tägl. 8 1/2 Uhr

Frühling am Rhein
 Operette in 3 Akten mit Paul Aron, Franz Jaumann, Tilly Weber, Ede Neuse, Helene Bräuer, Karl-Lichten

Thalia-Theater
 8 U.: Das Kamel geht durch das Nadelöhr

Rose-Theater
 8 1/2 Uhr

Der Pfarrer von Kirchfeld

Planetarium am Zoo
 Parität, Juchaczauer Straße
 Noit. 1878

Venus, die Schwärzer der Erde.
 Vorstellungen:
 16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr
 Eintritt 1 M.
 Wieder am 15. März 8 1/2 U.

Gewinnauszug

5. Klasse 30. Freuhlich-Süddeutsche Klassen-Lotterie.
 Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Zuf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Gente, Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Linienstraße 33 55

Funktionärkonferenz
 der Autoparatur- und Motoren-Schlosser.

Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Unterricht

Zehnte Klasse in der Schule Dr. Heiner, Regierungsbaustraße, Berlin, Neanderstraße 2, Radfahrerklub, Elektrotechnik, Bohlen, Tiefbau, Steinmetzschule.

DEUTSCHER BIS 21. 2. 28

RHEIN DEUTSCHER WEIN

FUNKHAUS

KUNSTSTELLUNG UND WEINWERBE-WOCHEN

TÄGLICH 7 UHR - SONNTAGS 8 UHR
 12.00 M. SONNAB. u. SONN. 2. M.

VOM RHEIN ZUR SPREE

WEINWERBE-WOCHEN - 100 KOSTUM-ÜBERREICHWEITENWEIN - 3 KAPITELN

TÄGL. DAS GROSSE UNNACHMÄHL RHEIN-KARNEVALSTREIBEN

SONDERVERANSTALTUNGEN:
 SONNABEND, 11. FEBRUAR

BERLINER LIEDERTAFEL
 KARTEN NUR IN DER GESCHÄFTS-STELLE URBANSTRASSE 21

SONNTAG, 12. FEBRUAR

RHEINISCHER MASKENBALL
 UNTER MITWIRK. D. RHEINISCHEN MÄNNERGESANGVEREINS

EINTRITTSPR. 2.3 (EINSCHL. STEUER)

Für Funkfreunde
 halbe Preise!

Lustspielhaus
 8 1/2 Uhr

Guido Thielscher
 „Unter Geschäftsaufsicht“

Th. im Admiralspalast
 Tägl. 8 1/2 Uhr

HALLER-REVUE
 „Wann und wo“

2 Heute Sonntag
 2 Vorstellungen:
 3 Uhr u. 8 1/2 Uhr
 Karten, die gegen Vorzahlung zu halb. Preis.

Wo speist man sich u. billig?
 Nur **Groß-Berlin**
 Alexanderplatz.

Metropol-Th.
 Tägl. 8 1/2 Uhr

„Die schöne Helena“
 Operette, Orleanbach
 Les. Uebmann, Kattow.
 12. U., Ende 13. U.

1. Siebungstag 8. Februar 1928

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 R. gezogen

1. Gewinne zu 10000 R.	27534
2. Gewinne zu 5000 R.	139283
3. Gewinne zu 3000 R.	30894 126190
12. Gewinne zu 2000 R.	31203 82617 149852 182467 154812 224927
32. Gewinne zu 1000 R.	18582 84907 86089 110053 116155 144473
176578 180834 183062 237217 253125 305179 311383 317421 336472 367734	
78. Gewinne zu 500 R.	8742 11379 15388 18904 26230 28185 40702
44395 65233 81550 99523 104708 107248 110680 121009 123081	
132831 142987 154599 162410 176293 191009 195292 202548 207842	
226185 233927 235825 258030 267122 267505 276591 282889 291378	
292383 312082 318685 341895	
210. Gewinne zu 300 R.	2988 3332 5837 8434 11453 13652 13841
16209 16949 17516 21606 22915 29428 30795 41217 48387 52875	
63142 61426 66205 69392 82099 88399 93472 96703 99333 100040	
101734 102856 108154 113054 118447 115833 115782 121900 128149	
131222 131800 135136 141459 142450 150914 153526 155905 158005	
161838 165744 165931 183800 184019 184281 190718 188078 188783	
201112 207030 211838 211904 212228 225679 228256 230455 234931	
235635 235897 237329 243695 247121 253155 253731 264024 272318	
272977 274871 277767 279764 280827 287240 290399 292484 296458	
298818 299787 302228 312119 314192 318704 317853 320259 321411	
329321 330154 330187 335836 339606 343637 345807 345872 351114	
354116 362152 368320 373481 374517 374895	

Achtung! Verwaltungsmittglieder!

Am Freitag, dem 10. Februar, findet keine Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung statt.

Verschiedenes

Collifische, Berlin-Luther-Str. 68. Mittwochs, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags Ullrich der teiferen Jugend. Jede Woche neue Collifische.

Schmuck Silberstein, langjährige Praxis, Wilhelmstraße 12.

Wasserkraft, reiche Auswahl, Tümen, Herren, Adler, Elisenstraße 30, Kolonnen 828.

Branchenversammlung
 der Autogen- und Lichtbogen-Schweißer und -Schweißergewerkschaften.

Tagesordnung: 1. Das Arbeitslosen-Verdrehungsproblem, 2. Branchenangelegenheiten, 3. Beschlüsse, 4. Sonstiges.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Junge, taftfähiger, Deutsch, Christlicher, nachher Berufswahl, erfolgreichster Arbeiter, bewährter Plantagenarbeiter, praktischer Organisationsführer, mit Betriebskenntnis, Fremdsprachen, Kenntnisse in allen Berufen, sucht gelegentliche Beschäftigung und gute Verdienstmöglichkeiten unter 20. & an der Gieselerstraße des „Vorwärts“, Antikstr. 128.

Verkäufe

Zeppich mit Karthausen, 2x3, 2x4, 2x5, 2x6, 2x8, 2x10, 2x12, 2x15, 2x20, 2x25, 2x30, 2x35, 2x40, 2x45, 2x50, 2x55, 2x60, 2x65, 2x70, 2x75, 2x80, 2x85, 2x90, 2x95, 2x100, 2x105, 2x110, 2x115, 2x120, 2x125, 2x130, 2x135, 2x140, 2x145, 2x150, 2x155, 2x160, 2x165, 2x170, 2x175, 2x180, 2x185, 2x190, 2x195, 2x200, 2x205, 2x210, 2x215, 2x220, 2x225, 2x230, 2x235, 2x240, 2x245, 2x250, 2x255, 2x260, 2x265, 2x270, 2x275, 2x280, 2x285, 2x290, 2x295, 2x300, 2x305, 2x310, 2x315, 2x320, 2x325, 2x330, 2x335, 2x340, 2x345, 2x350, 2x355, 2x360, 2x365, 2x370, 2x375, 2x380, 2x385, 2x390, 2x395, 2x400, 2x405, 2x410, 2x415, 2x420, 2x425, 2x430, 2x435, 2x440, 2x445, 2x450, 2x455, 2x460, 2x465, 2x470, 2x475, 2x480, 2x485, 2x490, 2x495, 2x500, 2x505, 2x510, 2x515, 2x520, 2x525, 2x530, 2x535, 2x540, 2x545, 2x550, 2x555, 2x560, 2x565, 2x570, 2x575, 2x580, 2x585, 2x590, 2x595, 2x600, 2x605, 2x610, 2x615, 2x620, 2x625, 2x630, 2x635, 2x640, 2x645, 2x650, 2x655, 2x660, 2x665, 2x670, 2x675, 2x680, 2x685, 2x690, 2x695, 2x700, 2x705, 2x710, 2x715, 2x720, 2x725, 2x730, 2x735, 2x740, 2x745, 2x750, 2x755, 2x760, 2x765, 2x770, 2x775, 2x780, 2x785, 2x790, 2x795, 2x800, 2x805, 2x810, 2x815, 2x820, 2x825, 2x830, 2x835, 2x840, 2x845, 2x850, 2x855, 2x860, 2x865, 2x870, 2x875, 2x880, 2x885, 2x890, 2x895, 2x900, 2x905, 2x910, 2x915, 2x920, 2x925, 2x930, 2x935, 2x940, 2x945, 2x950, 2x955, 2x960, 2x965, 2x970, 2x975, 2x980, 2x985, 2x990, 2x995, 2x1000.

Stellengesuche

Für das neu zu errichtende Kopfbau einer großen Parteiliedung der Provinz Brandenburg wird ein

Lokal-Redakteur

mit dem Sitz in einer bedeutenden Industrie- und Kreisstadt zum möglichst sofortigen Antritt gesucht. Es wird Wert auf eine energische, längere Tätigkeit gelegt, die eine reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Lokalberichterstattung und die Fähigkeit besitzt, örtliche Ereignisse in möglichst populärer Form zu beschreiben. Bewerbungen mit Lebenslauf und Nachweis über eine fünfjährige Parteiliedung sind bis zum 20. Februar einzureichen unter Chiffre B. 6 an den Verlag des „Vorwärts“.